



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 144

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 144

vom 20.04.2012

del 20/04/2012

Präsident
Vizepräsidentin

Mauro Minniti
DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 144

vom 20.04.2012

Inhaltsverzeichnis

Volksbegehren - Landesgesetzentwurf Nr. 104/11:
"Direkte Demokratie - Anregungsrechte, Befragungsrechte, Stimmrechte"

Landesgesetzentwurf Nr. 48/09: "Die einführende, abschaffende, beratende oder bestätigende Volksabstimmung, das Volksbegehren, Volksabstimmung über Großprojekte"

Landesgesetzentwurf Nr. 96/11: "Änderungen des Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11 'Volksbegehren und Volksabstimmung' und

Landesgesetzentwurf Nr. 107/11: "Bürgerbeteiligung in Südtirol" - (Fortsetzung).Seite 1

Beschlussantrag Nr. 451/12 vom 17.2.2012, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend den Dienstwagenverzicht der Landesräte. . . Seite 39

Landesgesetzentwurf Nr. 117/11: "Finanzierung im Tourismus".Seite 42

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 144

del 20/04/2012

Indice

Iniziativa popolare – disegno di legge provinciale n. 104/11: "Democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi";

Disegno di legge provinciale n. 48/09: "Il referendum propositivo, abrogativo, consultivo o confermativo, l'iniziativa popolare, referendum sulle grandi opere";

Disegno di legge provinciale n. 96/11: "Modifiche alla legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11, 'Iniziativa popolare e referendum'" e

Disegno di legge provinciale n. 107/11: "Partecipazione civica in Alto Adige" - (continuazione). pag. 1

Mozione n. 451/12 del 17.2.2012, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante la sospensione dell'utilizzo delle auto blu da parte degli assessori provinciali. pag. 39

Disegno di legge provinciale n. 117/11: "Finanziamento in materia di turismo" pag. 42

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

Ore 10.03 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato. Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso (ultimo banco).

Per la seduta odierna si sono giustificati l'assessore Bizzo, il presidente della Giunta Durnwalder e la consigliera Stirner Brantsch.

Punto 2) all'ordine del giorno: *Iniziativa popolare – disegno di legge provinciale n. 104/11: "Democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi"*;

punto 16) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 48/09: "Il referendum propositivo, abrogativo, consultivo o confermativo, l'iniziativa popolare, referendum sulle grandi opere"*;

punto 99) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 96/11: "Modifiche alla legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11, 'Iniziativa popolare e referendum'" e*

punto 190) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 107/11: "Partecipazione civica in Alto Adige" - (continuazione).*

Punkt 2 der Tagesordnung: *Volksbegehren - Landesgesetzentwurf Nr. 104/11: "Direkte Demokratie - Anregungsrechte, Befragungsrechte, Stimmrechte"*;

Punkt 16 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 48/09: "Die einführende, abschaffende, beratende oder bestätigende Volksabstimmung, das Volksbegehren, Volksabstimmung über Großprojekte"*;

Punkt 99 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 96/11: "Änderungen des Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11 'Volksbegehren und Volksabstimmung'" und*

Punkt 190 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 107/11: "Bürgerbeteiligung in Südtirol" - (Fortsetzung).*

Proseguiamo con la discussione generale. La parola alla consigliera Mair, prego.

MAIR (Die Freiheitlichen): Nur ganz kurz. Nachdem wir auch einen Gesetzentwurf aufliegen haben und ich in der Gesetzgebungskommission die Arbeiten mehr oder weniger auch verfolgt habe, möchte ich in der Generaldebatte ein paar Bemerkungen machen. Danach hat man im Rahmen der Artikeldebatte bestimmt die Gelegenheit - ich gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf der Volkspartei übrig bleiben wird -, ausreichend darüber zu diskutieren.

Gestern haben einige meiner Vorredner bestimmte Dinge aufgezählt und bestimmte Dinge in den Raum gestellt. Ich möchte damit beginnen, dass für mich direkte Demokratie eigentlich Demokratie voraussetzen würde. Wir haben in den letzten Jahrzehnten in Südtirol "eine indirekte Diktatur" gehabt. Das klingt hart, aber wenn man sich bestimmte Beispiele anschaut, wie in bestimmten Gemeinden, in denen es Abstimmungen gegeben hat, in denen Leute beeinflusst und unter Druck gesetzt wurden und eine Abstimmung beispielsweise eindeutig gegen ein Projekt herausgekommen ist, dann hat man dies zwar mit einem Achselzucken zur Kenntnis genommen, es wurde aber gegen die Bürger entschieden. So haben wir in Südtirol sehr, sehr viele Beispiele. Menschen, die in Gemeinden vor vielen Jahren eine Oppositionsliste machen wollten, wurden massiv unter Druck gesetzt. Ihnen wurden beispielsweise keine Aufträge mehr gegeben und man hat versucht, sie finanziell auszuhungern. Die Liste aufzuzählen, würde die Redezeit sicher sprengen, und das wisst Ihr selbst auch. Das ist jetzt nicht ein Vorwurf,

den man nur Euch aktiven Akteuren machen kann, denn dies hat sich in den letzten Jahrzehnten mit dem System einfach so entwickelt. Das sagen auch Kritiker, ehemalige SVP-Abgeordnete, die heute das Ganze vielleicht ein bisschen nüchterner betrachten und ältere Herrschaften, die sehr wohl imstande sind, sich einer kritischen Auseinandersetzung zu stellen. Dies hört man also aus diesen Reihen sehr, sehr häufig.

Ich kann mich an eines erinnern. Wir waren mit dem Gesetzgebungsausschuss in der Schweiz. Mich hat damals in Aarau im "Zentrum für direkte Demokratie" ein Satz von einem Professor hellhörig werden lassen, der Folgendes gesagt hat: "Seid vorsichtig, ein Gesetz zur direkten Demokratie einzuführen, denn wenn es einmal eingeführt ist, dann tut man sich schwer, gewisse Dinge zu ändern, aber die Grundvoraussetzung für direkte Demokratie sind freie Medien." Allein dieser Satz auf Südtirol umgemünzt macht schon ein bisschen schmunzeln, denn die freien Medien müsst Ihr mir zeigen!

Wir wissen, wie in Südtirol, wenn Medien versuchen, halbwegs gerecht, halbwegs neutral und halbwegs ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Information nachzukommen, das System reagiert. Journalisten werden unter Druck gesetzt und es wird nachgefragt, was dies soll. Es wird Druck dahingehend gemacht, dass man fragt, warum so viel über die Opposition berichtet wird und, und, und. Das beste Beispiel hat man das letzte Mal 2009 gesehen, wie sich dort die Medien zum Teil verhalten haben. Es wurden sehr wohl Informationen gegen Bezahlung veröffentlicht, aber die Wahrnehmung der direkten Aufgabe, die Menschen tatsächlich darüber zu informieren, welchen Gegenstand die Volksabstimmungen hatten, hat eindeutig gefehlt. In diese Richtung wurde überhaupt nichts unternommen, und die Partei, die heute selbst ein Gesetz zur direkten Demokratie behandeln möchte, hat sich damals vehement dagegen gestemmt und alles aufgezo-gen, was man unternehmen kann, um die Menschen zu hindern, überhaupt zu den Wahlen zu gehen und von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch zu machen, und das sieht man, wenn es um den eigenen Sessel geht.

Sie, Frau Kollegin Hochgruber Kuenzer, haben gestern davon gesprochen, dass die Menschen irgendwo schon die Möglichkeit hätten, bei Wahlen Politiker auszusuchen, Politikern ihre Stimme zu geben, und dass dies schon auch eine Art direkte Demokratie sei. Natürlich ist dies Demokratie, selbstverständlich und ein völlig demokratischer Prozess, nur erleben die Menschen Politiker, die vor den Wahlen bestimmte Dinge versprechen und nach den Wahlen nicht mehr zu diesen Dingen stehen. Das ist einfach eine Tatsache, und das macht sehr viele müde. Es gibt dann Beispiele, wie ich schon angesprochen habe, bei denen Menschen abstimmen durften und sich dann beispielsweise die Gemeindeverwaltung nicht daran gehalten hat. Wenn das letzte Mal mit diesen 38 Prozent das Quorum, die 40 Prozent, nicht erreicht wurden, dann hätte, in meinen Augen, die Regierung schon hellhörig werden müssen, denn 38 Prozent sind, wenn man noch einmal bedenkt und in Relation stellt, wie sich das System aufgebäumt hat, sehr viel. Die Regierung hätte das Abstimmungsergebnis irgendwo schon wohlwollend zur Kenntnis nehmen müssen und zumindest auf einige Themen so zu reagieren versuchen sollen, dass man die Menschen wieder irgendwo milder stimmt, dass man den Menschen entgegenkommt und dass die Sorgen, die damals Gegenstand der Referenden waren, ernst genommen werden, aber dem war nicht so. Eines ist, dass man wählen kann, etwas anderes ist aber, was dann häufig Politiker daraus machen und sich im Grunde genommen nicht daran halten.

Wir haben in unserem Gesetzentwurf zum bestehenden Gesetz nur zwei Änderungsvorschläge, wobei wir der Meinung sind, dass es sich um Verbesserungen handelt. Einmal geht es darum, das Beteiligungsquorum von 40 Prozent auf 15 Prozent zu reduzieren, und dann geht es um das Abstimmungsheft, weil wir davon überzeugt sind, dass der Bürger zu informieren ist. Darüber hat gestern bereits mein Kollege Leitner ausführlich gesprochen. Ich denke, wir haben hier sicher gute Ideen. Es gibt auch einige gute Ideen und Ansätze im Gesetzentwurf der Initiative für direkte Demokratie, aber ich bin der Meinung, dass dies alles schon fast zu weit geht. Ich denke, dass die Menschen, die das unterstützt haben, das Gesetz im Detail gar nicht kennen. Worum geht es dem Bürger draußen wirklich? Wenn ich mir gewisse Dinge anschau-e, dann bin ich oft fast gewillt zu sagen, dass die Menschen zum Teil bereit sind mitzuent-scheiden, gewisse Dinge selbst zu entscheiden oder sie wollen gefragt werden, aber teilweise wahrscheinlich für diese Dinge, die hier alle verlangt werden oder in den Gesetzen stehen, noch nicht wirklich die Reife haben.

Ich bin überzeugt, dass, wenn sich in Südtirol mit dem Abtritt des Landeshauptmannes gewisse Dinge ändern, dieses System und die Gesellschaft erst einmal generell eine Erholung braucht, was den Demokratisierungsprozess ... Michl Laimer, Sie lachen, aber es ist effektiv so. Sie sind wahrscheinlich öfters selbst Opfer in Ihrer eigenen Partei geworden. Sie wissen, wie es mit der Demokratie auch in Ihren eigenen Reihen aussieht. Ich denke, dass die Gesellschaft generell eine Erholung braucht, dass man gewisse Dinge nicht von heute auf morgen überstülpen kann. Der Mensch möchte oder hat das Verlangen, bei bestimmten Dingen mitzuent-scheiden. Wenn es beispielsweise um Großprojekte geht, bei denen es ihn direkt, seine Geldtasche, die nächste Generation

betrifft oder - wo vor allem die Menschen sehr, sehr sensibel sind - wenn es um die Gesundheit, um die Nachhaltigkeit geht, dann möchten die Menschen gerne mitentscheiden. Diesbezüglich braucht es keine komplizierten Aufwände oder keine komplizierten Regelungen, sondern das bestehende Gesetz würde mit ein paar Verbesserungen völlig ausreichen. Hier versucht man, irgendwo auch Verwirrung zu stiften.

Was mich aber am allermeisten stört, das sind die 38.000 Unterschriften. Man kann hier schon dahingehend argumentieren, dass dies 10 Prozent der Wahlberechtigten seien, aber wer von Euch tatsächlich einmal Unterschriften sammeln musste, weiß, dass dies nicht möglich ist. Frau Hochgruber Kuenzer! Glauben Sie mir eines: 38.000 Unterschriften in zwei Monaten zu sammeln, ist unmöglich. Dafür kann man noch so viele Organisationen mobilisieren, das ist nicht zu schaffen! Das ist der Totengräber der direkten Demokratie. Wenn man es ernst meint, dann wäre es viel besser, die Einstiegshürde herabzusetzen. Auf gewisse Dinge könnte man völlig verzichten, weil es das einfach gar nicht braucht. Gewisse Dinge sind sowieso obsolet, vor allem dann, wenn es nicht bindende Geschichten sind usw.

Ich denke, dass man an der Ernsthaftigkeit sowohl der Thematik als auch des Bedürfnisses und des Wunsches der Bürger völlig vorbearbeitet. Der Bürger braucht keine komplizierten Gesetze, die er nicht versteht. Der Bürger braucht ein Instrument, bei Großprojekten mitreden zu können. Der Bürger hat, wie ich schon gesagt habe, bei Wahlen selbstverständlich die Möglichkeit, er wünscht sich dann aber Politiker, die zu dem, was sie sagen, stehen.

Gestern hat Kollege Sven Knoll etwas Richtiges gesagt. Er hat das Beispiel der Volksbefragung zur Selbstbestimmung im Ahrntal hergenommen, was seine Bewegung initiiert hat, und gesagt, dass dort beispielsweise auch von Seiten der SVP ... Sie wurde ein bisschen ins Lächerliche gezogen und man hat sie nicht wirklich ernst genommen, die Beteiligung usw. Ein anderer Vorwurf, wenn ich mich richtig erinnere, lieber Kollege Knoll - ich bitte Sie, mich zu korrigieren - war in Richtung, ich weiß nicht, der Grünen oder der Bürgerinitiative, wenn es sich um Themen handelt, die nicht angenehm sind. Sie haben es hauptsächlich auf die Selbstbestimmung bezogen. Kollege Leitner hat das Beispiel der Moscheen damals in der Schweiz gebracht. Als die Abstimmung darüber erfolgt ist, hat dies hier die "Initiative für direkte Demokratie" kritisiert. Auch das ist eine Abstimmung der Menschen und man sieht, dass dies ein Thema ist, das den Menschen unter den Nägeln brennt. Dann wird Kritik geübt. Man muss aber auch sagen, dass genauso Kritik geübt wird bei all jenen, die sich damals im Ahrntal nicht an der Abstimmung beteiligt haben. Dort ist eine Gruppe entstanden, die all jene, die nicht daran teilgenommen haben, genauso diskreditiert oder irgendwo kritisiert hat. Wenn es wirklich darauf ankommt, dann zeigt dies, wie wenig Gespür die Gesellschaft für bestimmte demokratische Grundregeln hat. Man hat es auch jetzt beim Freiheitsmarsch bemerkt. Man hat nicht die Freiheit, nein zu sagen. Man wird verfolgt, man wird diskreditiert und es werden Geschichten im Umlauf gebracht. Das muss man aushalten, selbstverständlich! So ist Politik, aber man sieht, dass immer diejenigen, die etwas voranbringen möchten, nicht die Größe und nicht das notwendige demokratische Feingefühl haben, wenn es dann auch Leute gibt, die sich getrauen oder sich die Freiheit herausnehmen, nicht daran teilzunehmen.

Wir haben hier so viele Hausaufgaben zu machen, die wir selber machen können, auch erzieherisch in der Gesellschaft. Man darf nicht der Gesellschaft die Schuld geben oder ihr irgendwo den "schwarzen Peter" zuschieben, sondern bei der Politik anfangen. Aber diesbezüglich haben wir so viele Dinge, die wir selber noch verbessern können, die wir selber angehen können, wo wir selber mit gutem Beispiel vorausgehen können, allein aufgrund des Bildes, das der Landtag ab und zu abgibt, auch was die Demokratie angeht. Gerade gestern hat das Präsidium über Mittag einen Beschluss gefasst, in dem von Regeln abgegangen wird. Konsolidierte Praxen, die hier seit vielen, vielen Jahren gang und gebe waren, die immer gut funktioniert haben, wirft man einfach so mir nichts, dir nichts über Bord. Was hat das mit Demokratie zu tun? Wir bzw. bestimmte Akteure erlauben sich hier auch bestimmte Dinge, die mit Demokratie einfach sehr wenig zu tun haben.

Ich komme noch einmal auf mein Eingangsstatement zurück, um zu sagen, dass Demokratie ein bestimmtes Demokratieverständnis voraussetzt. Dies ist vor allem in der Südtiroler Volkspartei mangelhaft. Das erleben wir in sehr, sehr vielen Fällen. Kollege Stocker hat gestern das wohl Prägnanteste derzeit, nämlich die Direktwahl des Landeshauptmannes genannt. Was für Bürgermeister gut geht und für Euch auch gut gegangen ist - Euch hat das Volk auch direkt gewählt -, sollte für den Landeshauptmann nicht gut gehen? Da hat es schon auch Dinge gegeben, die wahrscheinlich wenig mit Demokratie zu tun hatten, aber die Menschen haben immerhin entschieden, und das ist direkte Demokratie. Wenn sie sich unter Druck setzen lassen, dann bitte, das ist so, aber sie haben abgestimmt. Und was für die untere Ebene gut genug ist, soll für den Landes- oder Regierungschef auf Landesebene nicht in Ordnung gehen? Das versteht wirklich kein Mensch, und das nicht, weil wir den Vorschlag aufge-

griffen haben. Die Direktwahl ist das demokratischste Mittel. Daran, dass Ihr diesbezüglich nein sagt, merkt man, welches Verhältnis Ihr zur Demokratie habt oder wie prinzipiell Euer Demokratieverständnis aussieht.

Das nächste ist das Wahlgesetz. Auch das hat Kollege Stocker angesprochen. Eine Partei, die jetzt viele Jahrzehnte allein regiert hat, spürt, dass ihr die Felle abhanden kommen und dass sie vielleicht ein schlechteres Ergebnis einführt ... Auch das ist noch lange nicht gesagt, aber Ihr vermutet es oder man geht davon aus, sonst würde die Wahlreform in dem Sinn keinen Sinn machen. Dann versucht man, weil Ihr hier eine Mehrheit habt, etwas durchzuboxen, womit Ihr mit weniger Stimmen mehr Mandate machen würdet. Was hat das bitte mit Demokratie zu tun, Kollegin Hochgruber Kuenzer? Wenn man Sie vor den Wahlen gefragt hätte, ob Sie jemals dem d'Hondtschen-System zustimmen würden, dann hätten Sie mit Sicherheit nein gesagt. Hier werden Sie wahrscheinlich gezwungen sein zuzustimmen. Ich weiß es nicht. Ist das Demokratie? Das sind die Dinge, die die Menschen nicht verstehen, die nicht nur wir nicht nachvollziehen können, sondern die Bevölkerung draußen ganz einfach nicht versteht.

Ich habe, ganz ehrlich gesagt, auch nicht verstanden, warum die Initiativegruppe für direkte Demokratie beispielsweise die Direktwahl des Landeshauptmannes ablehnt. Hier sieht man, dass es nicht eine überparteiliche, sondern auch eine ideologisch eingefärbte Initiativegruppe ist, die sich wahrscheinlich Sorgen macht, dass der Falsche Landeshauptmann werden könnte, wahrscheinlich kein Volksparteiler mehr, vielleicht einer, der ihnen nicht in Ordnung geht. Das ist auch Eure Sorge. Das hat auch Reinhold Messner gesagt, der selten, glaube ich, irgendetwas Positives über die Freiheitlichen gesagt hat, aber es ist schön, dass man ihn in diesem Zusammenhang zitieren darf oder zitieren kann. Auch Reinhold Messner hat gesagt, dass die einzige Sorge der Südtiroler Volkspartei jene sei, dass die Direktwahl ...

ABGEORDNETE: (*unterbricht – interrompe*)

MAIR (Die Freiheitlichen): Nein, dass kein Volksparteiler mehr Landeshauptmann werden könnte. Er hat keinen Namen genannt, aber er hat gesagt, dass die Sorge jene sei, dass der Landeshauptmann nicht mehr aus ihren Reihen kommen könnte. Sie auch nicht, Kollege Noggler! Das ist sicher ein Thema, das Euch beide nicht betrifft. Es würde wenig brauchen. Ich möchte jetzt nicht den Einsatz des Kollegen Schuler schmälern. Wir haben darüber im Gesetzgebungsausschuss unterschiedlich diskutiert. Sie haben sich in das Thema, was Demokratie oder direkte Demokratie ist, aus Eurer Sicht, aus Eurem Verständnis heraus hineingearbeitet. Wir können damit wenig anfangen.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es auch dem Bürger nicht darum geht, zig Möglichkeiten, die dermaßen kompliziert, schwerfällig und unmöglich sind, mit diesen 38.000 Unterschriften zu haben. Wenn man das Thema wirklich ernst meint und den Leuten ein bisschen mehr an Mitbestimmung ermöglichen möchte, dann würde es ausreichen, das bestehende Gesetz ein bisschen zu verbessern und den Menschen, wie ich vorhin gesagt habe, bei gewissen Angelegenheiten, bei gewissen Themen die Möglichkeit zu geben, dass sie auch mitentscheiden dürfen, dass im Vorfeld eine transparente Aufklärung erfolgt. Man sollte niemals Angst vor den eigenen Wählern, vor dem eigenen Volk haben. Wenn man nichts zu verbergen hat, dann muss es doch möglich sein, dass man bei Projekten die Menschen einbezieht, dass man von Anbeginn an absolut transparent die Sachen auf den Tisch legt, so wie es auch in der Schweiz gemacht wird. Dort kommen die Gegner und auch die Befürworter zu Wort. Man kann in vielen Dingen im Vorfeld viel Sprengstoff vermeiden und eine Abstimmung, sofern sie noch notwendig ist, machen, dann aber sollte diese schon bindend zur Kenntnis genommen werden. Der Mensch möchte, wie gesagt, bei Dingen, wo es um die eigene Geldtasche, um Großprojekte, die sowohl die Gesundheit als auch die Geldtasche nachhaltig beeinflussen, wo es um die nächste Generation usw. geht, mitreden, nicht aber bei allen Dingen, die die Landesregierung macht. Das wird dann alles wieder zu kompliziert. Hier bin ich vollkommen bei Ihnen. Auch wir, alle hier, sind gewählt worden und haben eine bestimmte Verantwortung und auch das Recht, bestimmte Entscheidungen zu treffen.

Ich muss schon auch sagen, dass gewisse Dinge wahrscheinlich zu weit gehen würden, aber, wie gesagt, ich weiß – und das bitte aus eigener Erfahrung -, was es bedeutet, sich auf die Straße stellen und beglaubigte Unterschriften sammeln zu müssen. In zwei Monaten 38.000 Unterschriften zu sammeln, hat mit Demokratie und vor allem mit direkter Demokratie nichts zu tun, denn das ist nicht möglich! Ich glaube, dass es 26.000 Unterschriften waren, die die "Initiative für mehr Demokratie" gesammelt hat, und sie hat im Bericht, glaube ich, von 40 Organisationen gesprochen, die damals ... Bitte?

SCHULER (SVP): 13!

MAIR (Die Freiheitlichen): 13 waren es. Sie haben 26.000 Unterschriften gesammelt, aber daran waren 40 Organisationen über einen längeren Zeitrahmen beteiligt. Ich ersuche, bei allen anderen Dingen, die in diesem Gesetz vielleicht nicht in Ordnung gehen, vor allem diese Hürde zu senken. Glaubt mir! Wenn man in Südtirol das erste Mal versucht, das geltende Gesetz zu erweitern, auszubauen und es als großen Wurf zu verkaufen, dann macht man dem Thema keinen Gefallen und vor allem den Menschen nicht. Das würde direkte Demokratie wirklich verhindern, weil wir wissen, was dies bedeutet. Ich glaube nicht, dass die Volkspartei jemals bei bestimmten Wahlen Unterschriften sammeln musste und, wenn ja, dann ist es ganz etwas anderes, weil Ihr das System hinter Euch habt. Bei Euch, wenn Ihr Unterschriften sammeln müsst, läuft es ganz anders ab, als wenn dies kleine Parteien oder Bürger tun müssen. Es ist nicht so einfach, Beglaubigungen ... Es kommt darauf an, worum es geht, aber 38.000 Unterschriften, 10 Prozent, sind ein Unding!

Kollege Schuler! Sie können sich erinnern, dass damals auch der Professor in Aarau davon abgeraten und gesagt hat, dass diese Anzahl zu hoch sei. In der Schweiz, in zwei Kantonen, sind es 10 Prozent, glaube ich, ansonsten hat er selbst gesagt, dass für Südtirol eine Stimmenanzahl zwischen 3 und 5 Prozent der Wahlberechtigten angebracht wäre. Er hat diese Zahl genannt. In der Schweiz gibt es in den allermeisten Kantonen solch niedrige Einstiegshürden, solch niedrige Unterschriftenhürden. Ich denke, dass dies für Südtirol zu Beginn völlig ausreichen würde, denn sonst würde die Latte so hoch gesetzt, dass es künftig keine Volksabstimmungen mehr geben wird. Das passt auch perfekt mit dem zusammen, was Ihr vorhabt, nämlich mit der Wahlgesetzänderung. Das wäre dann wirklich, wie ich zu Beginn gesagt habe, ohne es aggressiv oder böse zu meinen, die "indirekte Diktatur", die wir in den letzten Jahrzehnten hatten. Wir versuchen, die direkte Demokratie durch eine indirekte Diktatur zu ersetzen. Ich würde mir diesbezüglich Zeit lassen, keinen Druck geben lassen, sondern vernünftig ein Gesetz machen, das nicht kompliziert ist, niedrige Einstiegshürden hat, das, von mir aus, das Quorum etwas absenkt, denn im vorliegenden Gesetzentwurf sind die hohe Einstiegshürde und das Nullquorum reine Augenauswischerei. Das ist lächerlich, weil es keine Volksabstimmung mehr geben wird! Deswegen lieber eine niedrige Einstiegshürde und ein Beteiligungsquorum. Unser Vorschlag ist 15 Prozent. Dieser Prozentsatz wäre ehrlich und würde der Demokratie gerecht werden, vor allem aber würde es den mündigen Bürgern draußen gerecht werden.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich spreche auch im Namen vom Kollegen Urzì, also die ewige Dankbarkeit dem Präsidenten gegenüber.

Nur ein paar kurze Anmerkungen zu dem, was gesagt wurde und was vielleicht noch zu sagen ist. Die Politikferne ist aktuell eines der großen Probleme, das heißt, die Bürgerinnen und Bürger sind mit Alltagsorgen, mit der Komplexität des Lebens und mit der Bewältigung ihrer Lebenssituation so befasst, dass ihnen die Politik immer ferner rückt. Das ist auffällig, das passiert in vielen Ländern so und zugleich ist die Alltags- oder Bürgerferne der Politik auch ein Hauptthema. Das sieht man vor allem in Italien im gesamtitalienischen Maßstab, wo dies ein extrem großes Problem ist.

Die Politikferne und die Abgehobenheit von Politik zeigt sich vor allem auch in Ländern, in denen direkt-demokratische Instrumente nur schwach ausgebaut sind, wie etwa in Österreich und in Deutschland. Dort merkt man in aller Deutlichkeit, wie die Politikferne und das Politikangebot der bestehenden Parteien und das Fehlen direkt-demokratischer Instrumente jetzt dazu führt – Kollege Knoll hat es gestern erwähnt -, dass Bürgerbewegungen, neue Parteien wie die "Piraten" wie ein Torpedo in das bestehende Parteiengefüge eindringen und mit relativ großem und spektakulärem Erfolg auf sich aufmerksam machen.

Das Wichtigste, was die "Piraten" auszeichnet, ist in erster Linie der Erfolg. Das zweite Problem, das sie allerdings haben, ist eine programmatische Unschärfe, die erschreckend ist. Sie erheben gewissermaßen das Prinzip "nichts zu wissen" zu einer Qualität – und das muss man sich zuerst einmal auch auf der Zunge zergehen lassen -, aber sie greifen ein Kernproblem auf und sie greifen es auch zum Teil gut auf, das muss man sagen. Sie schaffen es, neue Formen der Bürgerbeteiligung über das Netz, über die Verbindung der Mitglieder und aller Bürger, die ins Netz einsteigen wollen, zu entwickeln, wo dann sozusagen ein virtueller Diskussionsraum entsteht. Man kann geteilter Meinung sein, ob das funktionieren kann. Ich bin immer der Meinung, dass Auseinandersetzungen nicht nur über das Netz, sondern im persönlichen Kontakt, im face-to-face-Kontakt erfolgen sollen. Das ist ganz wichtig, denn es ist leicht, über das Netz etwas zu sagen und schnell etwas zu sagen. Es ist sehr viel mehr mit Bedacht zu agieren, wenn man einer Person gegenübersteht, wenn Auseinandersetzungen geführt werden können, aber die Piraten schaffen es, in dieses Vakuum einzurücken.

Dieses Vakuum resultiert in Deutschland und in Österreich vor allem auch daher, dass es nur unzulängliche, direkt-demokratische Instrumente gibt und anstatt der direkten Demokratie, "the direct democracy", gibt es

bei den "Piraten" die "liquid democracy". Mir ist es, ehrlich gesagt, lieber, wenn wir direkt-demokratische Instrumente wie in der Schweiz haben, die funktionieren, denn dann entsteht nicht diese Marktlücke für Parteien und Bewegungen, die in vieler Hinsicht ein Bedürfnis aufgreifen und dann die Umsetzung sehr problematisch vorantreiben. Nach zwei Monaten Piraten-Erfolg sieht man, wie arm und schwierig die inhaltliche Diskussion ist, aber, wie gesagt, sie greifen ein Problem auf, das wirklich da ist. Sie werden sich auch in dieser Form der virtuellen Demokratie ein Stück weit etablieren, davon bin ich überzeugt. Das ist also ein Grund oder eine Form, mit der Politikferne, Politikmüdigkeit bewältigt wird, und diesbezüglich ist ein echtes Bedürfnis da.

Ein zweites Problem, das bereits von Kollegin Mair angesprochen wurde, ist, dass wir zunehmend in einer Mediendemokratie leben. Wir haben sicher die repräsentative parlamentarische Demokratie, aber die Akteure, die politische Meinungen bestimmen, die in das öffentliche Leben eingreifen, sind häufig im Medienbereich zu finden. Medien begreifen sich längst nicht mehr nur als neutrale Berichterstatter, als Kommentatoren des Geschehens, sondern sind massiv Akteure. Man sieht es in Deutschland, wo die Tageszeitung "Bild" mit Bundespräsidenten Wulff in einer Art und Weise aufgeräumt hat, über die man wirklich geteilter Meinung sein kann.

Man hat es in Italien gesehen, wo die parlamentarische Demokratie durch den Einsatz eines Privatfernsehens und seines Generalmanagers förmlich zerstört wurde. Wir sehen es in diesem Lande, in Südtirol, in dem die Medien eine zentrale Rolle spielen und das Medienmonopol der "Dolomiten" eine Rolle spielt, die dazu führt, dass die parlamentarische Demokratie systematisch entmündigt wird. Das Bild, das wir als Landtag in der Tageszeitung "Dolomiten" abgeben, ist vielfach negativ gekennzeichnet als Quatschbude, als eine Präsenz, die eigentlich überflüssig wäre, wenn die Vernunft der Regierenden und die Vernunft der Medien das eigentlich doch sehr viel besser könnten. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen.

Hier wird systematisch versucht, die parlamentarische Demokratie zu delegitimieren durch eine Art von Ted-Demokratie. Schauen Sie sich nur die Kampagne an, die im Zusammenhang mit der Tourismusabgabe und der Kurtaxe geführt wird. Dies ist seit vielen Jahrzehnten eines der vielen, vielen Beispiele. Ich sage es in aller Offenheit und Öffentlichkeit. Mir ist es völlig wurst, denn wir als Grüne haben in der Tageszeitung "Dolomiten" sowieso - ich sage es relativ drastisch - "ausgeschissen". Ich denke, man muss auch die Gewichtungen in den Medien sehen. Es gibt wirklich eine mediale Präsenz. Es gibt den Unterschied zwischen einem Walfisch und zwischen den anderen kleinen Fischen. Die "balena bianca" oder die "foca" ist in diesem Bereich nach wie vor bei der "Athesia" angesiedelt, die in der Lage ist, auch die Landesregierung, von Laimer bis Durnwalder, kurz einmal auf den Rost zu legen, um dann wiederum Gnade walten zu lassen und sie systematisch wieder ins Boot zu holen, wenn es dem politischen Design passt.

Das ist also die Gefahr der Mediendemokratie und es ist durchaus so, dass auch andere Printmedien, vom "Alto Adige" über die "Tageszeitung", auf diese Form der medialen Intervention in das demokratische System aufspringen. Das muss man sehr deutlich sehen. In einem kleinen Land wie Südtirol, in dem ein abgeschotteter Medienraum vorhanden ist, in dem nationale – Entschuldigung -, gesamtstaatliche Medien oder europäische Medien keine Rolle spielen, ist dieser kleine aufgeschuchte Heringsteich der Medien sehr, sehr viel maßgebender als in einer italienischen Provinz oder in einem deutschen Bundesland, wo man nach wie vor die "Süddeutsche" lesen kann, die auch meinungsbildend ist, oder den "Corriere della Sera" oder meinetwegen die "Repubblica" und in der Hinsicht Pluralismus vorherrscht. Aus diesem Grund denke ich, dass diese Form der Mediendemokratie relativ gefährlich ist und sich nahtlos auch an die Form der Lobby-Demokratie anschließt, die wir auch in diesem Lande haben, in dem die Macht der Verbände sich gewissermaßen für oder neben die politischen Akteure stellt und mit sehr viel Engagement und viel Cleverness auch das politische Geschäft bestimmt.

Umso wichtiger ist das Korrektiv der direkten Demokratie. Ich glaube, dass die direkte Demokratie nicht überschätzt werden darf. Sie ist nicht das Allheilmittel, sie ist nicht der "toccasana" für die Gesundheit des politischen Systems, sie ist aber ein wertvoller Anreiz, ein wertvoller Ansporn, wie vielfach gesagt wurde, eine gute und wichtige Ergänzung. Sie ist komplementär, weil sie die Bürgerinnen und Bürger während der Legislatur mit im Spiel hält, weil sie ihnen mit hoffentlich sehr konkreten Fragestellungen, mit der Möglichkeit der Mitbestimmung die Möglichkeit gibt, aus dieser Lethargie, in die sie sehr oft verfallen, aufzuwachen, um sich das Gefühl zu geben, dass sie in diesem Zusammenhang mitentscheiden können und müssen. Ich glaube, dieser Wunsch nach Mitentscheidung ist in Südtirol durchwegs präsent.

Er ist häufig präsent, vor allem bei konkreten Fragestellungen, die Themen von Landesinteresse betreffen, Stichwort Flughafen. Dort merkt man die Freude, sich an solchen direkt-demokratischen Möglichkeiten zu beteiligen. Man merkt es aber auch auf lokaler Ebene, auf örtlicher Ebene, wenn es darum geht, ein Projekt wie Ried zu bewerten, bei dem diese Form der Direktdemokratie durchaus zum Ziele kommen kann. Von daher ist, glaube ich, die Unterstützung, der Aufbau der direkt-demokratischen Instrumente in diesem Land aus allgemein europäisch-

strukturellen Gründen des Nachlassens der Demokratie bitter nötig, aber auch aufgrund dieser spezifischen Zusparungen im Bereich der Mediendemokratie, wenn man es so will, und im Bereich des Lobbyismus. Aus dem Grund ist es ein ganz wesentliches Korrektiv.

Es ist der "Initiative für direkte Demokratie" für diese ganze Arbeit, die sie in all den Jahren auf sich genommen hat, von Herzen zu danken. Sie sind häufig wie Missionare durch die Gegend gegangen und haben dieses Thema bis zum Überdruß, bis zum Exzess ausgewalzt und, ich glaube, den meisten von uns ist mitunter diese ständige Konfrontation mit dem Thema direkte Demokratie auch ein Stück weit auf die Nerven gegangen. Man hat immer wieder die Aufforderung bekommen, das Gesetz zu verbessern, ein Gesetz einzuführen, aber insgesamt, das muss ich sagen, ist ihnen, ich möchte es pathetisch sagen, auf den Knien zu danken, dass sie sich dieser Mühe ehrenamtlich unterzogen haben, mit einem Engagement, das man nur bewundern kann, obwohl ich es in keiner Weise nachvollziehen würde. Das läge mir fern, aber das muss wirklich gesagt werden. Wir hätten das Gesetz von 2005 nicht, wenn es nicht die "Initiative für direkte Demokratie" geben würde.

Ich erinnere daran, dass das Gesetz von 2005 – Walter Baumgartner weiß es am besten – der erste Gesetzesvorschlag der Legislatur 2003 bis 2008 war, und ich glaube, dass dies wesentlich der Initiative zu verdanken ist. Die Initiative hat auch die Mängel des Gesetzes, das 2005 erlassen wurde, nachdrücklich aufgezeigt und die Referenden, die abgehalten wurden, haben deutlich gemacht, dass diese Mängel tatsächlich bestehen, dass das Gesetz Grenzen hat und Hürden aufbaut, die überschritten werden müssen.

Ich glaube, dass das jetzt vorliegende Gesetz, das die Kollegen Schuler, Hochgruber Kuenzer und Pichler Rolle eingebracht haben – Kollege Dello Sbarba hat es gestern gesagt – ein Versuch innerhalb der Südtiroler Volkspartei ist, die demokratischen Kräfte zu stärken, in der Volkspartei Pluralismus zu ermöglichen und diesen Pluralismus auch nach außen hin ein Stück weit zu signalisieren. Das muss man Euch wirklich attestieren. Es ist ein Gesetzesvorschlag, der Lichtjahre besser als das geltende Gesetz ist, bei dem Walter Baumgartner wesentlich Verantwortung getragen hat. Er hat sich damals - das möchte ich sagen - in einer Situation, in der die direkte Demokratie völlig abgelehnt wurde, redlich darum bemüht, noch Möglichkeiten des Kompromisses zu finden. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie versucht wurde, bestimmte Hürden abzusenken, aber die Grenze war relativ bald erreicht. Trotzdem hat das Gesetz, das die SVP 2005 verabschiedet hat, in aller Deutlichkeit enorme Grenzen aufgewiesen.

Der jetzige Vorschlag ist wesentlich besser, keine Frage, aber er hat diesen enormen Pferdefuß, dass diese Zweistufigkeit des Verfahrens - einmal 8.000 und dann 38.000 Unterschriften - im Bereich des Volksentscheides aufgebaut wird, der die Königsdisziplin der direkten Demokratie ist. Diese doppelte Hürde ist dermaßen demotivierend, Kollege Pichler Rolle, dass ich wirklich glaube, dass sie in dieser Form nicht haltbar ist.

Ich wiederhole nur das, was die Kollegen, vor allem mein Kollege Dello Sbarba, gesagt hat, was in vielen Diskussionen, die mit Euch geführt wurden, gesagt wurde: Diese doppelte Hürde ist absolut entmutigend und demotivierend, so sehr auch zu begrüßen ist, dass das Beteiligungsquorum insgesamt gewissermaßen plattgemacht wurde! Das ist sehr anerkennenswert, keine Frage. Kollege Pöder hat gestern gesagt, dass es nur ein Nullquorum gibt, und das ist das Wesentliche. Man geht hin oder man geht nicht hin, aber es braucht nicht diese Prozentlösungen. Ich glaube, das ist eine echte Einsicht, aber die vorgeschalteten Hürden sind dermaßen problematisch, dass sie nicht zu schaffen sind. Das wissen wir inzwischen aus fünfjähriger Erfahrung. Jeder oder die meisten der Kollegen hier sind an der Straße gestanden und haben Unterschriften gesammelt. Wir wissen, was das für ein Eiertanz ist. Wahrscheinlich wissen es am besten die Kollegen der Südtiroler Freiheit, Ehre wem Ehre gebührt, oder der Kollege Pöder. Wenn eine Hürde vorgeschaltet ist, muss man diese erst einmal bewältigen! Ich denke, wenn sich Kollege Schuler, Kollege Pichler Rolle oder Frau Kollegin Hochgruber Kuenzer einen Tag oder zwei Tage an eine "bancarella", wie man in Südtirol so schön sagt, stellen würden, um Unterschriften zu sammeln, dann würden sie aufgrund dieser persönlichen Erfahrung auch ein wenig anders über diese doppelte Hürdenbildung denken. Das, glaube ich, muss wirklich gesagt sein. Das ist nicht nur ein Stück weit zu viel des Guten, Kollege Schuler, sondern entschieden zu viel. Hier muss nachgebessert werden, obwohl der Gesetzentwurf in anderer Hinsicht durchaus tragfähig ist.

Wir unterstützen als Grüne den Gesetzentwurf der "Initiative für direkte Demokratie", denn dieser ist mehr als ein Gesetz, er ist gewissermaßen ein Verfassungsgesetz der direkten Demokratie, und zugleich auch die Durchführungsbestimmung dazu. Es ist von einer Ausgiebigkeit, von einer Detailliertheit, die mich zum Teil wieder abschreckt. Ich hätte es im Sinne der Kommunikation und Wirkungskraft dieses Gesetzentwurfes sehr empfehlenswert gehalten, wenn dieser Gesetzentwurf kürzer, knapper gewesen wäre und man bestimmte Dinge in eine Durchführungsverordnung sozusagen ausgelagert hätte, um die Botschaften dieser beiden Ebenen zu verdeutlichen. In diesem Gesetz zur direkten Demokratie ist alles drinnen, nämlich Anregungs-, Befragungs-, Stimmrechte,

die Petition, die beratende Volksabstimmung, das bestätigende, das ablehnende Referendum, die einführende und abschaffende Volksabstimmung. Der ganze Speiseplan der direkten Demokratie ist also in einem Raster aufbereitet. Aber die Regelung der Details ist in einem derartigen Maß eingebettet, dass die Kommunikationsmöglichkeiten nach außen dieses Gesetzentwurfes entschieden fehlt. Aber wir stehen dazu. Wir glauben, dass das Herzblut, das gesamte Wissen, die gesamte Erfahrung der "Initiative für direkte Demokratie" eingeflossen ist. Deswegen ist der Gesetzentwurf, aus unserer Sicht, wirklich unterstützenswert.

Nur noch ein Wort zu dem, was gestern Sven Knoll gesagt hat. Er hat natürlich im Blick auf die Grünen und auf die direkte Demokratie eine kurze Definition des Begriffes "direkte Demokratie" gebracht. Er hat gefragt: Was heißt direkte Demokratie? Direkte Demokratie heißt Selbstbestimmung. Nun, das ist natürlich eine etwas eingengte, eine etwas verkürzte Deutung, Kollege Knoll. Demokratie heißt nach wie vor, wenn man es so will, Herrschaft des Volkes und damit Mitbestimmung. Das ist somit wesentlich. Selbstbestimmung ist ein persönliches Recht, auch das persönliche Recht einer Volksgruppe, aber direkte Demokratie heißt Mitbestimmung, heißt vor allem auch Verantwortung zu tragen, und der Verantwortungsbegriff steht auch hier im Mittelpunkt. Ich würde das nicht ganz auf die Ebene der Selbstbestimmung, weg von Italien, herunterbrechen, Kollegin Klotz, und Sie, Kollege Knoll, haben gestern deutlich gesagt, dass es, aus Ihrer Sicht, wenig Sinn machen würde, diese Form der direkten Demokratie mit Schutzklauseln anzureichern oder sie mit Schutzklauseln für ethnisch sensible Themen, für bestimmte Themen, zu behindern, die gewissermaßen tabu sind, eine Art von Tabuzone der direkten Demokratie. Das würden Sie also ablehnen, denn sonst würde das Prinzip "Selbstbestimmung" in Südtirol nie greifen. Das würde, aus Ihrer Sicht, ein Hindernis, eine Einschränkung auch des Prinzips der direkten Demokratie sein.

Wir glauben, dass wir in Südtirol eine Erfahrung haben, die anders ist. Wir glauben, dass in Südtirol das Zusammenleben der Sprachgruppen darauf beruht, dass jede Sprachgruppe nicht überwältigt, sondern überzeugt sein muss, dass also die Kraft der Zahl nicht obsiegt über das Prinzip des Rechtes der Minderheit. Es kann, wie man heute in Neudeutsch so schön sagt, nicht sein, dass eine Sprachgruppe, nur weil sie die Mehrheit hat, für alle anderen entscheidet. Es wäre im Falle einer Volksabstimmung über die Selbstbestimmung natürlich das Ziel, dass die deutsche Sprachgruppe gewissermaßen die italienische Sprachgruppe weitestgehend in den Sack stellt. Ich glaube nicht an die Selbstbestimmung in der von Euch vorgeschlagenen Form, aber wenn man ein Referendum machen würde, dann müsste es so sein, wie es im Rahmen unserer Autonomie ein Grundprinzip ist, dass in jeder Sprachgruppe eine Mehrheit erzielt werden müsste. Anders kann ich mir das Recht auf Ausübung der Selbstbestimmung nicht denken, obwohl wir, wie gesagt, die Selbstbestimmung ablehnen. Wir glauben eindringlich an die Autonomie, aber wir glauben, dass hier jede Sprachgruppe eine Mehrheit erzeugen müsste. Wir haben im Staat Italien, wie Eva Klotz immer sagt, die Erfahrung gemacht, dass wir als Südtiroler in vielen Dingen gnadenlos überstimmt worden sind, praktisch nur aufgrund des Mehrheitsprinzips untergebuttert wurden. Aus diesem Grund glauben wir, dass die Mehrheit in jeder Sprachgruppe erzielt werden müsste, um zu solchen Entscheidungen zu kommen, sollten sie denn kommen. Wir sind von diesem Grundprinzip sehr überzeugt. Kollege Mussner, der vorne als Vertreter der Ladiner sitzt, weiß selbst am besten, dass es ganz wesentlich ist, dass in jeder Sprachgruppe das Mehrheitsprinzip gelten muss. Wenn diese Mehrheit nicht in jeder Sprachgruppe vorliegt, dann kann in solchen Grundentscheidungen kein definitiver Entscheid getroffen werden. Das ist unsere Überzeugung gegenüber Eurer Position, die wir bereits öfters gehört haben und die vom Kollegen Knoll nochmals in aller Eindringlichkeit wiederholt wurde. Das brauchen wir hier nicht näher auszuführen.

Insgesamt: Unsere Position ist klar. Die Vorgabe, die hier die SVP stellt, hat entschiedene Fortschritte gegenüber der bisherigen Fassung, keine Frage, aber sie baut hier trotz ihrer, wenn man es so will, direkt demokratischen Konstitution diese enormen Hürden auf. Wir plädieren eindringlich dafür, hier Einsicht walten zu lassen und unterstützen primär den Entwurf der "Initiative für direkte Demokratie", wenngleich auch die Vorlage des Kollegen Pöder aufgrund seiner Erfahrung in diesem Bereich sehr viele Vorzüge bietet. Das nur ergänzend zu dem, was Kollege Dello Sbarba gestern bereits sehr überzeugend ausgeführt hat.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Ravviso una grande difficoltà e anche molto imbarazzo ad affrontare in genere il tema della democrazia in Alto Adige sia che essa si coniughi in democrazia diretta, sia che essa si coniughi in democrazia rappresentativa. Vorrei partire da un brevissimo inciso che mi viene stimolato dal collega Heiss, in relazione al concetto sul quale egli si è soffermato e che merita di essere

approfondito per il suo valore intrinseco, che è il concetto della partecipazione nel senso di condivisione, nei momenti decisionali di assoluta rilevanza nell'ambito del nostro sistema dell'autonomia, da parte delle diverse comunità linguistiche come motore per rendere concreto quel senso di condivisione rispetto ai valori dell'autonomia che è scritto nello Statuto ma che poi deve essere tradotto nella prassi quotidiana. Tutto ciò si può coniugare in modi molto diversi. Si può intendere nel senso della partecipazione dei diversi gruppi linguistici ai momenti decisionali entro i quali ciascuno gruppo linguistico formalmente aderisca alla decisione, può intendersi come compartecipazione alla gestione dell'autonomia attraverso la garanzia, per tutti i gruppi linguistici, di poter adire a funzioni dirigenziali alla pari nella nostra provincia. Ciò potrebbe significare anche quel principio per cui la partecipazione non si applica attraverso una rappresentazione proporzionale della comunità nelle funzioni apicali o di responsabilità o nei momenti decisionali, ma attraverso la pariteticità del ruolo dei diversi gruppi linguistici. I gruppi pesano alla pari, indistintamente e non in relazione al proprio peso numerico sul territorio. Prove di questo tipo ne abbiamo nell'ambito del nostro sistema dell'autonomia. Non voglio aprire una discussione su questo, sono stato stimolato dal collega Heiss il quale, pur espressione di una sensibilità straordinaria, lo dico con grande chiarezza pur essendo distante dalle posizioni dei Verdi su tante altre questioni, che è legata al concetto di una realtà in cui si debba privilegiare il cittadino per le sue qualità personali, le comunità per quello che sanno esprimere e dare, il valore per il valore che esprime, il merito sostanzialmente, piuttosto che l'appartenenza linguistica. Lo stesso collega Heiss propone il tema del ruolo che le diverse comunità linguistiche sono chiamate ad assumere in alcuni momenti storici e particolari del nostro progresso autonomistico. Ci pone di fronte ad una specificità del nostro territorio che è data da una pluralità territoriale, culturale, sociale e linguistica che implica risposte coniugate in rapporto a questa particolarità, perché se non sappiamo essere interpreti della particolarità del territorio, applicheremo in Alto Adige regole generali che vanno bene dove c'è una normalità di condizione ma che, essendo noi territorio speciale, non sono giuridicamente ma anche nei fatti, queste regole hanno il bisogno di essere perfezionate in relazione alla specificità del territorio.

Questa premessa ci porta a dire di fare attenzione a valutare ogni passaggio culturale che ha attinenza con l'applicazione dei principi della democrazia, qualunque sia la forma in cui essa si esplica, quella rappresentativa o quella diretta, secondo la considerazione della particolarità del territorio, perché non a caso il collega Knoll dice che la democrazia diretta per lui è autodeterminazione, non solo nelle scelte amministrative, ma può essere autodeterminazione anche politica, statutale. Quindi il collega Knoll ci pone di fronte ad un fatto reale, e non possiamo, in Alto Adige, astrarci rispetto a queste sensibilità, quelle dimostrate dal collega Heiss in forma diametralmente opposta, quelle che si esprimono attraverso la mia posizione, che non è mia personale ma che io interpreto qua di una posizione diffusa sul territorio, così come di quella di quel collega che in questa sala siede. Ciascuno interpreta il concetto secondo una premessa culturale propria in relazione ad una specificità del territorio. Noi dobbiamo saper dare risposte che abbiano chiare le premesse, altrimenti non andremo molto lontano. Proporranno ricette generali ad una situazione particolare che invece impone risposte particolari.

Chiudo questa digressione con la quale ho iniziato il mio intervento per dedicarmi invece solo qualche momento ad un altro principio, cioè il valore che intendiamo attribuire alla democrazia in Alto Adige. Ho detto prima che mi trovo un po' in imbarazzo a parlare di democrazia in Alto Adige non perché non ami praticarla o non la senta come la migliore delle condizioni possibili per il progresso della società, ma perché fatico a rintracciare talvolta elementi di democrazia praticata nel nostro territorio. Fatico talvolta a rintracciare l'idea che ci sia stata, in Alto Adige, la maturazione di una piena e autentica coscienza democratica. Mi fa un po' paura quando la stessa parte politica che ha faticato a maturare questa coscienza democratica, come è stato chiaramente dimostrato in questi ultimi tempi in Consiglio provinciale, poi sia l'attore di processi legislativi che portino a consolidare sistemi e modelli di democrazia diretta che rischiano di finire, proprio per il vizio d'origine, viziati nella loro conseguenza. Da molti colleghi è stata evidenziata la contraddizione in termini: democrazia del modello proposto dai colleghi Schuler ed altri, che è mediato, va per gradini, c'è un momento di coinvolgimento popolare, ma poi tutto questo lo si consegna alla democrazia rappresentativa, la quale è chiamata a farsene carico. Se non se ne fa carico, c'è un secondo momento di coinvolgimento popolare nella raccolta delle firme con soglie invalicabili, dopodiché c'è un momento della consultazione popolare in cui i cittadini sono chiamati ecc. Temo che questo tipo di processo sia all'origine viziato da un vizio di immaturità democratica di chi lo propone. Questo lo dico con il totale rispetto, la considerazione e anche la stima personale nonché l'amicizia nei confronti di chi ha presentato quella proposta di legge che io rispetto come tutte le proposte ma che ho il diritto di giudicare e di cui devo evidenziare limiti e condizionamenti. Il condizionamento di cui paga il prezzo quel disegno di legge di parte dei colleghi della SVP è un limite culturale, dettato dal condizionamento ambientale della nostra autonomia. Per questo noi abbiamo il bisogno di dire: attenzione. Mi scuso con i colleghi presentatori degli altri disegni di legge, che meritano pure il medesimo

rispetto perché sono iniziative importanti, ma abbiamo consapevolezza di come funzionano le cose in questo Consiglio e sappiamo che purtroppo quei testi di legge non approderanno al dibattito alla discussione articolata, e quindi mi soffermerò solo su uno.

Ampio è il dibattito sulla democrazia diretta in questo momento politico e storico. C'è stata un'ampia mobilitazione di cittadini sul fronte della democrazia diretta per la raccolta delle firme di sostegno necessarie a presentare questa iniziativa, e questo lo ritengo un dato di vitalità della società molto positivo. Ringrazio dal primo all'ultimo cittadino chi ha sottoscritto l'iniziativa di legge popolare, perché si è fatto comunque attore di una proposta, e quando c'è convinta adesione al processo democratico di definizione di un'idea, si fa del bene. È positivo soprattutto se tutto questo rientra nella cornice istituzionale data, nelle regole che sono fissate, e che è ben lontana da demagogia, antipolitica e, al contrario, è partecipazione positiva.

Mi soffermo su una domanda grande come questo Consiglio e forse più: quella mobilitazione che ha coinvolto tanti cittadini forse ha espresso un limite che è dato dall'aver acceso un dibattito sulla democrazia diretta senza garantire una più ampia apertura del dibattito, cosa dal mio punto di vista più pressante o contingente, sulla democrazia rappresentativa che gode, in Alto Adige, di limiti drammatici pericolosi. Su questo noi abbiamo il dovere qui in questa sala oggi, domani e ogni giorno di calcare la mano nel senso di spronare le coscienze ad una riflessione. Oggi non posso aprire il dibattito sulla democrazia diretta, poi entreremo nel merito quando discuteremo gli articoli, senza concedere uno spazio sulla democrazia rappresentativa che dal mio punto di vista, ma negli ordinamenti costituzionali di ogni paese civile nel mondo, è il caposaldo della democrazia. La democrazia diretta interviene e sostiene la democrazia rappresentativa nei momenti particolari, decisionali e significativi in ogni parte del mondo, ma non si sostituisce mai in senso pieno, a livello di significato, in una provincia come quella di Bolzano al potere della democrazia rappresentativa. Non si può sostituire il potere della democrazia rappresentativa, perché sarebbe l'abdicazione della democrazia. Di questo sono convinto, qualcuno potrebbe contestarmi, ma contesterebbe gli ordinamenti costituzionali di tutti i paesi civili e anche quelli meno civili del mondo. Io non posso ignorare il tema della democrazia rappresentativa, perché è nell'ambito della cultura di chi esercita la democrazia in provincia di Bolzano, di coloro che oggi, domani o quando sarà voteranno il disegno di legge sulla democrazia diretta, che discendono le regole di applicazione anche della democrazia diretta. Quindi infine la democrazia diretta è espressione di una democrazia rappresentativa, di una visione culturale della società, perché poi la legge non la fanno i cittadini, come si è visto, ma la fa la politica che rappresenta i cittadini. Allora mi domando se l'Alto Adige oggi è pronto a questi passi per approdare ad una soluzione che sia realmente espressione di un concetto di democratica partecipazione e non di rappresentazione della volontà di voler aprire ad una democratica partecipazione come il disegno di legge degli stimati colleghi, che però pone queste soglie invalicabili che nell'umana immaginazione sono invalicabili o comunque rappresentano una tale mortificazione dell'iniziativa popolare che di fatto le rendono difficilmente applicabili o, ancora peggio, drammaticamente condizionabili dai poteri su cui si regge la democrazia in Alto Adige, i cosiddetti poteri forti. Mi fa un po' sorridere parlare di poteri forti per quanto riguarda un territorio di 5/600 mila abitanti, ma nell'ambito della nostra piccola provincia esistono i poteri forti che sono quelli di condizionamento del sistema, che non è solo economico ma politico. Ma quanto tutti i giorni noi paghiamo tutto questo? E pensiamo che tutto questo non possa avere peso e condizionamento delle scelte che poi verranno attuate sul territorio per limitare, agevolare, spingere o trattenere i cittadini da una mobilitazione, la raccolta delle firme, per raggiungere la soglia di 38 mila firme?

Faccio una piccola parentesi, mi viene in mente il referendum abrogativo che sarà fatto fra una settimana in Trentino per quanto riguarda le comunità di valle. Quanto ha pesato il condizionamento ambientale del territorio nella libertà di quel referendum nella raccolta, e non esistendo le soglie dei 38 mila, delle 26 mila firme? Penso solo alla fissazione della data in un momento di fine settimana di ponte, quasi che il potere ritenesse di dover allontanare la partecipazione dei cittadini dal momento elettorale. Se io te lo fisso nel momento in cui la maggioranza dei cittadini può godere di un ponte di quattro giorni, è evidente che minore sarà la partecipazione. C'è la chiusura delle scuole per garantire il fatto che le famiglie possono approfittare di questo ponte e andarsene al mare, in montagna o al lago, quindi lontane dai seggi elettorali, e c'è la mancanza assoluta di predisposizione di spazi di informazione sul referendum stesso. Quanto poi anche la democrazia diretta, paga il potere di condizionamento che le è imposto dalla politica e dalla democrazia rappresentativa? Tantissimo.

Io credo che noi, al termine di un percorso che abbiamo seguito in questi mesi, che è stato gravemente condizionante per i diritti democratici di base, abbiamo il dovere di porci qualche domanda. Non posso dimenticare quello che è successo ieri e quello che è successo in Consiglio la scorsa sessione di lavori, ma lo ricordiamo o lo abbiamo già dimenticato? Abbiamo dimenticato, signori, che in questo Consiglio si è consumato un delitto rispetto al concetto di democrazia? Ci siamo dimenticati il fatto che il potere politico ha affermato, attraverso le proposte

imposte attraverso trucchi, acquisto di pareri legali finti, si è conquistata delle modifiche alle regole della democrazia interna a questo Consiglio che determinano uno sbilanciamento di poteri, che attribuiscono più potere a chi ce l'aveva già e meno potere a chi ne aveva poco? Ci siamo già dimenticati di questa cornice entro la quale stiamo inserendo il dibattito sulla democrazia diretta? Pongo una domanda. Prima di aprire il dibattito sulla democrazia io richiederei che si aprisse un dibattito sulla democrazia rappresentativa in questa provincia, perché la democrazia diretta pagherà i vizi della democrazia rappresentativa applicata in questa provincia, del clima culturale, del condizionamento ambientale che la politica paga in questa provincia, del potere delle lobby, ma che sarebbe l'ultima cosa. È un deficit di ordine culturale rispetto alle differenze, perché questa nostra autonomia poggia le sue basi sul concetto della differenza come valore, del dovere-diritto delle differenze, delle diversità di poter partecipare al bene comune. Quando invece si applica questo principio negando o limitando il potere di partecipazione delle diversità al bene comune nei suoi diversi aspetti, si dimostra che esiste un deficit di ordine culturale, perché questa provincia avrebbe in sé la straordinaria capacità di essere motore di sviluppo e di progresso, di condiviso progresso, il che significa che tutti si debbano sentire parte di un medesimo progetto e non alcuni protagonisti ed altri muti o quasi testimoni. Non ho dimenticato quello che è successo ieri, non ho dimenticato quel clima culturale, quel condizionamento ambientale che ha prodotto la decisione ieri in commissione regolamento per cui con un'alzata di mano una maggioranza ha potuto dire: io prendo 300 emendamenti della minoranza politica, tiro una linea e li dichiaro cancellati. Non inammissibili come qualche organo di stampa ha riportato, non irricevibili, cancellati dall'ordine del giorno della discussione! Eliminati, mai visti, mai considerati, gettati semplicemente nel cestino! Mi domando allora se questo ambiente culturale entro il quale noi ci muoviamo è favorevole per creare coscienza sui principi di democrazia diretta e fare una legge sulla democrazia diretta e sulla partecipazione. Mi domando se a fronte di una difficoltà oggettiva, politica, di un partito che oggi ha, caso praticamente unico in Europa, la maggioranza assoluta del consenso e la maggioranza assoluta degli eletti in una assemblea legislativa, di proporre una modifica alla legge elettorale che garantisca, rispetto ad un ipotizzato crollo di consenso elettorale, comunque il mantenimento della maggioranza degli eletti in Consiglio provinciale, sia applicazione del senso civico e del principio fissato dallo Statuto di compartecipazione delle diverse comunità, linguistiche e non solo, al progresso della nostra autonomia. E mi domando se è ragionevole pensare che per ottenere quel risultato si possa fare carta straccia del regolamento modificandone le fondamenta sulle quali c'era stato un accordo condiviso da tutta l'aula che aveva fissato regole chiare per quanto riguarda l'art. 97-quinques determinando le condizioni essenziali di garanzia per le parti politiche, ed è lo stesso ambiente culturale entro il quale si vorrebbe oggi scrivere la legge sulla democrazia diretta. Si dice che sarà una maggioranza politica da sola, che è anche maggioranza linguistica, a poter, ad approvare le regole del gioco. Se mancano queste elementari regole di comprensione della delicatezza del nostro territorio locale, se manca la consapevolezza di comprendere quale responsabilità si assume una maggioranza politica nel dire: io da sola mi faccio carico di scegliere la legge elettorale per cui dovrà essere garantita la rappresentanza degli altri, se manca questo elemento, e viene banalizzato, estromesso dal dibattito politico, non c'è la maturità democratica per fare una legge sulla democrazia diretta. Se non c'è una consapevolezza democratica non si possono fare leggi democratiche. Lo ribadisco nella piena consapevolezza dello sforzo intellettuale, morale, positivo di chi ha presentato il disegno di legge a cui mi sono riferito prima.

Io denuncio non un vizio tecnico ma un condizionamento ambientale. Denuncio il fatto che non ci sia spazio nel momento del dibattito sulla democrazia diretta, che è un dibattito autentico sulle fondamenta su cui si poggia la democrazia diretta sana, che è una democrazia rappresentativa altrettanto sana. Se si fa carta straccia delle regole, se si modificano le regole per uso proprio, che garanzia ho io e qualunque cittadino di questa provincia di poter vedere la nascita di una norma che coinvolga i cittadini garantendo loro non formale ma sostanziale diritto alla partecipazione? Questa è la domanda che mi pongo. E la risposta che mi do è scontata: non c'è questa garanzia. Ci sono aspetti tecnici che lo dimostrano, ma c'è un problema generale che offre giustificazioni ancora più solide rispetto alle obiezioni che ho mosso in precedenza.

Ho la piena consapevolezza del fatto che talune battaglie vengano svolte per motivi di ordine morale prima che politico, e credo che tante battaglie svolte in questo Consiglio abbiano avuto questo alto profilo di ordine morale. Certo è che preoccupante è il silenzio dell'opinione pubblica rispetto a quello che sta accadendo, che è accaduto e che accadrà fra qualche mese qui in questo Consiglio e negli anni che seguiranno, perché se questo è il trend e a questo trend corrisponde il silenzio dell'opinione pubblica, non mi aspetto grandi cose dalla democrazia diretta, non mi aspetto rivoluzioni. Anzi mi aspetto involuzioni o preoccupanti parabole, perché se l'opinione pubblica non ha saputo coinvolgersi rispetto al tema della solidità e della legittimità della democrazia rappresentativa, mi domando quanto possa estimare alto sul tema della democrazia diretta. Questa è una domanda fondamentale. Se è stato ritenuto normale un sistema che in 50 anni ha consolidato un potere assoluto e in questi ultimi mesi gli

ha attribuito il diritto di poterlo consolidare anche senza il consenso elettorale, perché questo è quello che è stato detto in quest'aula, se tutto questo è stato ammesso, ebbene, la democrazia diretta attinge dal condizionamento ambientale del territorio e sarà specchio di questa realtà. E questo mi preoccupa. Io ammiro i sistemi che si reggono sulla democrazia diretta però ho da una parte paura quando essi sono eterodiretti dal potere politico, perché allora non sono altro che finte espressioni di democrazia diretta. Torniamo indietro nella storia. Il collega Knoll potrebbe fare degli esempi che io non voglio fare, perché ritengo impropri. Io posso fare esempi sulle grandi consultazioni popolari democratiche nei paesi socialisti. "Il popolo aderisce e vota", il popolo decide, è sovrano e dice ciò che dice il partito, perché c'è un condizionamento ambientale della comunità e della società per cui non è possibile pensare che la società si discosti. È il potere politico che indica la strada della scelta popolare perché crea le condizioni - ho fatto prima un esempio riferito al referendum di Trento per dire quanto può essere condizionante il potere politico nelle scelte - oppure dall'altra parte c'è l'altro pericolo che è rappresentato dall'antipolitica, per cui tutto è da smontare, da distruggere, da annullare e nell'antipolitica non si rintracciano che posizioni demagogiche, populistiche e quindi il vuoto.

Concludo dicendo: evviva la democrazia diretta! Bene che si inizi a parlarne in Alto Adige, male che si possa fare una legge sulla democrazia diretta che ponga soglie invalicabili, che di fatto non permette l'esercizio della democrazia diretta se non mediata, ma prima di parlare di democrazia diretta mi aspetto da questo Consiglio e dalla nostra società che si soffermi un attimo su un'emergenza di ordine fondamentale, che è quella sulla democrazia rappresentativa nel nostro territorio.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Urzì! Ich glaube, dass das Beispiel mit den sozialistischen Ländern nicht gut gewählt ist, denn diese haben sich hinter dem Schein der Demokratie und der Bürgerbeteiligung versteckt. Nicht umsonst hieß die DDR "Deutsche Demokratische Republik", aber ich glaube, dass es außer Frage steht, dass dies mit Demokratie nichts zu tun hatte, aber nicht, weil die Bevölkerung von der Politik konditioniert war, sondern weil die Politik bereits die Entscheidung getroffen hatte, denn das Wahlergebnis stand schon fest noch bevor die Bevölkerung überhaupt zu den Urnen gegangen ist. Ich glaube, das muss man schon unterscheiden.

Die Kollegen der Grünen sind jetzt leider nicht im Saal, aber ich möchte dennoch etwas richtigstellen, was Hans Heiss uns gegenüber kolportiert hat, das heißt, dass so quasi unsere ablehnende Haltung gegenüber einer ethnischen Sperrklausel in der Demokratie ein Drüber-Hinwegfahren über die Italiener wäre. Das hat hier niemand behauptet und, ich glaube, das beabsichtigt auch niemand in der direkten Demokratie, aber Demokratie heißt auch Entscheidungen finden und dass sich auch Mehrheiten zusammenfinden und nicht von irgendjemandem blockiert werden können.

In der Theorie mag das alles ganz einleuchtend klingen, aber wenn wir uns nur praktische Beispiele, ein ethnisches Streitthema wie die Ortsnamen hernehmen, das seit 60 Jahren von der Politik nicht gelöst werden konnte, ... Nehmen wir an, wir würden jetzt in Südtirol ein Referendum darüber abhalten, dass die Entscheidung, wie die Ortschaften, Städte in Südtirol benannt werden, den Gemeinden übertragen wird. Das heißt, wenn jede Gemeinde dies in einer Entscheidung des Gemeinderates selbst entscheiden dürfte, dann hätten wir in jeder Südtiroler Gemeinde diese Abstimmung, beispielsweise in der Gemeinde Prettau, in der kein einziger Italiener lebt. Nehmen wir einmal an, dass von diesen 116 Gemeinden 115 Gemeinden in Südtirol entscheiden würden, wie die Gemeinamen lauten. Wenn beispielsweise in der Gemeinde Leifers die Mehrheit der Italiener sich dagegen aussprechen würde, dann kann dies nichts mit direkter Demokratie zu tun haben, wenn sich dort die ethnische Komponente, die italienische Komponente, zwar mehrheitlich dagegen ausspricht, aber die Entscheidung des gesamten Landes annulliert würde, nur weil eine Komponente nicht möchte, dass beispielsweise eine Gemeinde wie Prettau, in der nicht einmal Italiener leben, selber darüber entscheiden dürfte, wie die Ortsnamen offiziell benannt werden. Das hat auch nichts mit direkter Demokratie zu tun. Mich wundert, ehrlich gesagt, immer ein bisschen die Haltung der Grünen, das heißt, dass sie gerade in diesem Bereich auf ethnischer Basis argumentieren. Ich darf daran erinnern, dass es die Grünen waren, die immer gegen die Prinzipien des ethnischen Proporz waren. Der sacrosanto Alexander Langer hat immer von diesem Gefängnis des Proporz, von ethnischen Käfigen gesprochen. Es waren eigentlich die Grünen und sind immer noch die Grünen, die argumentieren, dass es in Südtirol keine Sprachgruppen, sondern nur Südtiroler geben würde. Wenn es aber nur noch Südtiroler gibt und kein Unterschied mehr zwischen Deutschen, Italienern und Ladinern gemacht wird, wie kann man dann argumentieren? Wenn es aber zu einer Volksabstimmung kommt, dann spielt wieder die ethnische Komponente eine Rolle, dann muss man darauf achten, dass auch die Italiener der Mehrheit zustimmen. Dann ist plötzlich die ethnische Komponente wieder interessant, aber sonst ist sie nicht existent. Ich glaube, hier muss man schon auch einmal

sachlich über dieses Thema diskutieren und man kann sich diese Argumente nicht nur so herausziehen, wie sie einem gerade passen.

Ein Wort möchte ich noch zur Einstiegshürde verlieren. Ich habe es gestern bereits gesagt. Ich bin nicht dagegen, dass grundsätzlich eine Einstiegshürde geschaffen wird, und zwar aus den Gründen, die ich gestern genannt habe, weil es eine Werbung für die Sache ist, nur – das sage ich auch – 38.000 Personen, die ein Anliegen unterstützen müssen, sind, meiner Meinung nach, zu viel. Warum? Fangen wir doch bei uns selbst einmal an. Wir als Abgeordnete hier im Südtiroler Landtag haben die Legitimation – es ist ein böses Wort, das man hier im Landtag in den letzten Wochen nicht gerne hört -, Gesetzesinitiativen zu setzen. Wer von uns hier im Südtiroler Landtag würde dieser Hürde entsprechen? Eine einzige Person! Landeshauptmann Durnwalder hat bei den letzten Wahlen 97.000 Vorzugsstimmen, in dem Sinn Unterstützer, bekommen. Als einziger hat er diese Hürde überschritten. Hans Berger hat 34.600 Vorzugsstimmen, Elmar Pichler Rolle 24.300, Richard Theiner zirka 23.000, Florian Mussner 22.000, Thomas Widmann 18.000, Arnold Schuler 17.000, Martha Stocker 16.000, Sabina Kasserlatter Mur 12.000, Michl Laimer 11.000, Veronika Stirner Brantsch 11.000, Maria Hochgruber Kuenzer zirka 10.000, Rosa Thaler Zelger 9.000, Josef Noggler 7.000 und Georg Pardeller 6.000 Vorzugsstimmen erhalten. Ich habe jetzt nur die Volkspartei-Kandidaten aufgezählt, nur um es zu veranschaulichen. Von uns würde niemand dieser Hürde entsprechen. Niemand von uns hat so viele Vorzugsstimmen erhalten, aber die Bürger draußen haben nicht das Recht, einen Gesetzentwurf einzubringen, wenn sie nicht die Hürde von 38.000 Unterstützern ...

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Schuler, Sie können danach replizieren.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Für Volksabstimmungen braucht es diese Hürden! Aber nichtsdestotrotz geht es hier um die politische Mitentscheidung. Und wir hier im Landtag können politisch mitentscheiden, ohne dass wir eine solche Hürde überschritten haben. Ich weiß, dass es unterschiedliche Hürden für Gesetzesinitiativen, Bürgerbefragungen usw. gibt, aber nichtsdestotrotz geht es um die grundsätzliche Ausrichtung, dass man sich fragen muss, warum wir das Recht haben sollen oder uns das Recht herausnehmen, diese Hürde zu überspringen, obwohl wir mit demselben Argument sagen könnten, dass wir auch nicht eine solche Hürde überspringen haben, wenn wir dies auf die Vorzugsstimmen abmünzen, aber von den Bürgern verlangen wir es. Warum müssen wir es für die Bürger kompliziert und schwerfällig machen und eine solch große Hürde einführen? Warum reicht nicht eine Hürde von meinerseits 20.000 oder 25.000 Unterstützungsunterschriften? Warum müssen wir versuchen, es mit 38.000 so schwierig als möglich zu machen, eine solche Hürde zu überspringen? Das kann nicht im Sinne der Bürger sein.

Ich möchte auf etwas hinweisen, das heute ganz richtig gesagt wurde. Dieses Demokratiedefizit, das wir in Südtirol auch im Zusammenhang mit Unterstützungsunterschriften haben, spürt Ihr. Sie sind selbst einmal Bürgermeister gewesen, und das unterstelle ich Ihnen bestimmt nicht, aber Ihr habt es selber immer wieder miterlebt und Ihr wisst auch, dass es beispielsweise bei den Gemeinderatswahlen, wenn eine Liste für die Gemeinderatswahlen kandidieren möchte, Unterstützungsunterschriften braucht. Dann braucht es jemanden, der diese Unterstützungsunterschriften beglaubigt. Das kann aber nicht ein einfacher Bürger sein, sondern es braucht einen Landtagsabgeordneten, einen Notar oder ein Mitglied des Gemeinderates. Ich selbst habe es erlebt, wie mit diesen Unterstützungsunterschriften umgegangen wird. Es geht nicht einmal darum, dass, wenn jemand dafür unterschreibt, dass eine andere Liste kandidieren darf, dieser automatisch diese Liste wählt. Dieser kann danach genauso gut weiterhin die SVP wählen. Ich habe es im Eisacktal selbst erlebt, wie ein Bürgermeister die Bürger angerufen und gefragt hat, wie sie dazu kämen, für diese oder jene Liste zu unterschreiben. Wenn sie glauben würden, dass sie einmal etwas von der Gemeinde brauchen, dann bräuchten sie nicht mehr zu ihm kommen. Ist das Demokratie? Könnten Sie ein solches Verhalten als ehemaliger Bürgermeister mit Ihrem Verantwortungssinn vereinbaren?

Das ganze System krankt daran, dass im Grunde genommen versucht wird, den Bürgern die Demokratie madig zu machen, dass im Grunde genommen Demokratie immer nur dann genehm ist, wenn es um die Durchsetzung der eigenen Interessen geht; dann ist sie gut und billig. Wenn sich aber die Demokratie gegen die Entscheidungen der Regierungen richtet, sei es im Gemeinderat, sei es gegen Entscheidungen, die hier im Landtag getroffen werden, dann braucht es plötzlich möglichst große Hürden, um diese Demokratie nicht bei jeder Gelegenheit zuzulassen. Wie oft wird es in Südtirol vorkommen, dass solche Abstimmungen durchgeführt würden? Im Grunde genommen genau über jene großen Projekte, die in der Bevölkerung diskutiert werden.

Es geht hier nicht um kleine Entscheidungen und Beschlüsse, die wir im Landtag treffen bzw. fassen, die dann mittels Volksabstimmung wieder abgeschafft werden sollen, sondern es geht um die großen Projekte. Es

geht um Themen wie den Flughafen, es geht, meinetwegen, darum, dass neue Projekte initiiert werden sollen, wie auf lokaler Ebene Skigebiete usw. Wir haben bereits die Erfahrung im Ultental gemacht, wo sich die Bevölkerung gegen ein solches Projekt ausgesprochen hat und dann der neue Gemeinderat gesagt hat – inzwischen sind zwei, drei Jahre vergangen -, dass es ihn nicht mehr interessiert. Und daran krankt das ganze System.

Deswegen sage ich es noch einmal. Zur direkten Demokratie braucht es nicht nur mündige Bürger, sondern vor allem mündige Politiker, die mit dieser direkten Demokratie umgehen können und dann auch einmal eine demokratische Entscheidung der Bevölkerung akzeptieren.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Nur ganz kurz. Ich habe bereits gestern meine Stellungnahme zum Thema Bürgerbeteiligung in Südtirol abgegeben. Ich möchte aber trotzdem noch einiges ins rechte Licht rücken, weil ich heute von einigen Kolleginnen und Kollegen auf einen Aspekt angesprochen wurde, dass es nämlich zu schwierig sei, die 38.000-Hürde an Unterschriften zu überwinden bzw. wir noch nie auf einem öffentlichen Platz gestanden seien und Unterschriften gesammelt hätten. Dagegen wehre ich mich. Ich bin sehr wohl auf öffentlichen Plätzen gestanden, wenn es darum gegangen ist, die Privatisierung des Wassers als öffentliches Gut zu verhindern. Als dies zum Thema gemacht wurde und der Staat die Privatisierung einführen wollte, bin ich sehr wohl als Abgeordnete - um auch die Unterschriften zu beglaubigen - an Ständen gestanden, habe Unterschriften gesammelt und weiß auch, wie viele Unterschriften man an einem Vormittag ungefähr sammeln kann bzw. den Menschen auch Auskunft und Informationen geben muss, wie viel kritische Stimmen es gibt. Ich möchte nur sagen, dass mir dies voll bewusst ist.

Zur Gemeindedemokratie möchte ich auch noch Stellung beziehen. Ich denke, dass wir hier über die Bürgerbeteiligung auf Landesebene diskutieren. Jede Gemeinde hat in ihrer Gemeindefassung unterschiedlich ihr Quorum festgelegt und wie sie damit umgeht. Ich denke, wir sollten nicht die Gemeinde mit dem Land vermischen.

Was die verschiedenen Ebenen anbelangt, die im Gesetz der Südtiroler Volkspartei vorgesehen sind - einmal der Antrag, die Initiative, die Volksbefragung und der Volksentscheid -, denke ich, dass dies Formen der Demokratie sind. Wenn es zum Beispiel nur 4.000 Unterschriften braucht, um den Antrag stellen zu können, dass man die Meinung der Bevölkerung zu einem bestimmten Vorhaben einholen soll, dann sind es nur sehr, sehr wenige. Ich denke, die politischen Vertreter werden dies nicht ignorieren, sondern es auch irgendwo in ihre Entscheidungsfindung und in ihren Entscheidungsprozess mit hinein nehmen.

Dasselbe gilt für die 8.000 Unterschriften. Ich denke, es sind einfach unterschiedliche Formen. Ich stehe aber nach wie vor dazu. Wenn es darum geht, dass neben den gewählten Vertretern die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, Gesetze abzuschaffen, dann braucht es eine bestimmte Gruppe, die sich hier einbringt, und ich bin davon überzeugt. Wenn es ein Vorhaben, zum Beispiel ein Großprojekt - worüber wir heute mehrmals gesprochen haben – gibt und dies kommuniziert wird, dann haben wir es gesehen: 2009 sind 38 Prozent der Wähler zu den Wahlen gegangen, obwohl – das muss ich auch sagen, weil ich es persönlich nicht richtig finde – damals die Landesregierung die Empfehlung ausgesprochen hat, nicht zu den Wahlen zu gehen. Trotzdem sind 38 Prozent der Südtiroler und Südtirolerinnen hingegangen, weil sie – das finde ich gut – das Gespür der Mitbestimmung noch in sich haben und, wenn sie die Möglichkeiten bekommen, auch mitbestimmen wollen. Mir hat das Herz weh getan, als bei einigen Referenden, die auf staatlicher Ebene organisiert wurden, nicht das Quorum, die 40 Prozent, erreicht wurde und damit viele Steuergelder in den Sand gesetzt wurden. Dasselbe gilt auch für die Bürgerbeteiligung auf Landesebene.

Ich wiederhole mich noch einmal: Hier geht es um eine geregelte Struktur vom Antrag, der Initiative, bis zur Volksbefragung und dem Volksentscheid. Es geht nicht nur um Stammtischgespräche, sondern darum, dass, wenn sich 4.000 Menschen zusammentun und ihre Meinung öffentlich kundtun, auch die Politik hinhören und verstehen wird, dass es dem Bürger ernst ist. Ich persönlich bin mir sicher, dass der Bürger sehr wohl für diese Mitbestimmung reif ist.

Nach wie vor möchte ich sagen, dass diese Hürden nicht die Demokratie verhindern möchten. Diese Einstiegshürden sind, aus meiner Sicht, dazu da, dass wir vielleicht das Instrument der Bürgerbeteiligung nicht allzu leichtfertig in die Hand nehmen, ein Referendum initiieren und dann vielleicht nicht das nötige Quorum zusammenkommt. Auch hier ist es wieder nur ein Vorschub. Ich bin davon überzeugt, dass es, wenn 10 Prozent der Wahlberechtigten sagen, dass sie über dieses Thema abstimmen möchten, bei der Abstimmung ganz konkret nicht mehr um das Quorum, sondern um den Inhalt geht, ob ich dafür oder dagegen bin. Das wird dann die Diskussionsgrundlage sein und nicht, wie es in letzter Zeit der Fall war, dass die 40 Prozent hoffentlich zusammenkommen oder nicht zusammenkommen.

Nach wie vor verteidige ich den Vorschlag der Einstiegshürde. Es ist bereits öfters angesprochen worden, und ich bin auch davon überzeugt, dass Demokratie Mitbestimmung heißt. Wir als gewählte Vertreter haben einen konkreten Auftrag und auch die Verpflichtung, Entscheidungen zu treffen. Wenn es darum geht, dass die Bürger und Bürgerinnen mitentscheiden möchten, dann sollen sie mit einer ganz klaren Definition die Möglichkeit bekommen, auch mitzuentcheiden.

ARTIOLI (Lega Nord): Democrazia diretta secondo me vuol dire potere al popolo, il potere decisionale in mano ai cittadini. Noi dobbiamo applicare il modello sul federalismo svizzero, dove i cittadini hanno la possibilità di uno strumento decisionale soprattutto per quanto riguarda le grandi opere. Non è giusto che il cittadino non venga coinvolto. Se noi decidiamo di fare un mega inceneritore o un carcere inutile a Bolzano e spendere 100 milioni, chiediamo ai cittadini se sono d'accordo. Che paura abbiamo di chiederlo ai cittadini? Ve lo dico io qual è la paura di chiedere il parere del nuovo disegno di legge firmato SVP e Partito Democratico, il fatto che i cittadini direbbero: "No, grazie. In questo momento investite 100 milioni per le nostre famiglie, aiutateci a riempire il frigo di cibo, che non sappiamo più come fare. Non veniteci a raccontare che stiamo tutti bene in Alto Adige".

Pochi giorni fa, vi racconto questa cosa che mi ha lasciato sconvolta, è venuta da me una signora con un bambino down, il marito ha perso il lavoro, e mi ha detto che questo bambino è diventato per lei la sua fortuna. Grazie a lui loro mangiano. Questo non è possibile in Alto Adige! Siamo la provincia più ricca del nord Italia e abbiamo persone che devono vivere con i sussidi dovuti da una malattia.

Questo disegno di legge che la SVP assieme al Partito Democratico ha deciso di depositare va nella direzione opposta, perché prevede uno sbarramento talmente alto che di fatto annulla lo strumento della democrazia diretta. Ci vorrebbe una tale mobilitazione che si potrebbe dire che servirebbe quasi una sommossa. Dovrebbero venire tutti talmente arrabbiati, ma accadrà, perché questo disegno di legge chiede uno sbarramento di talmente tante firme in tempi talmente brevi che è impossibile. Se veramente ci credete, lasciate la possibilità di far decidere ai cittadini.

Noi dobbiamo assolutamente sensibilizzare il gruppo linguistico italiano, perché gli italiani non credono nei referendum, vedono quello che succede a livello nazionale. Per esempio per quanto riguarda il referendum sull'acqua, si era detto che si voleva che l'acqua restasse in mano pubblica, ma dopo il referendum non è stato presentato un disegno di legge per proteggere l'acqua. Pensiamo al referendum sui rimborsi elettorali. Alla fine è una presa in giro, perché è vero che il referendum ha detto di no, ma è anche vero che il sistema è rimasto quello di prima. Qui in Alto Adige è nostro compito spiegare anche ai cittadini di lingua italiana che il referendum può funzionare, ma nel momento in cui il Partito Democratico e la SVP fanno un disegno di legge che di nuovo prende il giro il cittadino, si spendono soldi pubblici per far vedere che non vengono coinvolti nelle decisioni, non si fa. Questa è la crisi a cui stiamo andando incontro.

Io sarei a favore di fare un referendum sulla toponomastica, perché se i cittadini decidono che i nomi devono essere monolingui, saranno monolingui. Se invece diranno che sono più aperti, che vogliono aiutare anche il turismo e li vogliono bilingui, li faremo bilingui, ma coinvolgendo tutti e tre gruppi linguistici, italiano, tedesco e ladino. Vediamo se gli albergatori hanno il coraggio di scrivere che vogliono i cartelli monolingui! Io non ho paura di fare un referendum sulla toponomastica. Fatelo, invece che decidere di nuovo qua dentro come volete i cartelli, se volete il cartello di plastica gialla in mezzo agli alberi o se volete lasciarlo di legno! Chiediamo i cittadini, coinvolgiamoli di più, chiamiamoli a partecipare attivamente!

La cosa bella del referendum è che non passa per i partiti, passa per la gente. Sono quelli che pagano le tasse, ci rimette la gente. Si decide sui propri soldi cosa si deve fare. Per questo dico che se il Partito Democratico e la SVP vogliono fare un disegno di legge sulla democrazia diretta, devono ripensare allo sbarramento che in Alto Adige non può essere di 38 mila firme. Sappiamo bene che per raccogliere così tante firme in così breve tempo ci vorrebbero 100 milioni solo di pubblicità per dire alla gente di venire. Vorrebbe dire di nuovo spendere un sacco di soldi per spiegarlo. Fate una soglia più bassa, dimostrate che volete veramente la partecipazione del popolo e ascoltate finalmente la gente, che non solo non sa come arrivare alla fine del mese, ma non riesce più nemmeno a riempire il frigo! L'onda arriva, perché se nel Veneto sappiamo che si sono suicidati 300 imprenditori, se qui non abbiamo la possibilità di riempire gli alberghi perché il turista italiano non arriverà questa estate, mi dite come pensate di fare? Noi abbiamo costruito, in tedesco si dice "einen Wasserkopf" pieno di piscine, strutture, cose carissime che dobbiamo mantenere, e non ho ancora sentito come pensate di abbassare i costi. Nella prossima interrogazione che farò chiederò quanti soldi per la carta spendiamo nei nostri uffici provinciali e comunali. Siamo nell'era di internet, tutti abbiamo un computer, un iPad, un telefono che riceve i file, noi ancora comunichiamo tutto con la carta. Nonostante la crisi non ho ancora visto un taglio della spesa in Alto Adige! Dovete spiegarvi cosa

pensate di tagliare e cosa pensate di mantenere, magari se pensate di fare eine Ristrutturazione, se non sia meglio finanziere eine piscina bella e non 20 nello stesso circondario, e pensare invece a come finanziere la nostra gente per uscire da questa crisi. Se volete veramente la democrazia direkte, dimostratelo e fate eine legge che dia die Möglichkeit di usare questo strumento! Chiediamo alla gente se vuole spendere 100 Millionen per il carcere o se invece è disposta a mandare die gente con il bus navetta a Trento, dove zwei anni e mezzo fa hanno inaugurato il carcere nuovo che è mezzo vuoto.

EGGER (Die Freiheitlichen): Wenn der Vorschlag der Südtiroler Volkspartei durchgeht, dann, glaube ich, werten wir nicht die Bürger in unserem Land, sondern, Kollege Schuler, das Medienhaus "Athesia" auf, denn wenn 38.000 Unterschriften notwendig sind, um einen Volksentscheid einleiten zu können oder auf den Weg zu bringen, dann wird nur eine Macht in Südtirol imstande sein, so viele Menschen zu motivieren, nämlich das Medienhaus "Athesia", die "Dolomiten" usw. Mir liegt es fern, diesem allzu mächtigen Haus weitere Trumpfkarten in die Hand zu spielen, das heißt, wenn wir diesen Entwurf, den Ihr vorgelegt habt, genehmigen sollten, dann werten wir nicht die Bürger auf, sondern schaffen – das ist meine Vorhersage – einen weiteren Trumpf für das Medienhaus Athesia, welches dann - nur dieses wird imstande sein, eine entsprechende Kampagne zu starten - mit all den Mitteln, die diesem Haus zur Verfügung stehen, auch finanziell, die 38.000 Unterschriften wohl zusammenbringen wird. Alle anderen Vereinigungen, aber auch Parteien in Südtirol werden nicht imstande sein, fast 40.000 Menschen zu einer Unterschrift zu bewegen. Ich befürchte hier Schlimmstes, ich befürchte hier, dass man durch diese hohe Einstiegshürde für den Volksentscheid gerade das Gegenteil erzielt von dem, was Ihr offensichtlich bezweckt oder zumindest vorgeht zu bezwecken.

Wenn Kollege Hans Heiss vorhin ausdrücklich auf die Situation in Südtirol hingewiesen hat - er hat von einer Mediendemokratie, von einer Lobbydemokratie gesprochen -, dann ist diese Aussage zu 100 Prozent zu unterstützen. Wir haben derzeit in Südtirol keine echte Demokratie. Wir sind in Südtirol von den Lobbys und vor allem von einem Medienhaus beherrscht. Das ist das System Südtirol, zu welchem noch viele andere Dinge wie die Freunderlwirtschaft usw. gehören, aber das sind die Grundzüge des Systems Südtirol, das ich und, ich glaube, auch meine Fraktion zu bekämpfen gewillt ist. Mit diesem Gesetzentwurf der Volkspartei werden wir diesem eh schon übermächtigen Medienhaus, welches, glaube ich, innerhalb von 60 Tagen, also innerhalb einer relativ kurzen Zeit, imstande sein könnte, 40.000 oder vielleicht auch 50.000 Menschen zur Unterschrift zu bringen, eine weitere Trumpfkarte zuspieren. Ihr macht einen ganz entscheidenden Fehler, wenn Ihr diese Schwelle nicht zumindest auf die Hälfte herabsetzt. Alles andere ist eh schon ein Wahnsinn, aber auch 8.000 oder 10.000 Unterschriften wären, meiner Meinung nach, bei Gott ausreichend.

Wenn ich mir unsere Demokratie in Südtirol ansehe, und ich bin für eine Stärkung der direkten Demokratie, ... Ich wäre nie Bürgermeister von Sterzing geworden – das behaupte ich einmal -, wenn ich nicht direkt von der Sterzinger Bevölkerung gewählt worden wäre. Wenn es damals nach den Interessensgruppen gegangen wäre, die immer schweigen, sich aber gerade vor Wahlen besonders entfalten und wichtig werden, dann hätte ich sicher nie die Ehre gehabt, meiner Heimatstadt vorstehen zu dürfen, und ich bin dankbar dafür, dass es auf Gemeindeebene die Direktwahl des Bürgermeisters gibt. Ich glaube, dass es der Gemeinde auch durchaus gut getan hat, dass in meiner Amtszeit der Haushalt der Gemeinde von einer extremen Schiefelage in eine extrem positive Lage gebracht werden konnte.

Wenn ich mir die Mediendemokratie – Kollege Heiss hat es ausgeführt – ansehe, dann muss ich schon sagen: Dolomiten, Athesia, Volkspartei, RAI, Sender Bozen, Volkspartei und Grüne. Das ist meine Meinung und das stelle ich immer wieder fest. Natürlich kommen dann alle irgendwann einmal zu Wort, aber in der Hauptsache sind es die Volkspartei und die Grünen. Die "Neue Südtiroler Tageszeitung": Wenn man sich die Journalisten, den Herausgeber ansieht, dann sind es Grüne, aber sie sind durchaus kritisch und in alle Richtungen offen. Das halte ich der "Neuen Südtiroler Tageszeitung" – zumindest ich persönlich – sehr zugute. FF: Dort ist es meistens besser, das Gegenteil von dem zu glauben, was der Chefredakteur kundtut, denn dann liegt man meistens richtig.

Die Medienlandschaft in Südtirol oder die Mediendemokratie, wie sie Hans Heiss genannt hat, liegt, meiner Meinung nach, im Argen. Deshalb halte ich es für richtig und notwendig, dass wir die Rechte der Bürger aufwerten, aber mit Eurem Vorschlag werden wir nicht die Rechte der Bürger aufwerten, sondern schlussendlich die Macht eines Medienimperiums in Südtirol weiter stärken.

Kollege Schuler! Sie sind Erstunterzeichner des vorliegenden Entwurfes der Südtiroler Volkspartei. Es gibt dann auch noch andere Entwürfe, aber man kann wohl davon ausgehen, dass nur jener der Volkspartei übrig bleiben wird, wenngleich ich die drei anderen bei weitem bevorzugen oder vorziehen würde, natürlich auch den Entwurf der Freiheitlichen, aber es ist davon auszugehen, dass nur Euer Entwurf übrig bleiben wird. Kollege

Schuler! Sie sind irgendwo als Hoffnungsträger, als Erneuerer hier in den Landtag eingezogen, nicht nur Sie, sondern auch einige andere Kollegen, die die Ehre haben, hier zu sitzen, und muss mich schon fragen, was von diesem Hoffnungsträger geblieben ist, denn dieser Entwurf, den wir jetzt unter anderem behandeln, scheint mir parteiintern bei Euch, also innerhalb der Südtiroler Volkspartei, so sehr zerrupft geworden zu sein, dass schlussendlich keine Lösung mehr übrig geblieben ist, die den Namen "Direkte Demokratie" verdient. Dies ist für die direkte Demokratie eher ein Verhinderungswerk, wenn wir an die 38.000 Unterschriften denken, die es für das Herzstück, für den Volksentscheid, braucht; lassen wir einmal die anderen Möglichkeiten beiseite, denn das Herzstück ist der Volksentscheid. Für den Volksentscheid braucht es eine gewaltige Anzahl von Unterschriften.

Was ist von dieser Erneuerung übrig geblieben? Ich bin der Meinung, dass es besser gewesen wäre, wenn Ihr Euch innerhalb der SVP zu fünft oder zu sechst das Herz in die Hand genommen, Euren wirklichen Vorschlag präsentiert hättet, und dann wäre im Landtag eine Mehrheit zu finden gewesen, aber weil Eure internen Mechanismen greifen, ... Ich habe sie auch einige Zeit kennengelernt und möchte mich jetzt nicht weiter darauf einlassen, aber es ist schade, dass diese Erneuerung, für die Sie einmal angetreten sind, dieses Ende nimmt, und das ist nicht nur der einzige Fall, bei dem wir sehen, was übrig bleibt.

Ich erinnere auch an andere Vorschläge, die Ihr gemacht habt und bei denen Ihr Euch nicht mehr getraut habt, den letzten Schritt zu setzen. Sie und Kollege Noggler haben einmal angekündigt, einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Art Landesrechnungshof mit Kontroll- und Vorschlagsfunktion einzubringen. Landeshauptmann Durnwalder hat gemeint, dass der Auslöser für diesen Vorschlag wohl die Sommerhitze gewesen sei, Tatsache ist aber, dass ich von diesem Eurem Entwurf nie mehr etwas gehört habe. Wo ist er geblieben? Ihr habt Euch mit der Breitbandgeschichte profilieren dürfen, aber eine Erneuerung ist wohl eher eine Behinderung. Ihr habt auch - und das ist eine große Enttäuschung gewesen – die Lex-Egartner, den entsprechenden Gesetzentwurf unterzeichnet. Es hat mit direkter Demokratie, meiner Meinung nach, überhaupt nichts zu tun, wenn man einem Abgeordneten, der wahrscheinlich aus dem Landtag fliegt, das Gesetz im Nachhinein so richten oder es authentisch so interpretieren will, dass er gerettet werden kann. Das hat mit Demokratie, mit direkter oder indirekter, gar nichts mehr zu tun!

Ich musste mich fragen, wo die Erneuerung bleibt, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade auch von Seiten des Ersteinbringers Arnold Schuler. Wo? Die sogenannte authentische Interpretation hat damals die gesamte SVP-Fraktion unterschrieben. Ein einziger, ich glaube, Georg Pardeller, hat sie nicht unterschrieben, aber das ist egal. Wo bleiben die Erneuerung und die Demokratie? Wenn das demokratisch war, einen Kollegen durch ein eigenes Gesetz oder eine Interpretation des Gesetzes zu retten, dann wird dies für den Bürger draußen nicht gemacht. Der fliegt irgendwo hinaus, der bezahlt die Strafe, der muss die Konsequenzen tragen, aber für einen Kollegen habt Ihr Euch hergegeben. Gott sei Dank habt Ihr den Gesetzentwurf dann im letzten Moment zurückgezogen, aber warum? Weil Ihr gesehen habt, dass dies bei den Bürgern gar nicht gut ankommt, aber Ihr habt das Spiel mitgemacht. Deswegen kritisiere ich, dass Ihr zwar als Erneuerer angetreten seid, eigentlich aber sehr wenig zusammenbringt und Euch immer wieder durch interne Kompromisse in Euren Entscheidungen, in Euren Vorschlägen schmälern oder zurechtstutzen lässt.

Wenn dieser Entwurf durchgeht – heute werden wir ihn wahrscheinlich nicht zu Ende diskutieren, sondern nur die Generaldebatte abschließen, das wird dann die Volkspartei entscheiden müssen -, dann machen wir der direkten Demokratie keinen Gefallen, sondern leisten ihr einen Bärenienst. Wir machen nur einer Gruppierung in Südtirol einen Gefallen, nämlich dem Medienhaus "Athesia".

BAUMGARTNER (SVP): Wenn man über das Thema "direkte Demokratie" diskutiert, dann ist es klar, dass die rein politische Frage, die in der Regel auch mit einem gewissen Populismus vermischt ist - was auch zu verstehen ist -, zwischen der Frage der Verfassung und der staatsrechtlichen Frage zu unterscheiden ist. Ich glaube, dass man, wenn man ein Gesetz für die direkte Demokratie im Lande machen muss, vor allem die staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Frage nicht vernachlässigen darf. Wenn in der Schweiz die direkte Demokratie oder die heutige Verfassung in einem hundertjährigen Prozess entstanden ist, dann hat dies einen Sinn. Wenn man dort der direkten Demokratie ein ganz großes Gewicht beigemessen hat, dann hat dies auch seinen Sinn, und wenn das organisch gewachsen ist, dann hat es auch eine gewisse Logik. Was ich damit sagen will, ist, dass man, wenn man in einer hundertjährigen oder noch längeren Geschichte einer Verfassung direkt-demokratische Elemente einbringt, dies niemals ohne Berücksichtigung der bereits bestehenden demokratischen Regeln machen darf.

Wenn ich mich heute zu diesem Thema zu Wort melde, dann deshalb, weil dies heute bereits vom Kollegen Heiss angesprochen worden ist. Wenn wir erst im Jahre 2005 ein Gesetz gemacht haben, dann darf niemand glauben, dass wir dieses Gesetz gemacht haben, ohne nicht auch zu berücksichtigen, welche geschichtliche de-

mokratische Entwicklung wir in Südtirol, welche Entwicklung wir in unserem Lande mitgemacht haben. Wir haben uns damals zusammengefunden – dies wird wahrscheinlich von meinen SVP-Kollegen bestätigt werden, aber auch Kollege Pöder, der mich jetzt anschaut, wird sich sicher daran erinnern können – und haben ein Gesetz mit einer Dreiviertelmehrheit, nämlich mit 29 Ja-Stimmen, verabschiedet. Ein Großteil der Opposition hat dafür gestimmt und wir haben uns in einer Form zusammengestritten, die demokratisch auf höchstem Niveau gestanden hat.

Bei dieser Gelegenheit sind wir einige Kompromisse eingegangen, die, wenn wir es so wollten, der Südtiroler Volkspartei unter Umständen auch weh getan haben oder weh tun hätten können. Ich gehe nur auf drei Themen ein. Wir sind beim Abstimmungsquorum von 50 auf 40 Prozent zurückgegangen, auch mit einer Logik, mit einer Überlegung, weil wir gesagt haben, dass durchschnittlich 80 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in Südtirol an Wahlen teilnehmen, dass wir es uns also auch leisten können, auf 40 Prozent zurückzugehen. Das hat eine bestimmte Logik, und diesen Kompromiss sind wir damals eingegangen.

Wir sind dann auch beim Einleitungsquorum auf einen Kompromiss eingegangen. Ich glaube, dass der ursprüngliche Vorschlag bei über 20.000 Unterschriften lag. Ich spreche immer von Abstimmungen über Gesetze und nicht von der Einbringungsmöglichkeit von Gesetzentwürfen. Wir sind dann auf 13.000 Unterschriften zurückgegangen, wohl aber gleichzeitig die 40 Prozent Beteiligungsquorum belassend. Was sehr entscheidend und sehr wichtig war, ist auch die Unterschriftenregelung, das heißt die Regelung betreffend die Unterschriftenbeglaubigung. Im ursprünglichen Text war vorgesehen, dass nur, ich glaube, Gemeindegemeindefunktionäre und Bürgermeister, also eine ganz kleine Gruppe von Personen, die Unterschrift beglaubigen hätten können. Dies haben wir dann auf Gemeinderäte, auf Gemeindegemeindefunktionäre, auf Gemeindebeamte usw. ausgeweitet. Somit ist auch die Unterschriftenbeglaubigung wesentlich erleichtert worden.

Tatsache war damals, das heißt vor sieben Jahren, wie auch heute, dass wir in Südtirol ein Gesetz in die Wege geleitet und verabschiedet haben, das in Italien und, ich würde sagen, auch in Europa in dieser Form mehr oder weniger einzigartig war, mit Ausnahme der Schweiz, beruhend immer auf dem Autonomiestatut, das im Jahre 2001 abgeändert worden ist. Es war die Grundlage unserer Bestimmungen und die Basis unserer gesetzgebenden Befugnis. Es war also ein Gesetz, das im Prinzip eine Logik hatte oder nach wie vor hat und, meines Erachtens, vor allem auf die geltende Verfassung, auf die Staatsverfassung bzw. Landesverfassung, aufgebaut worden ist.

Was waren die Grundsätze? Die großen Themen waren damals, so wie heute auch, die Quoren, und zwar dahingehend, ob das Beteiligungsquorum, das Unterschriftenquorum gelten soll und welches die eigentlichen Grundsätze der direkten Demokratie sind. Man kann nicht eine bestehende repräsentative Demokratie, wie sie zum Beispiel bei uns in Südtirol herrscht - ich habe es bereits gesagt - mit Volksbefragungen, mit plebiszitären Elementen ergänzen, ohne auf die bestehende Verfassung Rücksicht zu nehmen. Dies zum Ersten.

Zweitens muss man den Grundcharakter des demokratischen Systems bewahren. Beim Grundcharakter, den wir haben – ich werde auf diesen Grundcharakter noch kurz eingehen – ergibt sich die Frage, inwieweit Gesetze und Regierungsbeschlüsse, nämlich Verwaltungsakte, der direkten Demokratie unterworfen werden.

Zum Grundsatz. Unser Grundsatz ist, dass wir vom Volk gewählt und vom Volk auch kontrolliert werden, das heißt, das Volk entscheidet, wen es wählt und wen es somit als seinen Vertreter in der Politik bestimmt. Somit muss ich auch die entsprechende Verantwortung in der Politik übernehmen und auch beurteilt werden können. Das, glaube ich, ist der Grundsatz jeder Demokratie in einer repräsentativen Demokratie. Ich wähle Parteien und Menschen und beurteile sie dann bei den Wahlen, ob sie die Arbeiten gut oder schlecht gemacht haben.

Zum einen gehört zu einer repräsentativen Demokratie, dass die Regierung, die vom Parlament bzw., in unserem Fall, vom Landtag eingesetzt wird, von diesem auch kontrolliert wird, das heißt, die Regierung führt aus, was das Parlament bzw. der Landtag vorgibt, und zum anderen kontrolliert das Parlament die Regierung, ob sie ihre Tätigkeit entsprechend den Vorgaben auch ausübt. Das ist der Grundsatz in jeder repräsentativen Demokratie.

Wenn ich jetzt diese repräsentative Demokratie, rein verfassungsrechtlich, mit der direkten Demokratie anreichere, dann muss ich sehr aufpassen, wie weit ich gehe, damit die zwei Dinge noch zusammenpassen, sonst funktioniert es nicht mehr. Wenn ich nicht ein entsprechendes Gleichgewicht zwischen der direkten und repräsentativen Demokratie herstelle, dann funktioniert das ganze System nicht mehr. Das ist auch der Grund, wieso ich nicht einfach hergehen und sagen kann, ich nehme das System, so wie es einige Einbringer dieser Gesetzesvorlagen gemacht haben, sondern nehme ein ähnliches System, so wie es in der Schweiz herrscht und stülpe es der Südtiroler Realität über. Das geht nicht und das kann auch nicht gehen, denn dann funktioniert nichts mehr, weil das Gleichgewicht nicht mehr besteht.

Wir haben damals bei der Genehmigung des letzten Gesetzes zur direkten Demokratie eine Anhörung im Landtag gemacht und haben uns umgehört, was in der Schweiz, in Deutschland und andernorts passiert. Wir haben unsere Regelung nicht erfunden, denn wir haben eine Verantwortung, wenn wir ein Gesetz machen. Wir sind draufgekommen, wie es zum Beispiel im deutschen Sprachraum, in der Schweiz sowieso, funktioniert. Es gibt zum Beispiel in allen deutschen Ländern teilweise, wenn wir über die Quoren reden, sowohl ein Beteiligungsquorum als auch ein Unterschriftenquorum, ja sogar ein Abstimmungsquorum, das heißt, wenn nicht soundsoviel Prozent der Wahlberechtigten dem Vorschlag zustimmen, dann ist dieser nicht genehmigt.

Nun zu den Quoren. Grundsätzlich ist es so: Wenn die Quoren zu hoch bemessen sind, dann kann sich eine lebendige direkte Demokratie nicht entfalten. Das ist klar. Wenn sie hingegen zu gering bemessen sind oder ganz fehlen, dann kippt die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie und es findet ein Übergang zu einer letztlich anderen Staats- und Demokratieform statt, das ist wohl klar. Dann entscheiden nicht mehr Mehrheiten, sondern Minderheiten.

Quoren dürfen, meines Erachtens, nicht als regelwidrige Besenkung natürlicher Volksrechte gebrandmarkt werden – das hat man auch damals bei der Gesetzesverabschiedung so gesehen -, sofern sie folgendes Ziel verfolgen: Wenn sie die Funktionsfähigkeiten der repräsentativen Organe sichern, namentlich in diesem Fall des Landtages, indem sie, erstens, gewährleisten, dass direkt-demokratische Entscheidungen nur auf punktuelle Eingriffe beschränkt bleiben, die dem Volk für wichtig erscheinen und bei denen ein ernstes Auseinandertriften von Volks- und Parlamentsmeinung droht, und, zweitens, verhindern, dass Plebiszite zu einer Art Dauereinrichtung werden. Ich glaube nicht, dass es eine Änderung in diese Richtung hin unserer politischen Situation in Südtirol geben soll, die den Repräsentativorganen eine kontinuierliche Politikverwirklichung unmöglich macht und ihnen die Gesamtverantwortung für die Politik letztendlich aus der Hand nimmt, dass also die Verantwortung nicht mehr beim Parlament oder beim Landtag liegt, sondern beim Volk über die Volksabstimmungen.

Hinzu kommt, dass Plebiszite ein ähnliches Legitimationsniveau und eine ähnliche Dignität aufweisen müssen wie Parlamentsbeschlüsse. Deswegen die Quoren. Dies setzt jedoch voraus, dass sie von einem hinreichend großen Teil des Volkes getragen werden und nicht nur eine Minderheitsmeinung zum Ausdruck bringen. Werden Plebiszite nicht an hinreichende Hürden gebunden, die eine breite Verankerung im Volk zum Ausdruck bringen, besteht zudem die Gefahr, dass die Volksrechte zum Spielball von kleinen Gruppen werden, die mit Hilfe von Volksrechten zu erreichen versuchen, was sie im Parlament nicht erreichen können.

Quoren können schließlich gewährleisten, dass die beschlossenen Gesetze in einer mit Parliamentsgesetzen vergleichbaren Weise nicht allein Partikularinteressen dienen. Es kann nicht sein, dass ein kleiner Teil entscheidet, was im Lande passiert, sondern die Gesetze müssen sich hinreichend am Gemeinwohl orientieren. Wir haben zum Beispiel – zum Unterschied zu unserem Vorschlag, in dem man von beiden Quoren weggeht und sich nur auf eines, nämlich auf das Unterschriftenquorum beschränkt - in Bayern, und ich glaube, unser Gesetzentwurf lehnt sich irgendwie an Bayern an, ein zehnzprozentiges Unterschriftenquorum. Man hat ein solches in Hessen, dort sind es allerdings 20 Prozent. Im Saarland ist es ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung und in Sachsen sind es 15 Prozent. In Bayern gibt es zum Beispiel bei der Abstimmung kein Beteiligungsquorum, wohl aber in anderen Ländern in Deutschland, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Dort müssen 15 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung an der Abstimmung teilnehmen. In Thüringen ist es ein Drittel, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, und in Berlin sind es sogar 50 Prozent.

Was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, dass Quoren im Prinzip grundsätzlich notwendig sind, um diese Legitimität von Entscheidungen zu gewährleisten, die über Volksbefragungen erfolgen, also dass dieses Gleichgewicht zwischen direkter und repräsentativer Demokratie aufrecht bleibt.

Bei der Unterschriftensammlung ist es auch wichtig, dass die Unterschriften echt sind, also dass man gewährleisten kann, dass es wirklich ernsthafte Dinge sind. Ich glaube, dass es vor allem auch notwendig ist, dass solche Unterschriften frei von Druck erfolgen. Dieser Grundsatz muss berücksichtigt werden. Deswegen ist es auch wichtig, dass nicht alle Unterschriften beglaubigen dürfen, sondern dass hier gewisse Regeln gelten. Hier hat es eine ganz, ganz breite Öffnung gegeben, die weit über das hinausgeht, was ursprünglich vorgeschlagen worden ist.

Grundsätzlich noch einmal. Wir dürfen und sollen in der ganzen Frage der direkten Demokratie, meines Erachtens, bei allen politischen Notwendigkeiten der Parteien und bei allen politischen Notwendigkeiten, die bestehen können oder bei allen Interessen, die da sein können, immer im Auge behalten, dass es nicht ein populistisches Thema sein kann, sondern ein staatsrechtliches, in unserem Fall, ein autonomierechtliches Thema sein muss, nämlich dass man sich auf der Grundlage von dem, was zum heutigen Zeitpunkt besteht und was unsere

Verfassung vorsieht, die direkte Demokratie aufbauen muss und dieses bestehende System mit der direkten Demokratie bereichert werden soll und bereichert werden muss.

Ich glaube, unabhängig davon, ob es das alte oder bestehende Gesetz ist, das dies bereits gewährleistet hat, hat man im neuen Gesetz, indem man von einem Quorum, nämlich vom Beteiligungsquorum, abgeht und nur ein Unterschriftenquorum einführt und damit bereits einen Kompromiss eingeht, diesem Grundsatz bereits entprochen. Dass man aber jetzt hergeht und sagt, dass, nachdem man das Beteiligungsquorum abschafft, also nur mehr ein Quorum hat, nämlich 38.000 Unterschriften, das heißt 10 Prozent der Wahlberechtigten, zu viel seien, ist, glaube ich, unangebracht und nicht in Ordnung, weil man ja vom anderen Quorum abgeht. 10 Prozent sind in Bayern bei wichtigen Entscheidungen möglich gewesen und es soll nach wie vor – ich wiederhole es noch einmal – nicht jeden Tag eine Abstimmung erfolgen, sondern es sollen wichtige Dinge zur Abstimmung kommen und dementsprechend sollen auch die gesetzlichen Voraussetzungen so geschaffen werden, dass nur wichtige für die Bevölkerung entscheidende Dinge zur Abstimmung kommen können. Ich glaube, das ist mit einem Quorum gewährleistet und dieses Quorum muss eine gewisse Konsistenz, eine gewisse Größe, haben, weil es sonst nicht funktioniert.

Insofern bin ich mit diesem Vorschlag durchwegs einverstanden, auch wenn ich der Meinung bin, dass wir bereits im Verhältnis und im Vergleich zu anderen Orten und Realitäten eine bereits sehr gute Regelung haben. Niemand darf aber sagen, dass wir in Südtirol hinter anderen Regionen und Ländern stehen, denn wir sind bereits mit der bestehenden Regelung weit voraus. In anderen Regionen Italiens gibt es solche Gesetze zur Demokratie überhaupt nicht. Wir sind also mit dem bestehenden Gesetz anderen Regionen weit voraus und mit diesem Gesetz gehen wir noch weiter. Insofern haben wir, glaube ich, schon gute Voraussetzungen und tun gut, wenn wir den Vorschlag, den die Südtiroler Volkspartei vorgelegt hat, genehmigen, weil er mit den bestehenden demokratischen Ordnungen in unserem Lande am meisten übereinstimmt. Danke schön!

MINNITI (Il Popolo della Libertà): Ritengo doveroso, così come hanno fatto tutti i miei colleghi, intervenire sulla materia, perché si tratta di un argomento importante. Nel momento in cui la popolazione viene chiamata a partecipare in maniera attiva alla vita politica e istituzionale della provincia in cui vive, una provincia peraltro che si vuole porre all'avanguardia di fronte ad altre realtà, quando ci sono delle tematiche di questo genere che tendono a coinvolgere la popolazione è chiaro che questa tematica deve essere salutata positivamente e deve essere sottolineato anche con alcune significate considerazioni. Peraltro sono presentatore anch'io di un disegno di legge che ho depositato nel gennaio scorso, che vorrebbe garantire una maggiore apertura dei lavori di quest'aula ad una maggiore partecipazione della popolazione. È un disegno di legge di cui conoscete l'esistenza anche perché ieri il collega Dello Sbarba lo ha sottolineato e ha invitato la SVP a seguire una procedura affinché si potesse arrivare ad un dibattito tanto più complessivo delle tematiche che qui oggi trattiamo. Si tratta di cinque disegni di legge, di cui quattro sono in trattazione e uno, il mio, è in sospeso. Volevo ringraziare anche il consigliere Pöder che qualche tempo fa aveva proposto di attendere che il disegno di legge di iniziativa popolare del dott. Lausch ed altri, i tre disegni di legge presentati da lui stesso, dal consigliere Leitner per il suo gruppo e del consigliere Schuller per il suo potessero avere un dibattito unitario assieme al mio disegno di legge. Come sono andate le cose in conferenza dei capigruppo lo si sa, ma comunque sia questa se non altro è una garanzia che la materia potrà essere riconsiderata ritrattata nei prossimi mesi non appena la commissione legislativa tratterà il mio disegno di legge e non appena l'aula lo esaminerà.

La partecipazione attiva di ogni cittadino è importante. La comunità che si chiude in se stessa, che sia una comunità politica come può essere questa riunita in quest'aula, non ha futuro, non ha sbocco. La comunità, qualunque essa sia, deve essere capace al confronto e a trovare un punto di incontro fra le varie diverse esperienze ed ipotesi. È giusto che questo Consiglio tratti con serenità e serietà i vari disegni di legge. Però è anche vero che la volontà popolare non può sostituirsi a quanto viene discusso o approvato da un consesso come questo, nel senso che la volontà popolare è giusto che affermi la sua idea, ma è anche giusto che essa stessa non pretenda di avere la verità dalla sua parte senza potersi confrontare con l'istituzione che poi viene delegata a decidere per quanto riguarda le decisioni da assumere. Non possiamo dimenticare che il Consiglio provinciale, così come il Consiglio comunale e qualsiasi altro consesso, viene eletto anch'esso dai cittadini, per cui è espressione di una volontà popolare. In particolar modo in certe occasioni questa volontà popolare è anche legata a dei programmi politici, in altri casi c'è una trasversalità di intenti, come può essere il caso del referendum, e non sempre una comunità che si è immedesimata nella partecipazione al voto per un partito è poi quella stessa comunità che vuole una determinata soluzione proposta da quel partito che ha votato. La politica deve considerare questa realtà, ma anche quei gruppi di cittadini che spingono, e fanno bene, la politica ad assumere delle iniziative in una determi-

nata direzione, devono continuare a farlo. La politica poi deve essere capace, elasticamente portata, mentalmente a comprendere quelle che possono essere le giuste proposte di ogni singolo gruppo di iniziativa.

Nello specifico posso non condividere alcune soglie che vengono proposte nelle varie leggi anche per quanto riguarda il comitato promotore del disegno di legge di iniziativa popolare, in quanto ritengo che ci sono delle soglie che comunque devono garantire il giusto coinvolgimento, ma non si può nemmeno abbassare fortemente quella soglia, perché dobbiamo riconoscere che vi sono delle altre realtà come le istituzioni che sono chiamate a poter decidere, a legiferare. Ecco perché la partecipazione attiva del cittadino è importante, però non si può prestare il fianco ad un presunto abuso dell'istituto referendario da parte della popolazione.

Trovo positivo il fatto che in alcuni disegni di legge si preveda che decide la conclusione di una vertenza chi va a votare e non che ci debba essere un quorum di partecipazione. Questa è una impostazione che ho sempre criticato anche a livello nazionale. Il cittadino non deve essere obbligato ad andare a votare al referendum, ma chi non va a votare può non essere interessato, ma non può negare che chi va a votare, e quindi chi è interessato, debba essere colui che possa decidere la soluzione del quesito referendario che viene posto all'attenzione. L'abolizione del quorum è un importante passo avanti che tende a responsabilizzare tutti e anche a creare quei presupposti affinché la tematica possa essere affrontata da chi è interessato ben sapendo che una determinata decisione può dipendere anche dall'astensione delle persone che non vanno a votare. Anche questo è un concetto di democrazia. L'astensionismo è una valutazione che può essere fatta. Dal momento in cui uno non va a votare per un referendum esprime comunque una valutazione che ha un suo valore proprio nel concetto di democrazia e di rispetto. Per esempio nel referendum sull'aeroporto tanti non sono andati a votare. Io ritengo che giusto o sbagliato che sia il risultato referendario, se una persona non va a votare, si assume comunque una sua responsabilità e lascia liberi coloro che vanno a votare di decidere anche per lui. Il quesito referendario sull'aeroporto aveva dato un risultato estremamente chiaro che rappresentava una scelta di campo per un numero x di cittadini. Certamente l'assenza di un quorum in qualche modo porta anche quelle forze politiche o quei gruppi di interesse che sono contrari ad un quesito a partecipare al referendum per esprimere eventualmente un voto diverso.

Anch'io sono del parere che questi quattro disegni di legge contengano degli aspetti positivi e avrei preferito fare un collage di molte proposte. Mi ha sorpreso in positivo la relazione del consigliere Schuler, che ha fatto centro su quelle che sono le esistenze di adesso e le prospettive future. Certamente quel disegno di legge è migliorabile, però lo ritengo significativo per questa provincia che vuole essere proiettata nel futuro, anche sulla base di quelle modifiche relative al quorum di cui si parlava in precedenza. Sarebbe piaciuto anche a me aver potuto trattare questi quattro disegni di legge assieme al mio. Sono mancato ad una riunione della commissione che trattava questo mio disegno di legge, comunque nei prossimi giorni ci verrà trattato. Attraverso il mio disegno di legge proporrò che durante il dibattito su una o più materie che comunque hanno lo stesso nucleo normativo si possa proporre un referendum prima ancora che si arrivi ad una votazione sulla discussione articolata. Questo per coinvolgere sempre di più e meglio la popolazione sulle varie questioni referendarie.

Ritenevo doveroso esprimere le mie opinioni su una tematica così importante che prima o poi doveva arrivare in Consiglio per andare a coprire quelle lacune che ancora oggi esistono sulla materia, lacune che sono dovute anche alla modifica di normative, in campo nazionale e locale, che la politica deve riuscire a colmare.

Mi dispiace il fatto che può sembrare che la politica nell'affrontare questo dibattito abbia dovuto attendere l'input da parte di una iniziativa popolare. Noi abbiamo all'ordine del giorno da gennaio un disegno di legge che è stato sottoscritto da migliaia di cittadini, e può sembrare che la politica oggi si senta investita da questo problema perché esiste alla base una iniziativa di questo genere. Se da un lato può essere positivo, perché significa che comunque la politica reagisce agli input che provengono dall'esterno con delle proprie iniziative, quindi non estraniandosi dalla realtà quotidiana, dall'altra può sembrare che su certi temi si ha la necessità di intervenire solo per tamponare l'iniziativa di altri. Questo può essere un difetto della politica che dobbiamo cercare di stoppare almeno per il futuro. Certamente la materia è importante, merita di essere seguita, in qualche maniera riconosce al cittadino una partecipazione attiva. Quando si dice che la politica deve essere aperta e deve essere il bene e la partecipazione di tutti, in diversi punti tutti questi disegni di legge, anche quello che ho presentato io e che non è in discussione, hanno degli aspetti positivi e cercano comunque di coinvolgere la popolazione. Già per questo ritengo che questa discussione e i vari disegni di legge siano già una vittoria, al di là di quelli che possono essere i loro contenuti e la valutazione di quale disegno di legge proseguirà la discussione dei singoli articoli.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich habe die Diskussion zu diesen Gesetzen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ich war nicht immer, aber fast immer da. Den Einbringern des SVP-Gesetzentwurfes möchte ich schon ganz klar die Frage stellen – das ist jetzt nicht ironisch gemeint –, ob sie nicht der Meinung sind, dass sie den

Antrag oder den Gesetzentwurf zurückziehen sollten. Hier bleibt im Raum etwas stehen, also eine Partei mit absoluter Mehrheit will der Bevölkerung vorschreiben, was sie in der Demokratie tun darf. Das widerspricht eigentlich dem Prinzip der Demokratie, aber Ihr versteht das nicht. Kollegin Ulli Mair hat es richtig gesagt: Besser würde man von einer indirekten Diktatur als von einer direkten Demokratie sprechen. Die Begriffe sind hier offensichtlich nicht klar.

Wenn man dauernd hergeht und sagt, dass wir viel, viel weitreichender als andere Länder seien, dann mag dies bis zu einem bestimmten Moment auch stimmen, aber was bleibt – das ist bei Euch nicht angekommen -, ist eine hohe Mauer, und ich stelle es mir so vor wie bei einem Hochsprung: Ich muss über etwas drüberspringen und drüben steht ein Goldsack, welchen ich holen kann, wobei ich weiß, dass ich niemals drüberkomme. Da kann ich alles anbieten. Deshalb diese Slogans mit dem Nullquorum. Bei allem, was davor steht, ist es nicht erreichbar und das widerspricht eigentlich dem Prinzip. Ich wundere mich, dass Ihr Euch das getraut.

Es ist nie darum gegangen, dass man die repräsentative Demokratie mit der direkten ersetzt. Das ist immer nur eine Ergänzung, aber beide gleichwertig nebeneinander, das nenne ich Demokratie. Aber wir haben hier wahrscheinlich unterschiedliche Vorstellungen vom Grundsatz her.

Kollege Pöder hat einen ausgereiften Antrag eingereicht, der viel weitreichender ist. Wir haben uns - das möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen - auf zwei wesentliche Dinge beschränkt, die das Wesentliche mit einer kleinen Maßnahme verändern würden, nämlich dass das Beteiligungsquorum entscheidend gesenkt wird, dass keine Spielchen für ein Aufrufen zum Nicht-Hingehen usw. übrig bleiben und dass es doch eine ansehnliche Zahl sein muss, damit ein Referendum gültig ist, und das andere ist die objektive Information. Die objektive Information haben alle diejenigen anschaulich vor Augen geführt bekommen, die in der Schweiz waren oder sich hier mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Zu einer objektiven Information gehören ein Informationsheft und auch objektive Medien. Wenn man darüber in diesem Land spricht, dann wissen wir alle ganz genau, wie schwierig dieses Thema ist. Ich möchte nur noch das als Ergänzung zu dem, was ich gestern bereits ausgeführt habe, gesagt haben.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: La parola al consigliere Seppi, prego.

SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): I referendum, che sono normalmente collocabili come proposta politica ed ideologica nella sinistra, perché i quesiti referendari che sono stati posti sono quasi sempre partiti da movimenti e da partiti che si rispecchiano nella sinistra, hanno oggi un significato trasversale, perché si traducono in un interesse che va oltre gli schieramenti ed essi sono una necessità considerata assoluta per un sistema democratico elettivo che presenta delle gravi defezioni dal punto di vista di risposta nei confronti dei cittadini.

In questa fase mi dà fastidio il fatto che ad ogni proposta che giunge in modo pregnante da parte dei gruppi politici o, come nel caso specifico, da un gruppo di persone che si sono date da fare per lungo tempo per raccogliere le firme e presentare un disegno di legge popolare, ci sia sempre la volontà, da parte di chi governa, di stoppare la situazione creando a sua volta un disegno di legge alternativo che, avendo i numeri, sarà l'unico che passerà alla discussione articolata. La cosa potrebbe essere anche giustificata dal fatto che il partito che governa prende atto di una determinata volontà popolare e la fa sua, cercando magari di migliorarla prendendo in considerazione le cose più importanti che altri partiti politici con altri disegni di legge hanno presentato sullo stesso tema e, ancora di più, per il rispetto che meritano coloro che hanno raccolto migliaia di firme per poter presentare un disegno di legge che nasce dal popolo per essere discusso in Consiglio, e quindi fa un'operazione di incastro di tutte le varie istanze creando quell'equilibrio che in politica serve per cercare da parte della maggioranza di portare avanti un disegno di legge che possa essere la mediazione di tutte le intenzioni dei promotori. Questo sarebbe anche lecito, preso atto che chi governa ha anche questo tipo di obbligo o comunque questa necessità davanti alla popolazione, anche per questioni di immagine. Ebbene, l'abbiamo notato anche a livello nazionale, quante volte sono stati indetti referendum, poi lo Stato ha agito nel merito prendendo in giro i cittadini più di una volta, lo ricordano i mass media in questo periodo il problema relativo al finanziamento ai partiti, passò con la volontà popolare di non finanziare più i partiti, e immediatamente il Parlamento, stantio come è il suo modo d'essere e nella sua volgare necessità di presentarsi quando si parla di quattrini, ha immediatamente stravolto la cosa cambiando il finanziamento pubblico ai partiti in rimborso elettorale che è esattamente la stessa cosa. Ha tradito la volontà popolare, quindi non è che noi italiani, nel senso parlamentare, possiamo dire di essere in linea con un discorso

che va negli interessi della gente quando essi si manifestano dal punto di vista referendario, ma sicuramente dobbiamo prendere atto di quanto il referendum sia stato preso in giro, anche con i suoi risultati, da parte del governo.

La prima volta che in Italia si fece un referendum erano gli anni 70, fu quello relativo alla legge di divorzio, lo vollero i radicali, ottennero un risultato interessante. Il referendum del 1946 in cui si chiedeva di scegliere fra monarchia e repubblica non lo posso considerare come cambiamento di una legge, rispondo al collega che mi sta facendo questa domanda, perché quel referendum era un cambiamento di sistema, quindi non mi permetterei di prenderlo ad esempio. So che negli anni 70 partecipai per la prima volta ad un referendum indetto dai radicali che volevano sapere se ero contrario o favorevole al divorzio. Ricordo che anche in casa nostra, intendendo il partito del Movimento Sociale, ci fu una seria discussione perché la posizione del partito era di totale contrarietà al divorzio, però con sommo dispiacere da parte mia che ho considerato Giorgio Almirante, e lo considero tuttora, un padre ideale e spirituale, un padre politico, fu uno dei primi che, passato il referendum sul divorzio, ne prese atto e divorziò pure lui. Anche lì dimostra che la coerenza comunque anche a livello partitico e politico, e quindi un esame di coscienza che riguarda la mia famiglia politica va fatto e va analizzato con la massima serietà e serenità. Niente di grave in tutto ciò, però sicuramente anche lì una mancanza di coerenza c'era, che non era dovuta al fatto che non eravamo coerenti come partito, era dovuta al fatto che non accettavamo fino in fondo il concetto di democrazia popolare e quindi il fatto che un discorso come il divorzio potesse passare attraverso un referendum e non attraverso un atto parlamentare.

Accettare una ulteriore forma di democrazia quando era già faticoso accettare quella parlamentare, poteva essere, per i padri del Movimento Sociale, un ragionamento difficile, quindi il fatto di essere stato in quell'occasione una presa di posizione contraria per poi trasformarsi in una volontà espressiva personale da parte di Giorgio Almirante nello sfruttare quella situazione, personalmente fu sicuramente un passaggio che non può mettere in discussione la coerenza di un partito, perché la coerenza di quel partito andava valutata e considerata su ben altre situazioni che non su queste puerili condizioni divorziste.

Il secondo famoso referendum che ci chiamò tutti, penso che anche quelli più giovani di me ci sono andati tutti, fu quello sull'aborto. Lì però non ci furono tentennamenti da parte di nessuno, né ci furono gesti di incoerenza. Eravamo e continuiamo ad essere contrari nella maniera più assoluta all'aborto, per cui riteniamo che una tematica di quel tipo non doveva essere posta con referendum ma doveva essere presa in considerazione dalla posizione di uno Stato cattolico-cristiano e comunque democratico, il quale sull'aborto non avrebbe dovuto accettare nessun tipo di referendum. Ma questa è una posizione politica mia personale, che fu espressione del Movimento Sociale Italiano, e io la rivendico, perché sono ancora più convinto che l'aborto sia una delle cose più sbagliate che possano esistere nel nostro sistema. Questi furono i due fondamenti referendari italiani: divorzio e aborto. Nel primo caso partecipò oltre l'80% di elettori, nel secondo caso si superò il 70%, quindi aveva un impatto sulla gente che non era solo dettato dal tema in discussione, ma anche dalla novità. Si andava per la prima volta ad un referendum, ed era una situazione che creava curiosità, voglia di partecipazione, una situazione elettorale che andò in una determinata direzione. Poi gli altri referendum che furono indetti anche per delle fesserie che non meritavano di essere referendate, non ottennero quasi mai il quorum, a parte il finanziamento ai partiti che superò il 50% del quorum. Questo referendum fu vinto da coloro che non volevano più finanziarli, poi i partiti si arrangiarono in un altro modo per riempirsi le tasche. Non mi viene in mente un altro referendum dove si è raggiunto il 50% del quorum. Il tema in discussione è di fondamentale importanza non tanto perché pone delle nuove condizioni alla nostra provincia, ma perché pone nelle condizioni di considerare illegittimo, dal punto di vista democratico, la presa di posizione della SVP che con il suo disegno di legge vuole fare intendere che vuole intervenire su una tematica che vuole dare approfondimento ad una situazione quando invece la vuole assolutamente annientare, seppellire, perché di referendum in Alto Adige non se ne deve parlare. E vediamo come e perché.

Concedetemi una battuta. Se nella prossima legislatura avremo un presidente della Giunta emanazione diretta di coloro che gestiscono il quotidiano "Dolomiten", l'Athesia ecc., e di questo ormai il mondo tedesco ne è a conoscenza, non ho capito per quale motivo l'unica istituzione informatica che potrebbe raggiungere il quorum previsto dal disegno di legge della SVP è il "Dolomiten", perché con la grancassa che può fare potrebbe raccogliere il numero di firme per indire un referendum, ma a quel punto, nel momento in cui comunque i prestanomi che saranno chiamati in Giunta, compreso il nuovo presidente, saranno referenti degli stessi titolari dell'Athesia, quindi non capisco a cosa serve il referendum! L'Athesia non sarà mai nelle condizioni di raccogliere le firme per indire un referendum, perché non le serve nemmeno. Fa in Consiglio provinciale quello che deve fare, preso atto che "i padroni del vapore", sia referendario che legislativo e di giunta, sono in mano della stessa linea di pensiero, per non dire altro!

Vorrei spiegare le ragioni per le quali dico che la SVP vuole affossare, con questo disegno di legge, l'istituto referendario, e anche accusare di ipocrisia acuta non solo chi ha firmato questo disegno di legge ma anche tutti quelli della SVP che sono intervenuti nel dibattito, perché non hanno il coraggio delle loro azioni. Qua non c'è nessuno che dice la verità, che dice le cose come stanno. La SVP doveva dire che siccome i disegni di legge di tutti quei fanfaroni che stanno discutendo, sono disegni di legge che non vogliamo assolutamente portare avanti, ne presentiamo uno noi per stoppare tutto. E come si fa? Si presenta un disegno di legge nel quale in due fasi diverse, per giungere allo stesso risultato, cioè l'indizione di un referendum, si richiede una raccolta di firme ...

Scusi, presidente, è capace di far stare in silenzio l'aula? Altrimenti cambi mestiere pure Lei, perché è impossibile lavorare in una condizione di questo tipo, ma non devo dirglielo io, Lei deve sapere da solo quali sono i Suoi doveri!

PRESIDENTE: Colleghi consiglieri, per favore, il consigliere Seppi sta parlando! Può continuare, consigliere!

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): No, io non continuo se non si fa ordine in aula. Vicepresidente, è vergognoso il suo comportamento! Vada al suo posto, oppure a bersi un caffè. Vada dove vuole, ma non stia in aula a far casino, mi consenta!

PRESIDENTE: Moderi i termini, consigliere.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Anche Lei moderi i termini, perché non è in grado di condurre quest'aula nemmeno quando c'è rumore. Ha capito, presidente?

PRESIDENTE: Prenderemo esempi da Lei. Può proseguire.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Certo, da me può prendere tanti esempi, specialmente sulla coerenza e sulla dignità!

Presentando un disegno di legge in cui si chiedono 38 mila firme, e non vi do una condizione politica che è sicuramente valutata da una determinata mente, e quindi è un'opinione, vi do la matematica che ancora, SVP permettendo, non è un'opinione nemmeno in Alto Adige, dandovi dei dati chiari che voglio che rimangano a verbale, perché questa è la dimostrazione pura di quanto non si voglia fare il referendum. Prendo questo esempio, perché è lo stesso esempio più o meno matematico che riguarda tutti gli stati europei in cui è prevista l'istituzione referendaria. In Italia abbiamo 55 milioni di residenti. Per fare un referendum in Italia ci vogliono 500 mila firme, e abbiamo sei mesi di tempo per raccogliercle - significa triplicare il tempo per la raccolta dai due mesi previsti dal disegno di legge della SVP - e a livello nazionale 500 mila firma su 55 milioni significa il 9 per mille della popolazione che corrisponde a meno dell'1%. Questa proporzione è rispettata in quasi tutti i paesi europei in cui il referendum è praticato e istituzionalizzato. In Alto Adige se chiediamo 38 mila firma nelle due fasi, 8 mila prima e 30 mila dopo, su una base di 450 mila abitanti, significa che chiediamo l'84 per mille contro il 9 per mille nazionale ed europeo, che significa l'8,4% contro lo 0,85% nazionale. Noi chiediamo un numero di firme decuplicato rispetto alle normative nazionali che sono più o meno nella stessa sintonia di quelle europee. Allora in Alto Adige vengono previsti due mesi di tempo per la raccolta delle firme e una del numero di firme da raccogliere. Mi chiedo quale allocco possa pensare che un disegno di legge di questo tipo non abbia nessuna ragione di essere un disegno di legge sul referendum, come vuole essere venduto dai ciarlatani, ma è di fatto l'affossamento delle istituzioni referendarie. Raggiungere 38 mila firme in due mesi è assolutamente impossibile! Teniamo tutti presente che l'autenticazione delle firme non la può fare chiunque, ed è anche giusto. La può fare un consigliere comunale per i residenti del proprio comune, la può fare un consigliere circoscrizionale per i residenti della propria circoscrizione, la può fare un consigliere provinciale. Ma siamo in 35, di cui sicuramente davanti a qualsiasi referendum non ci saranno i 18 membri della SVP, per cui rimarremmo in 7/8. Quindi mi dovete spiegare come faremmo a raccogliere 38 mila firme in due mesi. È impossibile e di conseguenza questa cosa va denunciata. Io non sto esprimendo opinioni, sto dando dei numeri precisi e dettagliati sulle proporzioni che servono per portare avanti questo istituto a livello provinciale che sono dieci volte superiori a tutto ciò che è richiesto a livello europeo, ma non solo, raccolto in un terzo di tempo! Se andassimo a spalmare nel tempo in maniera proporzionale la raccolta delle firme, riducendo il tempo al 33% di quello che è concesso a livello nazionale, significherebbe avere un numero di firme di 30 volte superiore, perché è chiaro che il tempo gioca un ruolo fondamentale, raddoppia le possibilità se fosse dop-

pio, e se il tempo fosse il triplo, le triplicherebbe. Di conseguenza raccogliere il numero di firme previste dal disegno di legge della SVP nei tempi previsti dalla SVP significa che abbiamo una necessità di firme 30 volte superiore a quella nazionale. Non so chi vogliamo far ridere o quanto vogliamo farci vedere belli in una situazione di questo genere quando è squallida in ogni suo passaggio, perché parte dal presupposto che il referendum non si debba fare mai! Io posso anche discutere sul fatto del referendum. Dal momento in cui c'è già un sistema parlamentare che prevede che il popolo elegga i suoi rappresentanti, posso anche essere contro il referendum. Posso anche dire che secondo me l'istituzione referendaria, tranne situazioni pesantissime come quella del 1946, che però era una questione istituzionale, non mi sta bene. Non ho capito perché sull'aborto e sul divorzio dovevamo decidere noi quando avevamo eletto un migliaio di deputati fra Camera e Senato che dovevano fare quel mestiere. Però, anche se fossi contro, non presenterei un disegno di legge impallinato dall'inizio perché la mia volontà non è quella di essere referendario ma è quella di impallinare le proposte referendarie altrui! Questa non solo è ipocrisia politica, ma è dimostrare fino in fondo uno stato di debolezza che è pericoloso da esprimersi sia per il presente che per il futuro. È una cosa vergognosa dal punto di vista istituzionale.

Dato che sono le 13, finisco il mio intervento nel pomeriggio.

PRESIDENTE: Va bene. Interrompo la seduta fino alle ore 15.

ORE 13.00 UHR

ORE 15.03 UHR

Appello nominale – Namensaufruf

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Proseguiamo nella discussione generale dei disegni di legge riguardanti la democrazia diretta. La parola al consigliere Seppi per proseguire il suo intervento interrotto alle ore 13.

SEMPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Non è così semplice interrompere un discorso e poi riprenderlo, ma cercheremo di fare il massimo sforzo in questa direzione.

Quello che è chiaro da questa iniziativa legislativa proposta dalla SVP è il non concedere all'opposizione nulla senza che ci mettano le mani sopra. È successo anche con delle mozioni in presenza delle quali la collega Unterberger è arrivata a consegnarne una uguale a quella delle opposizioni il giorno dopo averla letta, cioè non si lascia spazio alle opposizioni. Tutti i documenti istituzionali che le opposizioni presentano seguono due logiche: o quando lo vedono decidono di votare contro, oppure cercano di farne uno più intelligente del nostro per cercare, come nel caso in cui abbiamo presentato un disegno di legge io e uno collega Urzi, è arrivato il collega Pichler Rolle a fare il terzo, perché si ritiene che tutto ciò che è positivo non possa avere che non il marchio di fabbrica della SVP! Si deve trovare il modo per stoppare le iniziative delle opposizioni da parte della SVP, presentando anche una sua decisa dettagliata proposta che è in serio contrasto con ciò che un gruppo di persone, non so se finanziate o meno da gruppi politici - il collega Dello Sbarba lo sa meglio di me, perché hanno tutti quella matrice un po' post-comunista o comunque verde - ... Comunque, un gruppo di cittadini volenterosi amanti della democrazia ha raccolto una serie infinita di firme e ha presentato un disegno di legge popolare che è stato discusso all'interno della commissione, che ha una serie di prerogative sicuramente positive per istituire un minimo di democrazia in questa provincia, che nasce direttamente dal popolo e che non è vincolato a tutte le condizioni che sono istituzionalmente previste dalla Provincia autonoma di Bolzano. Ebbene, questi signori, con un grande sacrificio, hanno presentato questo documento corredato delle firme che lo accompagnavano. È chiaro che anche i colleghi dell'opposizione non sono rimasti fermi. Quelli più tenaci e legati ai termini del referendum hanno presentato altri disegni di legge che non passeranno mai alla discussione articolata, perché la SVP a questo punto non ha potuto far finta di nulla e ha presentato il suo. Ma il dramma è che il suo disegno di legge è uno stop al referendum, cioè la SVP fa un disegno di legge che di fatto metterà questa provincia nelle condizioni di non svolgere mai più un referendum. Le ragioni sono semplici: 38 mila firme in una realtà di 450 mila abitanti, dove non so quanti siano i cittadini che hanno diritto di firmare, ma se togliamo i bambini e gli anziani sopra gli 85 anni che magari stanno volentieri a casa, arriveremo forse poco oltre i 300 mila cittadini. Quindi noi chiederemo uno sforzo di sottoscrizioni che supera di molto l'11 o il 12% degli elettori. Noi dovremmo pensare che 12 elettori su 100 vadano a sottoscrivere un referendum, cosa impossibile se non suffragata, come diceva qualche collega stamattina, dall'ap-

poggio dell'unico giornale di regime che abbiamo e che si chiama "Dolomiten", il quale, facendo una campagna di stampa spaventosa come sa fare quando vuole, riuscirebbe forse in due mesi a raccogliere 38 mila firme. Ma che ragione avrebbe il "Dolomiten" di fare un referendum quando i rappresentanti del Dolomiten saranno in quest'aula la prossima legislatura?

La SVP sta stoppando il referendum facendo finta di voler fare una legge. Questa è la realtà storica che stiamo vivendo in questa fase. Del resto, per suffragare questa ipotesi che ho espresso stamattina, in tutta Europa 500 mila firme su 55 milioni di abitanti significa l'1%, non il 10%. Noi abbiamo un obbligo di sottoscrizione che è decuplicato rispetto all'Italia. Ma siccome le vie del Signore sono infinite e nemmeno tutti gli elettori dell'opposizione messi insieme sarebbero in grado di raccogliere questo numero di firme, però esiste la drammatica ipotesi che ciò possa accadere, anche se relegata nel campo delle supposizioni più ardite, bisogna stroncarla questa possibilità. E come la si stronca? Mettendo i termini temporali che ci dicono che a livello nazionale ed europeo sono di sei mesi di tempo per raccogliere le firme, mentre qua ci sono due mesi di tempo. Quindi aggiungendo il termine temporale di due mesi abbiamo di fatto relegato il disegno di legge della SVP non ad un disegno di legge sul referendum ma ad un disegno di legge che blocca nei secoli dei secoli la possibilità di fare un referendum.

Il problema non è tanto quanto uno possa essere favorevole o contrario all'istituzione referendaria - io non sono molto fautore dell'istituzione referendaria, altrimenti non riuscirei a capire cosa stiamo facendo noi qua dentro - ma possono esserci delle regioni per cui un referendum possa essere fatto. Ci sono state delle scelte politiche pesanti dal punto di vista economico e su tante questioni, specialmente riferita all'ambiente. Sicuramente per quanto riguarda il tunnel del Brennero dovevano decidere i cittadini se farlo o no. Ebbene, questa esigenza è stoppata completamente. Non sono molto favorevole all'istituto del referendum, ma il progetto del tunnel del Brennero secondo me era una ragione che quanto meno andava valutata fino in fondo. Se la SVP non vuole che esista il referendum, che lo dica chiaramente. Che dica: ragazzi, presentate pure il disegno di legge e le firme raccolte dai volenterosi onlus della sinistra; consigliere Pöder, presenti pure il Suo disegno di legge referendario; qualcun altro l'ha fatto? Lo presenti, tanto votiamo contro. Diciamo chiaramente che a noi del referendum non ce ne può fregar di meno! È una posizione che può essere condivisa o meno, ma è una posizione politica, non è un'ipocrisia assunta al ruolo di essere posta nella condizione di veder presentato un disegno di legge che servirebbe per fare una cosa sapendo benissimo che con quel disegno di legge il referendum non sarà mai possibile farlo. Invece questa è ipocrisia al massimo livello che esce dal concetto se sono contrario o favorevole al referendum, ma entra nella logica di un sistema assurdo nel quale la dittatura nascosta procede in termini falsamente democratici per arrivare ad imporre le sue regole o, nel caso specifico, a stoppare le richieste e le proposte altrui anche quando esse sono state fatte con sacrifici enormi da parte di cittadini che hanno raccolto migliaia di firme per presentare questo disegno di legge popolare. Parlando con loro ci si rende conto di quante difficoltà hanno avuto per raccogliere 12.600 firme. Figurarsi 38 mila firme! È impossibile. Farlo poi in due mesi è inaudito! Non si può fare. Questa è la realtà in cui viviamo.

Va denunciata una cosa sola, la solita cosa: l'arroganza e la prepotenza di un sistema che quando non vuol dire ai cittadini che non si vuole fare una cosa, presenta un disegno di legge su quella cosa mettendo nelle condizioni il popolo di non poterla fare e, di conseguenza, manifestando in modo ambiguo e perverso, dal punto di vista politico, tutta la sua contrarietà, ma non affermandolo chiaramente, altrimenti sarebbe un autogoal che lo metterebbe nelle condizioni di dover dare spiegazioni. Non vogliono dare spiegazioni, perché non hanno il coraggio della loro proposta politica, delle loro idee, non hanno il coraggio di entrare in contraddizione con un popolo che forse in questo momento avrebbe bisogno di qualche centesimo in più di pensione, avrebbe bisogno più di meno disoccupazione, che non di referendum. Questo è il mio punto di vista, però questa è la politica, si va avanti su un certo livello. Però è ora di finirla con l'ipocrisia, con dei sistemi che fanno di tutto per stroncare le proposte giuste o sbagliate di una parte di quest'aula e, come in questo caso, di 12.600 cittadini!

MUNTER (SVP): Diese vier Vorschläge, die jetzt zur Diskussion stehen, stellen einen grundsätzlichen Eingriff in das demokratische System unseres Landes dar. Es geht darum, dass wir neben der repräsentativen Demokratie, die uns sehr gut und sehr lange in unserem Land begleitet hat, auch eine erweiterte Form der direkten Demokratie vorsehen wollen. Diesbezüglich stellen sich sicherlich einige Grundsatzfragen dahingehend, ob die repräsentative Demokratie nicht ausreichend ihren Dienst getan hat, ob es gravierende Mängel gegeben hat, ob Südtirol aufgrund dieser repräsentativen Demokratie eine schlechte Entwicklung genommen hat, wie wir im internationalen Vergleich dastehen, wie der Lebensstandard, der Umweltstandard, die Sozialstandards, die Sanitätsstandards, das Lebensgefühl sind, wie Südtirol in den internationalen Rankings in den verschiedensten Bereichen steht, ob das im Bereich der Bildung oder Pisa-Studie ist, ob es Berufsmeisterschaften sind, wie also Südtirol in

den verschiedenen Bereichen im sportlichen Wettbewerb dasteht. All das zeichnet ein Bild der Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und einer Demokratie.

Wenn man all diese Parameter anschaut, dann kann man unschwer feststellen, auch mit einer gewissen Befriedigung, dass Südtirol in beinahe allen Parametern im Spitzenfeld liegt. In all diesen Parametern haben wir gute Leistungen, exzellente Leistungen. In manchen Bereichen sind wir europaweit unter den Top Ten. Italienweit sind wir in der Regel auf Platz 1 oder auf Platz 2 abonniert, nicht weil uns besondere Sympathie entgegengebracht würde, sondern weil Land und Leute besonders gute Leistungen erbringen. Das alles kann ja kein Zufall sein, sondern das alles ist entstanden, weil Südtirol, die Bevölkerung zusammengearbeitet und zusammengehalten hat, weil sie glaubt, dass eine gute Führungsriege das Land über Jahrzehnte geführt hat, jetzt unabhängig von den einzelnen Personen und auch unabhängig von den einzelnen Momenten, dass also insgesamt Besseres geleistet worden ist. Wenn wir Top Ten Platzierungen einnehmen und auch noch weiter vorne sind, dann muss hier von allen gemeinsam Besseres geleistet werden - und ich nehme keinen aus, sondern schließe alle, die irgendwo mitgewirkt haben, mit ein als umliegende - als anderswo, das heißt also, dass auch unser demokratisches System dies alles nicht nur ermöglicht, sondern auch gefördert hat. Ich glaube, wir sollten uns diesen Hintergrund vor Augen führen und sagen, das, was gut war und gut funktioniert hat, sollte man auch bewahren, und dann sollen wir uns überlegen, wie wir es nun ergänzen wollen.

Der Gedanke der direkten Demokratie ist nicht nur in Südtirol immer mehr nach vorne gekommen. Die Schweiz macht es uns schon nicht nur seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten vor. Die Tiroler und die Schweizer sind ähnliche Leute, Bergbewohner, und auch wir haben über Jahrhunderte immer wieder gezeigt, dass wir schon selber wissen, was wir wollen. Es ist deshalb nicht unbedingt ein Zufall, dass zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Südtiroler auch wieder europaweit irgendwo beim Abwehren an erster Stelle waren, sich irgendwie besonders einsetzen und nach vorne bringen, etwas leisten wollen, etwas leisten können, sich selber organisieren und sich nicht von außen bestimmen lassen. Das alles sind Eigenschaften, die den Südtiroler seit jeher auszeichnet.

Der Südtiroler Landtag und die repräsentativen Vertreter, die wir haben, sind Ausdruck dieser Demokratieform. Wenn wir nun verstärkt diesen Trend haben - es soll Richtung einer viel stärkeren direkten Demokratie gehen -, dann müssen wir uns fragen, ob uns dies bei all diesen Parametern weiterbringt, ob wir damit volkswirtschaftlich Vorteile haben, ob dann die Sanitätsbetriebe besser funktionieren werden, ob der Bildungsbetrieb besser funktionieren wird, ob die Umwelt besser dastehen wird, ob all diese Bereiche - ich möchte nicht noch einmal die verschiedensten wirtschaftlichen Bereiche auflisten - besser dastehen werden, wenn wir noch zusätzliche Instrumente vorsehen. Diesbezüglich stellen sich auch berechnete Fragen. Einerseits muss man sagen, dass es etwas brauchen wird, die Frage ist aber nur wie viel. Die Frage ist, ob wir aus der bisherigen Einstellung wollen, dass etwas besprochen wird. Dann wird entschieden und dann wird getan. Wollen wir vor allem das Zerreden stärker einfließen lassen, wollen wir den zugegebenenerweise auch größer werdenden Bereich der Bedenkenträger mehr Vorschub leisten, so dass die Entwicklung verlangsamt wird?

Ich glaube, dass es bei dieser Diskussion zur direkten Demokratie sehr klare Regeln braucht, dass vor allem jeder seine Aufgabe, die ihm übertragen worden ist, wahrnehmen muss und wahrnehmen soll. Wenn dem Südtiroler Landtag übertragen worden ist, Entscheidungen zu treffen, dann hat er sie zu treffen. Wenn der Landesregierung Entscheidungen aufgrund der gegebenen Regeln und Gesetzmäßigkeiten übertragen worden sind, dann hat sie diese zu treffen. Wenn einer Gemeinde das übertragen ist, dann ebenso einem Gemeinderat, einem Gemeindeausschuss oder auch einem Bürgermeister. Ich glaube, dass wir gut daran tun, eine solche Einstellung, gerade in der heutigen Zeit, zu unterstützen und aufrechtzuerhalten. Wenn jede Entscheidung dreimal hinterfragt wird, dann werden wir dort landen, dass keine Entscheidung mehr getroffen wird, und wir wissen alle, dass keine Entscheidung immer der schlechteste Weg ist. Es ist besser, wenn man zehn Entscheidungen anstatt keine Entscheidung trifft, denn wenn bei den zehn Entscheidungen auch eine falsche Entscheidung dabei ist und die anderen 9 oder 8 richtig waren, dann ist man wieder ein Stück nach vorne gekommen und die falsche kann man dann auch noch korrigieren, richtigstellen. Man lernt daraus, der Entscheidungsprozess wird besser und insgesamt wird Südtirol dadurch auch stärker. Deswegen ist es nicht das größte Unheil, einmal einen Fehler zu machen, sondern das größte Unheil wäre, nichts zu tun.

Deshalb sollten wir bei der Behandlung dieser Gesetzentwürfe darauf schauen, dass weiterhin das Tun im Vordergrund steht und dass deshalb die berechnete Mitsprache, die bereits durch die Wahlen, durch die Beauftragung, die jeder Einzelne von uns aus dem Wählervolk erhalten hat, gegeben ist, gestärkt und nicht geschwächt wird. Es gibt viel zu viele andere zentrifugale gesellschaftliche Kräfte, wirtschaftliche Kräfte, die sich auch durch

die Globalisierung ergeben, die all diese Entscheidungsprozesse erschweren, verlangsamen, die ganzen komplexen Finanzausammenhänge und Beziehungen, und deshalb sollten wir klare Regeln stellen.

Wir sollten auch dahingehend argumentieren, dass wir nicht zu allem, zu jedem und zu jeder Beliebigkeit zusätzliche Fragestellungen zulassen. Deshalb tun wir, glaube ich, gut daran, wenn wir auch Hürden setzen, die nicht zu niedrig sind, denn wenn die Hürden sehr niedrig sind, dann wird alles und jedes hinterfragt. Wenn alles und jedes hinterfragt wird, dann wird auch wenig mehr getan werden können. Letztendlich wird der einzelne Bürger die Ergebnisse, die Leistungen wahrnehmen, die erbracht werden, und nicht das, was hier oder anderswo zerredet wird. Wenn eine ganz breite Form ermöglicht wird, dann reden wir sicherlich den Populisten das Wort, dann wird der Populismus fröhliche Urständ feiern, und ich glaube nicht, dass jemand hier im Hause sitzt, der das auch wünscht.

Vor allem aber glaube ich, dass jedem von uns und uns als Organ, dem Südtiroler Landtag, durch die Wahl eine Legitimation erteilt worden ist. Die Fragen sind Folgende: Wollen wir uns delegitimieren? Wollen wir uns selber beschneiden? Wollen wir nicht mehr die Entscheidungen, die hier in dialektischer Auseinandersetzung, unter Einhaltung der jeweiligen Geschäftsordnung und ihrer Auswüchse und allem, was damit zusammenhängt, im demokratischen Spiel der politischen Parteien und in der Abwägung der Güter, getroffen werden, diese Aufgabe verstärkt wahrnehmen und zusätzlich noch einen Teil der Kompetenzen abgeben? Ansonsten wollen wir den Freistaat, jeder will irgendetwas, jeder will mehr Autonomie, jeder nennt es anders, aber der Grundgedanke ist, dass jeder selbständiger sein will.

Warum wollen wir oder manche von uns einen Teil dieser sehr schwer errungenen Selbständigkeit wiederum abgeben? Dann müsste man sich schon die Frage stellen, ob es alle, die hier sind, mich an erster Stelle, noch braucht. Wir wollen jetzt nicht auf einzelne Personen eingehen, aber braucht es wirklich noch alle, wenn wir Kompetenzen abgeben? Wollen wir nicht lieber darüber nachdenken, dass wir in dieser Runde die Sachen ausgefeilter und besser diskutieren, damit dann die Entscheidungen auch getragen werden können?

Unter Beachtung dieser Überlegungen möchte ich deshalb nur eines ausrufen: Machen wir eine gesetzliche Regelung, die weiterhin die Würde und den Respekt des Südtiroler Landtages aufrecht erhält und nicht antastet! Die Entscheidungskompetenzen sollten dort liegen, wo sie liegen sollen, und wir sollten dem Populismus, dem Gedankenträgertum oder auch der Verhinderungspolitik, dem Verhinderungsgedanken, der überall sehr stark - nicht hier in diesem Raum, aber insgesamt - spürbar ist, nicht zu viel Spielraum lassen.

In diesem Sinne, glaube ich, ist es gut, wenn Hürden eingebaut werden, die nicht zu leicht zu erreichen sind. Die Bürger sollen gefragt werden, aber dann muss es ein wirkliches Bedürfnis eines großen Anteils der Bevölkerung und nicht nur eines relativ kleinen Anteils sein. Danke vielmals!

PRESIDENTE: Adesso passiamo alle repliche, qualora i presentatori dei disegni di legge fossero interessati.

La parola al consigliere Pöder.

PÖDER (BürgerUnion): Natürlich muss man hier noch einiges dazu sagen, weil die Debatte, in der auch sehr viele interessante Aspekte vorgebracht wurden, recht ausführlich war. Einerseits ist es schade - wenigstens diesen Umstand im Gesetzentwurf der SVP könnte man begrüßen -, dass die Einbringer der Volksinitiative hier kein Rederecht haben. Andererseits ist es halt der Landtag, und wenn man im Landtag eine Initiative vorbringt, dann muss man auch, wie es derzeit ist, damit leben, dass nur die Abgeordneten dazu reden können.

Meiner Meinung nach hat, neben all den sehr wichtigen und sehr inhaltsreichen Stellungnahmen vor allem aus den Reihen der Opposition, auch Kollege Baumgartner eine interessante Wortmeldung vorgebracht, weil er noch einmal in Erinnerung gerufen hat, wie es damals war. Damals wurde einfach danach getrachtet, dass man ein Gesetz macht. Natürlich gab es Auseinandersetzungen, aber schlussendlich, wie es Kollege Baumgartner ausgeführt hat, gab es diesen Kompromiss, der derzeit als Gesetz gültig ist und der - das muss man dazu sagen - dazu geführt hat, dass es fünf Volksabstimmungen, also eine Volksabstimmung mit fünf Fragestellungen, im Oktober 2009 gegeben hat. Wenn der Gesetzentwurf damals nicht verabschiedet worden wäre, wie es einige wollten - ich meine jetzt nicht Abgeordnete aus den Reihen der SVP, sondern die Gegner dieser Gesetzesinitiative -, dann hätten die ersten Südtiroler Volksabstimmungen noch immer nicht stattgefunden. Deshalb muss man sagen - das ist jetzt eine persönliche, auch politische Bewertung -, dass der Gesetzentwurf sehr unzulänglich war und er viel besser auch noch hätte sein können, aber er wurde damals verabschiedet und hat den Grundstein dafür gelegt, dass Volksabstimmungen überhaupt stattfinden konnten oder können.

Was mich irgendwie verwundert, ist die Tatsache, warum die Volkspartei nicht das geltende Gesetz verbessern, sondern verschlechtern will. Das ist die Problematik. Wir wissen zwar die Antwort im parteipolitischen, machtpolitischen Sinne, aber von der Logik her dürfte man ein geltendes Gesetz nicht verschlechtern. Nur, die SVP ist dabei, das geltende Gesetz zu verschlechtern, das sie selbst hier im Landtag eingebracht und mehrheitlich, mit Zustimmung auch eines Teiles der Opposition, beschlossen hat, wie es Kollege Baumgartner ausgeführt hat, weil damals einige Oppositionelle gesagt haben, besser diesen Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, wie man so schön sagt. Dies hat auch dazu geführt, wie gesagt, dass es im Oktober 2009 die ersten Südtiroler Volksabstimmungen gegeben hat.

Warum will man das eigene Gesetz, zum Beispiel bei den Zugangshürden, verschlechtern? Was diesen Aspekt anbelangt, wird es eindeutig verschlechtert, weil es die wesentlichste Frage ist, wie der Bürger zu seinem Recht auf Volksabstimmung kommen kann. Er hat derzeit kaum die Möglichkeit, dies auf Bürgerinitiative hin machen zu können. Wir müssen uns schon im Klaren sein, dass sich eine Bürgerinitiative schwer tut, 13.000 beglaubigte Unterschriften in 3 Monaten für die einführende Volksabstimmung zu sammeln.

Das Initiativrecht, das Recht, Gesetzentwürfe mittels Volksbegehren, Bürgerinitiative, oder wie immer man es nennt, oder das Petitionsrecht usw., sind alles wunderbare Einrichtungen und Regelungen, aber in der direkten Demokratie ist eine Frage vor allem entscheidend, nämlich wie das Volk zu einer Abstimmung kommt, die für die Politik bindend ist. Und das ist die wesentliche Frage, denn alles andere ist, wie gesagt, wichtig, aber nicht essentiell. Um einen Vorschlag oder Gesetzentwurf vorzubringen, kann sich der Bürger unter Umständen auch an einen Abgeordneten wenden und muss nicht unbedingt 8.000 Unterschriften sammeln. Wenn er keinen Abgeordneten findet, der dies vorbringt oder wenn er dem Vorschlag Nachdruck durch die Unterstützung von 8.000 Bürgern geben will, dann wird er die Unterschriften sammeln, aber zur Not kann er sich auch an einen Abgeordneten wenden und darum bitten, diesen Vorschlag im Landtag einzubringen, und das geschieht ja. Ich meine, es ist ja nicht so, dass wir keine Anfragen, keine Beschlussanträge oder auch keine Gesetzentwürfe auf Vorschlag der Bürger einbringen, denn dies wird jeder von uns tun. Die Anregungen der Bürger sind ja die Quintessenz unserer Arbeit, selbstverständlich, wenn man es ernst nimmt.

Das Wesentliche ist aber, wie der Bürger zu einer Volksabstimmung kommt, wie er eine Entscheidung treffen kann, die die Politik umsetzen muss. Diese Entscheidung muss so einfach wie möglich herbeizuführen sein, in dem Sinne, dass es nicht zu einer zu einfachen oder zu niedrigen Hürde kommen darf, damit das Instrument ad absurdum geführt werden kann. Die 8.000 Unterschriften - derzeit sind es 13.000 - wären eine vernünftige Lösung, um eine Abstimmung herbeizuführen zu können. Der Abgeordnete, der gewählt ist, kann einen Vorschlag einbringen, um eine Abstimmung im Landtag herbeizuführen. Die Bevölkerung, auf Initiative der Bürger, kann und sollte mit 8.000 Unterschriften eine Abstimmung nicht im Landtag, sondern in der Bevölkerung herbeizuführen können. Das ist das Wesentliche, alles andere ist, wohlgemerkt, wichtiges Beiwerk. Natürlich ist es wichtig, wer über die Zulässigkeit entscheidet. Frage: Ist es eine unabhängige Kommission? Dies ist auch wichtig, auch wenn es nur eine technische Detailfrage für viele sein mag. Wo ist die Durchführung dieser Volksabstimmungen angesiedelt? Bei einer unabhängigen institutionellen Stelle oder, wie es leider noch immer der Fall ist, bei der Abteilung für zentrale Dienste, die, wie wir gesehen haben, im Oktober 2009 genau das Gegenteil von dem getan hat, was eine unabhängige objektive Behörde tun müsste? Sie hat die Öffnung der Wahllokale um eineinhalb bis zwei Stunden verzögert, sodass es dann letztlich 6.000 Wählerinnen und Wähler zu wenig waren, um das 40-Prozent-Quorum zu erreichen. Es wäre erreicht worden, das ist sicher.

Alles andere, nämlich das Beiwerk, die Abläufe, wie Unterschriften gesammelt werden, wie und wer auf welchem Weg sammeln darf, wie es formuliert sein muss, wie die Transparenz, die Information gehandhabt wird, sind wichtige Dinge, über die wir uns wahrscheinlich kaum in die Haare geraten werden, denn diesbezüglich sind – das habe ich bereits in der Generaldebatte gesagt – auch im Vorschlag der Südtiroler Volkspartei durchaus sehr sinnvolle Lösungen enthalten. Man hat dort unterschiedliche Zugänge, im Gesetzentwurf der "Initiative für mehr Demokratie" wiederum andere Zugänge, aus ganz bestimmten Erfahrungen heraus - wie zum Beispiel im Gesetzentwurf der SVP, im Gesetzentwurf der Freiheitlichen oder in meinem Gesetzentwurf -, aber in vielen Bereichen decken sich die Ansichten. Die technischen Fragen, wie gesagt, wie ein Antrag formuliert sein muss und wie er eingebracht werden kann, sind Dinge, die in der einen oder anderen Form gut oder weniger gut gehen oder vielleicht besser lösbar sind.

Die wesentliche Frage ist aber, über was ich abstimmen darf, wie hoch die Hürde ist, bis ich zu einer Volksabstimmung komme und nicht bis ich einen Gesetzentwurf im Landtag vorlegen kann, denn einen solchen kann ich auch über einen Abgeordneten vorlegen, wie hoch das Quorum ist und ob es ein solches gibt. Das sind drei der wesentlichen Fragen. Dann geht es darum, wie es letztlich umgesetzt wird, denn auch das muss in irgendeiner

Form bestimmt sein, und dann muss geklärt sein, wie das Ergebnis umgesetzt wird. Es kann nicht sein, dass, wenn es nicht um einen Gesetzentwurf geht, irgendein Ergebnis da ist, das bindend ist, aber keiner muss es dann umsetzen.

Beim Gesetzentwurf ist es klar: Wenn es im Oktober 2009 diese 6.500 Wählerinnen und Wähler mehr gegeben hätte, dann wären fünf Gesetzentwürfe plötzlich genehmigt gewesen und hätten vom Landeshauptmann, wie es im Gesetz steht, paradoxerweise beurkundet werden müssen, und das war ein Fehler des Gesetzes damals, den wir alle, wohlgemerkt, übersehen haben, auch das muss klar sein, den nicht die SVP übersehen hat, sondern wir alle, denn alle waren am Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Paradoxerweise wären zwei Gesetzentwürfe zur gleichen Thematik genehmigt gewesen mit einigen unterschiedlichen Inhalten, jener der "Initiative für mehr Demokratie" und unser Gesetzentwurf, in dem unterschiedliche Unterschriftenzahlen enthalten und auch die Frage des Quorums unterschiedlich geregelt waren. Aber auch das hätte bis zum Schluss geregelt werden können. Es wären fünf Gesetzentwürfe genehmigt gewesen, sie wären in Kraft getreten und hätten von jedem, den es angeht, wie es zum Schluss immer steht, beachtet werden müssen.

Natürlich hätte dann – das ist klar – die Mehrheit im Landtag hergehen und diese Gesetzentwürfe wieder kippen können, aber das hätte ein Gesetzgebungsverfahren vorausgesetzt, wobei dies nicht von heute auf morgen umzusetzen gewesen wäre, aber einen vom Volk genehmigten Gesetzentwurf wieder zu kippen, na ja ... In Rom wurde es öfters vorexerziert, aber hier in einem kleineren Rahmen wäre es vielleicht doch politisch schwieriger, wie Kollege Egger richtigerweise einwirft.

Über was darf abgestimmt werden? Am besten über alles. Im kleinsten Kanton der Schweiz gibt es die "Landsgemeinde". Dort kommen die Bürger zusammen und stimmen über alles ab. Wir waren vor einigen Jahren mit einer Delegation des Regionalrates dort und haben uns dies vor Ort angeschaut. Es kommt ein Teil der Bürger zusammen und wer nicht hingehet, der akzeptiert das Ergebnis. Die Staatsanwältin wurde dort gewählt, ein Richter wurde gewählt, die Gesetze wurden beschlossen. Der Landtag, der dort existiert, beschließt keine Gesetze. Er hat keine Beschlussbefugnis, sondern nur ausarbeitende Möglichkeiten. Er darf nur Gesetze vorbereiten. Es wurden Steuern eingeführt und Projekte beschlossen. Über alles darf dort abgestimmt werden und wird dort auch abgestimmt. Dort ist keine Katastrophe entstanden, weil die Bürger - das war damals, als wir dort waren, der Fall – zwar eine neue Ausgabe, ein Projekt beschlossen, die dazugehörige Steuereinnahme aber nicht beschlossen bzw. abgelehnt haben. Danach im Gespräch mit den Regierenden - der Landeshauptmann heißt dort Landammann – haben diese auf die Frage hin, was sie jetzt tun würden, geantwortet, dass sie es umsetzen müssten, denn es sei so, weil dies die Bürger so entschieden und damit die Ausgabe beschlossen hätten. Somit müsse man anderswo einsparen. Dort tut sich nicht der Boden auf und verschluckt den Kanton plötzlich, nur weil die Bürger eine Entscheidung getroffen haben, die die Politik nicht unbedingt so gerne sieht.

Bei uns hier gibt es den verfassungsrechtlichen Rahmen, dass es keine Abstimmung über Steuern und Haushaltsgesetze geben darf. Alles andere würde ich in keinsten Weise von einer Volksabstimmung ausschließen. Ich weiß, dass dieser Aspekt eine sensible Thematik ist. Auch wir hatten damals diese Ausschließungsgründe enthalten, wie sie im geltenden Gesetz enthalten waren, weil wir dachten, dass es damit einfacher wäre weiterzugehen, aber prinzipiell sollte man, wie gesagt, außer die vom Verfassungsrecht vorgegebenen Ausschließungsgründe, keine Dinge ausschließen.

Ich halte es nicht für so schwierig, auch über sehr heikle, brisante, auch gleich populistisch ausnutzbare Thematiken, wie zum Beispiel über Politikergehälter abzustimmen. So unvernünftig sind die Leute draußen nicht. Sie sind vielleicht wütend darüber, weil in bestimmten Bereichen jahrelang nichts geschehen ist. Die Politik hätte wahrscheinlich Angst, dass dann von einem Moment auf den anderen ganz eklatante Entscheidungen von der Bevölkerung herbeigeführt würden, aber auch damit müsste die Politik leben. Unterm Strich sollte man über alles abstimmen können.

Die Thematik, die Frage der Minderheiten und dergleichen ist verfassungsrechtlich geregelt. Das brauche ich nicht noch in ein Volksabstimmungsgesetz hineinschreiben. Ich glaube, die Diskriminierungsfrage, die ganze Frage der Minderheiten, welche Minderheiten es immer auch sind, ist verfassungsrechtlich geregelt. Dass man eine ganz eigene Thematik hier in Südtirol wiederum hineinschreiben muss, um ja nicht eine Volksgruppe oder was auch immer der Gefahr auszusetzen, das sind Dinge, glaube ich, die man nicht tun sollte. Da kommen wir dann vom Hunderdsten ins Tausendste. Wir müssten direkt eine Liste von Dingen machen, über die man nicht abstimmen darf. Dann ist es besser, gar kein Gesetz zu machen, denn wenn ich den Bürgern zum Schluss nur mehr die Entscheidung darüber belasse, wie man eine neue Halle benennt oder nicht benennt, ... Ich muss dem Bürger schon wesentliche Entscheidungen überantworten und keine Angst davor haben.

Warum das Gesetz verschlechtert werden soll, die Zugangshürden erhöht werden sollen, dafür kann es nur einen Grund geben, und das ist jener, dass man keine Volksabstimmungen mehr gegen den Willen der Mehrheit im Lande will. Das ist, meiner Meinung nach, der wahre Grund. Alles andere ist schönes Beiwerk, aber das sind die wesentlichen Inhalte. Wenn wir mit 4.000 oder 8.000 Unterschriften im Entwurf der Mehrheit, der letztlich jener sein wird, den wir, leider Gottes, weiterbehandeln werden, diese Einleitungsmöglichkeiten haben, dann wunderbar, aber wenn danach der Hammer mit 38.000 oder auch 26.000 Unterschriften kommt und jede einzelne Unterschrift über das hinausgeht, was wir derzeit an 13.000 Unterschriften festgelegt haben, dann ist das zu viel!

Diese 13.000 Unterschriften waren nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern das Ergebnis eines Gedankenprozesses hier im Landtag – Kollege Baumgartner hat es auch gesagt -, auch eines durchaus harten Ringens hier im Landtag. Diese Anzahl war zu hoch, denke ich immer noch, aber es war das, was damals herauszuholen war, und ich glaube, es war auch das Maximum in diesem Land mit seinen geographischen Gegebenheiten, mit seinen Gegebenheiten hinsichtlich der städtischen und ländlichen Struktur, auch hinsichtlich der unterschiedlichen Sprachgruppen. Man kann es nicht mit anderen Ländern vergleichen und einfach die Unterschrift von 5 oder 10 Prozent der Wahlberechtigten.

Wir haben hier ganz einfach eine besondere Struktur und haben gesehen, um es noch einmal klarzustellen, dass niemand aus Jux und Tollerei nicht mit 13.000 Unterschriften und morgen auch nicht mit 8.000 Unterschriften eine Volksabstimmung einleiten wird. Das kann man nicht tun! Das ist bereits in der Vorbereitungsphase eine schwierige Sache. Wenn ich etwas formulieren, einbringen muss, um einmal überhaupt erst die Einleitung zu haben und danach noch die beglaubigten Unterschriften sammeln muss, um all diese Dinge zu berücksichtigen und zu beachten, dann ist dies nicht so einfach.

Der Punkt mit der Zugangshürde und auch das Quorum sind wesentlich. Ich bin einfach der Meinung, dass es kein Quorum geben darf. Dieser Umstand ist positiv, aber man kann nicht jemanden hinter Gitter sperren und ihm einen Essnapf davor hinstellen und sagen, dass er zwar die Möglichkeit habe zu essen, aber nicht herauskomme. Das aber passiert hier. Man sagt, Ihr könnt über etwas abstimmen, aber Ihr habt kein Quorum, aber Ihr kommt gar nicht zur Abstimmung hin. So ist die Realität, und das ist eigentlich der schwierigste Punkt in der ganzen Debatte.

Wir sollten uns grundsätzlich darauf einigen, dass wir den Zugang zur Volksabstimmung nicht erschweren. Dass es dann kein Quorum mehr gibt, damit sind alle einverstanden, warum nicht? Da passiert nichts, im Gegenteil, es gehen mehr Leute hin. Die Beteiligung wird höher werden als das letzte Mal, weil ja und nein gesagt, geschrieben, angekreuzt werden muss und weil man nicht einfach denjenigen, der nicht hingehet, zu einer Nein-Stimme umfunktionieren kann. Es ist überhaupt nicht in Ordnung, wenn man das tut, mit einem 40-Prozent-Quorum, 30-Prozent-Quorum oder 50-Prozent-Quorum. Das geht nicht an, weil nicht jeder, der nicht hingehet, nein sagen will, sondern weil es grundsätzlich einmal 10 bis 15 Prozent, auch 20 Prozent der Leute gibt, die nicht zu den Wahlen gehen. Das sind nicht Nein-Sager, sondern die gehen einfach nicht hin, weil sie nicht wollen und sich prinzipiell enthalten. Sie stimmen nicht mit und akzeptieren dann das, was herauskommt, oder ihnen ist es einfach wurst. Dieses Quorum, wenn es weg ist, wird dazu führen, dass es dann eine ganz klare Aussage von allen Seiten geben muss, die dafür oder dagegen sind und sagen, geht hin und sagt nein, denn wenn das verabschiedet wird, dann passiert das oder jenes. Das ist ein positiver Umstand.

Auch die Frage der Information und alle anderen Bereiche sind natürlich sehr wichtig, denn über was soll der Bürger abstimmen? Sollen wir einen Gesetzentwurf vorlegen, ein einführendes Referendum machen, den ganzen Gesetzentwurf mitschicken? Was soll der Bürger damit anfangen, wenn wir uns hier manchmal schwer tun, ganze und umfangreiche Gesetzestexte zu lesen? Damit kann der Bürger nichts anfangen, da braucht es eine einfache Formulierung. Das finde ich auch in allen Vorschlägen irgendwo gut, umgesetzt, dass man, wie es auch auf Staatsebene und auch mittlerweile im geltenden Gesetz in etwa so geregelt ist, mit einer kurzen Formulierung, die vereinbart wird, den Bürgern draußen sagt, worum es bei der Volksabstimmung geht und nicht einfach nur, dass sie eine gesetzeseinführende Volksabstimmung zum Thema Landesraumordnung sei. Was soll der Bürger damit anfangen? Gar nichts! Man muss kurz beschreiben, um was es letztendlich geht und die Möglichkeit der Information ausdehnen, eine ausgewogene Information, denn es soll ein Für und Wider geben. Es gibt bereits diese Bestimmung. Wir haben bei den ersten Volksabstimmungen die Erfahrung gemacht, dass es dann auch die Verpflichtung gibt, eine ausgewogene Berichterstattung vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzuhalten, der die Diskussionssendung zu jedem einzelnen Fragegegenstand in allen Sprachen organisierten musste. Es war schon einmal ein positiver Umstand, dass dann auch darüber diskutiert wurde, aber es wäre dann noch wichtig, dass in alle Haushalte ein Abstimmungsheft kommt usw., aber auch diese Frage ist in allen Vorschlägen in der einen oder

anderen Form besser, schlechter oder wie auch immer gelöst. Ich denke, dass man sich darüber nicht in die Haare geraten wird.

Die Frage ist, wie gesagt, ob es morgen noch eine Volksabstimmung geben kann oder nicht mehr geben kann, und das ist das wesentliche Element. Wenn es heute für Bürger schon sehr schwer ist, eine solche einzuleiten, dann wird es morgen mit dieser geforderten Unterschriftenzahl unmöglich sein. Das ist mit Sicherheit jener Umstand, der dazu führen wird, dass man nicht in dem Moment, wenn dieses Gesetz in Kraft treten sollte, wenn es verabschiedet wird, wie es die SVP will ... Ob noch ein paar Tausend Unterschriften gestrichen werden oder nicht, ist relativ unwichtig, denn alles, was mehr als 13.000 ist, ist im Prinzip nicht mehr akzeptabel.

Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, dann wird die direkte Demokratie in dieser Form in Frage einer Volksabstimmung über einen Flugplatz Bozen zum Beispiel, über ein anderes Projekt oder wie auch immer erledigt sein. Dann wird es einfach keine Volksabstimmungen mehr geben und man wird mitverfolgen, dass auch die anderen Instrumentarien dann nicht mehr angewandt werden, ganz einfach deshalb, weil sich die Leute fragen werden, warum sie sich die Mühe machen sollen, irgendeinen Vorschlag mit 4.000 Unterschriften einzubringen, denn im Landtag wird er dann ohnehin weggewischt, wenn es nicht gerade ein Vorschlag ist, bei dem ohnehin klar ist, dass man das genehmigen kann und auf jeden Fall alle zustimmen müssen. Wenn es ein Vorschlag ist, der von den Bürgern kommt - in der Regel sollten es dann Vorschläge sein, die vielleicht der Politik nicht unbedingt passen, denn sonst würden sie ja hier gelöst -, dann wird er nicht genehmigt, das ist klar. Ich meine, da braucht man kein Hellseher zu sein, dass eine Bürgerinitiative, die einen Vorschlag einbringt, der ... Warum sollen sie das tun? Ganz einfach deshalb, weil die Politik das nicht regeln oder es anders regeln will als ein Teil der Bürger. Wenn diese mit dem Vorschlag hier herkommen, dann wird er eben abgewiegelt, das ist ganz klar. Darüber brauchen wir uns keine großen Illusionen zu machen.

Dies geschieht bereits jetzt mit dem Vorschlag der "Initiative für mehr Demokratie". Er ist diskutiert worden, auch hier noch, und damit ist die Sache erledigt, dann ist er weg. Das wissen die Leute und das werden sie dann auch nicht anwenden. Sie werden sich fragen, warum sie das tun sollen, wenn nicht danach, wenn der Landtag nicht entscheidet, automatisch eine Volksabstimmung stattfinden müsste, wie es derzeit ist. Mit 13.000 Unterschriften bringe ich etwas ein. Der Landtag hat sechs Monate Zeit, dies zu genehmigen. Wenn er dies nicht macht, dann kommt es zu einer Volksabstimmung, so einfach ist es. Wenn das die Bürger wissen, dann sagen sie: Gut, wir geben dem Landtag die Möglichkeit, darüber zu entscheiden. Wenn er das nicht tut, dann entscheiden wir selber darüber. So einfach ist es. Es ist eine absolut vernünftige Frage, warum diese Umwege erst einmal über eine Vorlage an den Landtag ... Wenn der dann nichts tut oder nicht genau das tut oder vielleicht zu wenig tut, dann muss man noch einmal Unterschriften sammeln. Damit sagt man den Leuten draußen im Prinzip: Am liebsten ist es uns, Ihr tut gar nichts, Ihr wählt uns und seid dann ruhig; wenn Ihr etwas tut, dann müsst Ihr Euch darüber im Klaren sein, dass wir das nicht genehmigen, Ihr könnt dann versuchen, eine Volksabstimmung einzuleiten, aber das wird Euch nicht gelingen.

Wenn ich das alles den Leuten draußen mit einem Gesetz sage, dann wird irgendwann einmal eine völlige Resignation gegenüber der direkten Demokratie eintreten. Man wird sagen, dass man dies nicht mehr wolle, außer – ich komme zum Schluss – man geht her und versucht, all das, was zu retten ist - so unzulänglich und so überarbeitungsbedürftig das geltende Gesetz ist bzw. sein mag -, zu retten und unterzieht ein genehmigtes Gesetz einer Volksabstimmung. Dann soll das Volk entscheiden, ob es sich die direkte Demokratie jedes Mitspracherecht nehmen lässt oder nicht. Es wird zu einer ganz einfachen Diskussion kommen, weder über Beistriche, die irgendwo gemacht werden müssen, noch darüber, wie das Heft ausschauen muss, das den Leuten zugeschickt wird. Es wird eine ganz einfache Aussage zu treffen sein: Wer zum Gesetzentwurf der Südtiroler Volkspartei ja sagt, der sagt nein zur direkten Demokratie, und wer zum Gesetzentwurf der Südtiroler Volkspartei nein sagt, der sagt ja zur direkten Demokratie und zur Bürgerbeteiligung. So einfach wird die Fragestellung und so einfach wird dann wahrscheinlich auch die Antwort sein. Ein Nein ist dann ein Ja zur Demokratie, das weiß man. Das wird man dann auch mit der Südtiroler Volkspartei verbinden. Ein Nein zur Südtiroler Volkspartei ist dann ein Ja zur Demokratie, wenn man es jetzt weiterspinnen will, aber das wollen wir ja nicht, denn wir reden immer noch über diesen Gesetzentwurf. Aber es ist schon interessant: Ein Nein zur Südtiroler Volkspartei ist dann ein Ja zur Demokratie und ein Ja zur Südtiroler Volkspartei wäre dann ein Nein zur Demokratie, aber, wie gesagt, soweit muss es nicht kommen, denn wir sind noch immer in der Diskussionsphase.

Es wird aber halt dieses Mittel der Notwehr sein. Das ist ja vom Artikel 47 des Autonomiestatutes vorgesehen. Es ist eine reguläre Angelegenheit, ein Prinzip sogar, eine recht einfache Angelegenheit, so schwierig es sein mag dann, bei bestimmten Mehrheiten, die Unterschriften zu sammeln, aber im Prinzip wird es trotzdem zustande kommen, weil es dann nicht mehr nur Bürger sind, sondern eine ganze Reihe von Kräften mithelfen werden. Wenn

das Gesetz hier im Landtag mit einer qualifizierten Mehrheit von zwei Drittel, wie es vorgesehen ist, verabschiedet wird, dann braucht es die Unterschriften, sonst können auch sieben Abgeordnete die Volksabstimmung einleiten.

Schade wäre es dann um die vielen guten Teile in diesem Gesetzentwurf, das muss ich schon ganz ehrlich sagen, aber dieser eine Punkt, der dieses Gitter, diesen Käfig um die Bürger sozusagen aufstellt, dieses Gitter, das sie davon abhält, letztlich entscheiden zu können, diese hohe Zahl, diese astronomisch hohe Zahl, für unsere Verhältnisse, von Unterschriften, der macht aus diesem Gesetzentwurf, leider Gottes, einen Gesetzentwurf, den man um jeden Preis verhindern muss, so schade es auch ist, weil einige wirklich interessante Punkte oder sogar viele interessante Punkte darin enthalten sind, über die man sich sehr positiv äußern muss, und das habe ich auch getan. Aber es muss einfach klar sein – das ist den Einbringern auch klar, das wissen sie, denn es ist ja nichts Neues, worüber wir hier diskutieren -, dass alles, was man hier hineinschreibt, obsolet ist, weil alles nicht mehr angewendet werden wird, weil niemand sich diese Arbeit mehr antun wird und auch antun kann, ganz einfach. Ich kann nicht die Unterschriftenzahl verdoppeln oder verdreifachen und dafür etwas weniger Zeit vorsehen. Wunderbar! Für wie blöd will man uns heute noch verkaufen? Man soll hier nicht so tun, als würde man etwas verbessern wollen, denn die Leute draußen haben, glaube ich, schon verstanden und werden es dann verstehen, wenn es zu einer Volksabstimmung kommt. Man wird es ihnen auch so einfach wie möglich erklären müssen, ja oder nein.

Abschließend Folgendes. Es würde noch die Möglichkeit geben – es muss nicht ein Antrag, sondern es kann auch nur ein Vorschlag sein -, alles in die Kommission zurückzuverweisen und noch einmal einen umfassenden Gesetzentwurf auf der Grundlage des Gesetzentwurfes, von mir aus, der SVP oder der "Initiative für mehr Demokratie" vorzubereiten, zu entwickeln, auf jeden Fall aber diese vorgesehene unzählige Unterschriftenzahl auf die derzeit existierende Schmerzgrenze herunterzudrücken.

SCHULER (SVP): Ich bedanke mich für die interessante Diskussion, die wir bereits zwei Tage lang führen. Es waren sicher auch interessante Überlegungen dabei, auch wenn sich, leider Gottes, sehr viel auf die eine Hürde konzentriert hat, aber die Gesetze sind sehr viel umfangreicher und enthalten auch viele andere Bestimmungen, die in der Diskussion etwas zu kurz gekommen sind.

Ich möchte in der Replik kurz zu den einzelnen Einwänden oder Diskussionsbeiträgen Stellung nehmen, beginnend beim Kollegen Dello Sbarba, der beanstandet hat, dass hier ein Mehrstufensystem vorgesehen wird. Ich möchte daran erinnern, dass auch der EU-Parlamentarier der Grünen, Gerald Häfner, der auf Einladung der Südtiroler Grünen kürzlich hier war, um einen Vortrag zur echten Demokratie zu halten, und auch sein "Verein für direkte Demokratie" dieses System unterstützen. Er hat mir persönlich noch einmal bestätigt, dass dieses Mehrstufensystem, so wie es auch in Deutschland in Anwendung ist, empfehlenswert und nicht so negativ zu sehen sei, wie es hier manche sehen. Er hat auch das Gesetz des Abgeordneten Minniti, unseres Landtagspräsidenten, angesprochen, ebenso dann der Präsident selbst. Diesbezüglich ist zu sagen, dass dieses Gesetz im Gesetzgebungsausschuss noch nicht behandelt worden ist. Zudem müsste, sollte es behandelt werden und eine Mehrheit finden und auch ein beschleunigter Weg gefunden werden, um es auch im Landtag noch vor den anderen zu behandeln, noch die Frist von drei Monaten eingehalten werden, bevor es dann effektiv in Kraft treten könnte, das heißt, es wäre in dieser Legislatur unmöglich - das wäre der Sinn der Übung – über die verschiedenen Vorschläge auch abstimmen zu lassen.

Das Zweite bzw. Grundlegende ist die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, über diese vier Gesetzesvorschläge auch abstimmen zu lassen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es hier doch um ein wichtiges, um ein erschwertes, um ein statutarisches Gesetz geht, das die Südtiroler Verfassung betrifft. Wenn wir dies in anderen Ländern anschauen, dann gibt es in einigen Staaten, bei weitem nicht überall, die Möglichkeit der Verfassungsinitiative oder des Verfassungsreferendums, aber mir ist kein Fall bekannt, bei dem im Zuge einer Änderung der Verfassung über mehrere Vorschläge eine Volksbefragung gemacht worden ist bzw. dies möglich wäre. Wir kennen keinen solchen Fall. Hier wäre es ein Novum.

Zudem ist es so – hier geht es um Volksbefragungen -, dass der Schweizer Fachmann Groß in seinem Bericht zu unserem Entwurf bezüglich Volksbefragungen, initiiert vom Landtag, geschrieben hat: *"Diese Rechte sind Ausdruck schwacher Regierungen und schwacher Parlamente. Regierungen, die plebiszitär regieren, sind deshalb schwach, weil sie zusätzlich Legitimationen suchen, welche sie durch ihre Leistungen und das Parlament nur ungenügend bekommen. Parlamente, welche plebiszitäre Elemente wollen, zeigen damit, dass sie unsicher sind bezüglich ihrer eigenen Repräsentativität bzw. sich scheuen, die Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen."* Ich glaube, diesen Vorwurf müssen wir uns nicht gefallen lassen. Ich habe mir auch erlaubt, zwei Änderungsanträge zu unserem Gesetzentwurf einzubringen, mit denen die Möglichkeit, dass der Landtag Volksbefragungen von sich aus initiiert, wieder gestrichen wird, weil ich glaube, dass wir ein starkes Parlament sein wollen.

Es ist ebenso problematisch, wenn man über vier Gesetze abstimmen lassen will, weil es sich hier um sehr komplexe Gesetze handelt. Es sind 112 maschinengeschriebene Seiten Gesetzestexte, wenn man alle vier zusammenzählt. Wir haben jetzt fast zwei Tage lang über diese Gesetzentwürfe diskutiert. Ich gehe einmal davon aus, dass die einzelnen Mitglieder dieses Landtages die Unterschiede zur Genüge kennen, ich hoffe es zumindest, aber man hat den Eindruck erhalten, wie schwierig es ist, in diesem Gremium den Überblick zu behalten, was jetzt die Unterschiede der einzelnen Gesetzentwürfe, nicht nur was den Aspekt der einen Hürde anbelangt, sind.

Was die Wortmeldungen der Freiheitlichen anbelangt, stimmen wir mit Ulli Mair vollkommen überein, wenn sie gesagt hat, dass wir hier noch einiges an Hausaufgaben zu machen haben, und zwar nicht nur die Politik, sondern dies betrifft auch die Bürger. Wir müssen lernen, mit solchen Instrumenten umzugehen. Es braucht einen Lernprozess seitens der Politiker, aber auch seitens der Bürger. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen oder kritisiert, dass sich viele Bürger gerade in den großen Orten und Städten immer mehr in eine Erwartungshaltung zurückfallen haben lassen. Deshalb braucht es hier wieder einen neuen Schwung, ein neues Verständnis auch der Mitverantwortung.

Ulli Mair hat auch gesagt, dass Bürger keine Gesetze brauchen, die niemand versteht, bezogen auf unsere Gesetze. Deshalb haben wir gesagt, dass für die Möglichkeit, Gesetze einzubringen und über Gesetze abzustimmen, eine höhere Hürde gerechtfertigt ist, weil sich die Leute unter Abstimmungen etwas anderes vorstellen – dies habe ich bereits zu Beginn gesagt -, nämlich Abstimmungen über Großprojekte, über Prinzipien, wo mit einem einfachen Ja oder Nein geantwortet werden kann.

Kollege Egger! Sie haben behauptet, dass unser Vorschlag in der Partei zerfleddert worden sei. Das stimmt so nicht. Zum großen Teil ist der Entwurf so geblieben, wie er von uns ausgearbeitet worden ist. Es ist bekannt und auch öffentlich gemacht worden, dass zwei Punkte etwas umstritten waren, nämlich jene, welche die Verwaltungsakte und die Hürde betreffen. Über den Punkt betreffend die Hürde muss noch innerhalb der Partei diskutiert werden, aber die Grundsätze, also mehr als 90 Prozent unseres Gesetzes, ist so geblieben, wie wir es ausgearbeitet und auch der Partei vorgelegt haben.

Der Vorwurf der mangelnden Glaubwürdigkeit hat mich schon sehr getroffen. Ich muss mir schon die Frage stellen, wer hier mit der Glaubwürdigkeit wohl eher ein Problem hat. Wenn man Ihren Aussagen Glauben schenken darf, dann haben Sie gesagt, Sie würden dem Entwurf der "Initiative für mehr Demokratie" und auch Eurem Entwurf zustimmen. Das ist schon etwas verdächtig, denn diese Entwürfe unterscheiden sich doch ganz wesentlich voneinander.

EGGER (Die Freiheitlichen): Alle sind besser als Eurer.

SCHULER (SVP): Ganz entscheidend beide. Sowohl der Gesetzentwurf der Initiative als auch Eurer stehen im Widerspruch zu Eurer kürzlich vorgelegten Landesverfassung, und das ist das Interessante. Wenn Sie Ihre Glaubwürdigkeit behalten wollen, dann würde ich Ihnen raten, für unseren Entwurf zu stimmen, weil dieser nachweislich, abgesehen von den Hürden, Eurem Verfassungsentwurf am nächsten kommt, denn auch Ihr seht in Eurem Verfassungsentwurf - bitte nachlesen - dieses mehrstufige Modell vor, genau wie wir es in unserem Entwurf vorgesehen haben. Wie gesagt, über die Hürden wird nicht im Rahmen der Generaldebatte, sondern im Rahmen der Artikeldebatte entschieden. Wenn es jetzt in der Generaldebatte um eine Entscheidung geht, dann geht es um die Prinzipien, und die Prinzipien unseres Gesetzes kommen von allen Entwürfen Eurem Verfassungsentwurf am nächsten. Ich bin gespannt, wie weit die Glaubwürdigkeit dann reichen wird.

Kollege Heiss hat die Politikverdrossenheit und die Macht der Verbände angesprochen. Das sind sicherlich wichtige Punkte. Was die Politikverdrossenheit anbelangt, brauchen wir sicher eine neue Kultur, die wir uns gemeinsam erarbeiten müssen. Was die Macht der Verbände anbelangt, kann man diese auch mit dem besten Gesetz der Welt, was die direkte Demokratie anbelangt, nicht eliminieren. Das beste Beispiel dafür ist sicher Kalifornien. Dort hat man bereits seit über hundert Jahre ein weitreichendes Gesetz zur Bürgerbeteiligung. EU-Parlamentarier Häfner hat auch bestätigt, dass dies lange kein Vorzeigemodell mehr ist, weil sich hier verschiedene Schwachpunkte herausgestellt haben. Dort ist das Sammeln von Unterschriften eine regelrechte Industrie geworden. Für das Sammeln von Unterschriften wird bezahlt, weil bestimmte Lobbys daran interessiert sind, dass bestimmte Initiativen gestartet oder bestimmte Gesetze abgeschafft werden können. Einzelpersonen investieren Millionenbeträge, um ihr Ziel über den Umweg der direkten Demokratie erreichen zu können, zu Gesetzen zu kommen oder Gesetze abzuschaffen. Auch durch ein noch so gutes Gesetz zur direkten Demokratie wird man die Macht der Verbände nicht automatisch eliminieren können. Es könnte genauso gut das Gegenteil der Fall sein.

Ein Gesetz zur direkten Demokratie ist nicht zwangsläufig ein Allheilmittel gegen die sinkende Wahlbeteiligung. Dies zeigen auch die Statistiken – ich habe es hier schon vorgebracht - und auch kein Allheilmittel gegen den Einfluss der Lobbys.

Es war auch zu erwarten, dass die ethnische Komponente auf den Tisch gebracht wird. Wir haben eine Sondersituation, bei der wir die Dinge, was das Zusammenleben der drei Sprachgruppen anbelangt, etwas differenzierter sehen und auch Verständnis dafür haben müssen, dass die einzelnen Sprachgruppen bestimmte Probleme unterschiedlich sehen und deshalb etwas mehr an Sensibilität für die entsprechenden Formen der direkten Demokratie braucht.

Kollege Knoll! Dies betrifft nicht nur Sie, sondern auch andere, weil hier einiges durcheinander gebracht worden ist, was die Hürden anbelangt, weil die 8.000 Stimmen, die vorgesehen sind und hier immer wieder auch vom Abgeordneten Pöder und anderen Abgeordneten zur Sprache gebracht worden sind, die den Bürger in eine Situation versetzen müssen, ... Den Rechten, die ein einfacher Abgeordneter hat, wird Genüge getan. Um eine Gesetzesinitiative zu starten - auch wir als einzelne Abgeordnete können nur eine Gesetzesinitiative starten und nicht allein ein Gesetz beschließen -, braucht es 8.000 Stimmen, genauso wie es bisher schon vorgesehen war.

Wir gehen in unserem Entwurf darüber hinaus und sagen, dass 4.000 Bürgerinnen und Bürger - so ist es jetzt vorgesehen - auch Anträge an die Landesregierung stellen können und dann innerhalb von dreißig Tagen eine Antwort bekommen müssen. Wir als einfache Abgeordnete müssen einen Beschlussantrag einbringen, der hier im Landtag eine Mehrheit finden muss, damit ein Anliegen an die Landesregierung herantragen werden kann. Hier muss man schon auch mit gleichen Maßstäben messen.

Wenn man das Beteiligungsquorum abschafft, dann ist davon auszugehen, dass, wenn die entsprechenden Hürden geschafft werden, die gleiche Anzahl an Leuten, theoretisch zumindest, das entsprechende Gesetz auch beschließen kann.

Kollegin Artioli hat das Beispiel vom Gefängnis gebracht. Dies ist auch ein klassisches Beispiel dafür, dass bei einem Sachthema die Bürger entscheiden sollen können, ob sie wollen oder nicht, aber auch hierfür würde es nicht die 38.000-Unterschriften-Hürde brauchen. Bei der 38.000-Unterschriften-Hürde sprechen wir immer von Volksentscheiden über Gesetzentwürfe. Um ein Gefängnis zu bauen oder nicht, braucht es aber kein Gesetz, sondern einen maximalen Beschluss der Landesregierung. Es kann genauso gut eine Sachentscheidung sein, die ich mit 4.000 Unterschriften schon einmal in den Landtag bringen kann, und wofür es nicht 38.000 Unterschriften braucht, um die Angelegenheit auch vor das Volk zu bringen.

Kollege Seppi ist nicht hier. Auch er hat einiges durcheinander gebracht. Er hat den Vergleich mit dem Staat gebracht, wie viel es Stimmen oder Unterschriften in Italien auf Staatsebene braucht, um ein Referendum zu initiieren. Er hat gesagt, dass es auch in anderen Staaten so sei. Hier wird auch einiges verwechselt. Wir haben die 38.000-Hürde vorgesehen, wenn es darum geht, Gesetze zu beschließen, Gesetze abzuschaffen oder beschlossene Regierungsbeschlüsse wieder abzuschaffen, aber die Möglichkeit, Gesetze einzuführen, gibt es in Italien gar nicht, auch nicht in der Schweiz auf Staatsebene und schon gar nicht in Deutschland. Hier hinkt dieser Vergleich ganz gewaltig. Auch die Möglichkeit, Beschlüsse der Regierung abzuschaffen, gibt es auf Staatsebene nicht, nicht nur in Italien nicht, sondern auch nicht zum Beispiel in Deutschland. In Italien gibt es nur die Möglichkeit, beschlossene Gesetze wieder abzuschaffen. Nur diese eine Möglichkeit gibt es und dafür gibt es die Hürden. Die Hürden kann man natürlich nicht mit jenen auf Staatsebene vergleichen. Es ist ungleich schwieriger, auf so großer Ebene Unterschriften zu sammeln wie in kleineren Ländern. Hier muss man einen Vergleich zwischen Ländern herstellen und nicht Ungleiches miteinander vergleichen.

Kollege Baumgartner hat richtig gesagt, dass unser Gesetzentwurf eine Weiterentwicklung des geltenden Gesetzes sei. Bisher war es nur möglich, Gesetzestexte vorzulegen und darüber abzustimmen. Jetzt sollen auch einfache Anliegen und Sachfragen dazukommen. Dies ist auf alle Fälle eine Erleichterung. Die Möglichkeit der Unterschriftensammlung und der Beglaubigung wird erleichtert, indem man auch die elektronische Sammlung von Unterschriften zulässt. Für die Einbringer werden mehr Rechte vorgesehen, also unzweifelhaft alles positive Dinge.

Das, was wir verändern, ist, dass zwischen Quorum und Hürde, um die Legitimation der Abstimmung auch zu gewährleisten, getauscht wird. Anstatt eines Beteiligungsquorums von 40 Prozent haben wir eine höhere Unterschriften-Hürde vorgesehen. Man kann darüber diskutieren, ob sie zu hoch oder zu niedrig ist, aber dies ist ein Tausch und nicht eine einseitige Änderung. Dadurch wollen wir erreichen, dass es, wenn es zu einer Abstimmung kommt, auf alle Fälle auch eine Entscheidung gibt, weil mir die niedrigste Hürde nichts nützt, wenn ich nachher am Quorum scheitere.

Kollege Pöder! Wir diskutieren hier über die Grundsätze. Sie haben auch bescheinigt, dass hier sehr wohl einiges, manche haben gesagt, sehr vieles an Positivem, an Veränderungen in unserem Entwurf vorgesehen ist, aber über die Hürde wird dann im Rahmen der Artikeldebatte und nicht in der Generaldebatte entschieden. In der Generaldebatte sollte es darum gehen zu erkennen, welcher Gesetzentwurf von den Prinzipien her der beste und umsetzbarste ist.

Kurz zu den Grundsätzen und damit schließe ich. Ich bin der Meinung – ich möchte es noch einmal unterstreichen –, dass die Entwicklung in der Gesellschaft jene ist, dass sich die Bürger erwarten, mehr miteingebunden zu werden. Das ist als Chance zu sehen und dem wollen wir auch Rechnung tragen. Es gibt auch – das dürfen wir nicht vergessen – wieder die Eigenverantwortung zu fördern und zu stärken, denn die Bürgerbeteiligung soll nicht nur in Rechten, sondern auch in Pflichten bestehen, also die zweite Seite vergisst man gerne. Der Zugang soll wesentlich erleichtert werden. In der ersten Phase erleichtern wir es wesentlich. Es sollen vor allem die Sachfragen in den Mittelpunkt gestellt werden. Es ist genau das, was sich die Bürger vorstellen, nämlich über einfache Sachen zu entscheiden, das heißt, ob sie etwas wollen oder nicht wollen, und nicht unbedingt über komplizierte Gesetzestexte. Danke!

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Die Debatte zu diesem Thema hat gezeigt, dass unter dem Druck der Bevölkerung oder vieler Bürger im Lande sich die Politik bewegen muss. Das haben, denke ich, alle erkannt. Die Frage ist aber, wie weit Parteien bereit sind zu gehen, von der eigenen Macht abzugeben. Direkte Demokratie bedeutet nichts anderes, als die Macht auch auf die Bürger zu verteilen. Eines muss man der "Initiative für mehr Demokratie" und allen, die hier am Rande mitgearbeitet haben, lassen, nämlich, dass sie in den letzten Jahren diese Diskussion gefördert und dazu beigetragen haben, dass die Politik irgendwo auch handeln muss. Einer Oppositionspartei kann man selbstverständlich vorwerfen, in diesen Fragen populistisch unterwegs zu sein. Dieser Vorwurf kommt natürlich sehr, sehr schnell, aber ich glaube, dass wir ein Gesetz haben, das, wie wir gesehen haben, Mängel hat und im Grunde genommen nicht funktioniert. Uns ist es vor allem darum gegangen, das Gesetz dort zu verändern, wo es notwendig ist, was bei der ersten Volksabstimmung zutage getreten ist. Daran kann man viele andere Änderungsanträge hängen, zum Beispiel über Großprojekte und dergleichen Dinge mehr.

Selbstverständlich muss man auch den Einbringern der Gesetzentwurfes der Südtiroler Volkspartei zustehen, dass sie sich mit der Materie sehr intensiv auseinandergesetzt haben, aber es bleibt halt eines übrig, nämlich die Einstiegshürde, die ein Verhinderungsinstrument ist. Es nützt nichts, wenn man den Menschen verspricht, ihnen dieses und jenes zu geben, aber zuerst müssen sie über etwas drüberkommen, was in der Praxis nicht möglich ist. Es stimmt schon, Kollege Schuler, dass wir in der Generaldebatte über Prinzipien, aber nicht nur ... Ich diskutiere über ein Gesetz, in dem die Erfordernis von 38.000 Unterschriften drinnen stehen. Ich einem Änderungsantrag lese ich jetzt von 27.000 Unterschriften bzw., wenn die elektronische Unterschriftensammlung kommt, wieder von 38.000 Unterschriften. Pflanzen lasse ich mich nicht! Das steht in den Änderungsanträgen! Daran muss unsere Zustimmung scheitern, denn das kann man den Menschen einfach nicht zumuten. Deshalb müsst Ihr Euch die Vorwürfe gefallen lassen. Dass Ihr auch Verbesserungen im Gesetz enthalten habt, hat niemand bestritten, aber das ist halt das Entscheidende.

Es ist interessant zu hören gewesen, welches Verständnis einige Kollegen von der Demokratie grundsätzlich haben. Kollege Munter hat es imstande gebracht, das System Südtirol in den schönsten Worten zu verteidigen. Das ist eigentlich schon ein Meisterwerk gewesen. Das hat mit direkter Demokratie gar nichts zu tun. Er glaubt, dass die repräsentative Demokratie so bleiben müsse wie sie ist, das andere sei eher störend. Es ist logisch und klar - das haben alle gesagt -, dass die direkte Demokratie nur eine Ergänzung zur repräsentativen ist und kein Ersatz dafür sein kann.

Wenn wir uns die Beispiele anschauen, die hier teilweise zitiert worden sind oder die viele selber auch studiert und Berichte dazu gelesen haben, ... Zu diesem Thema ist in den letzten Jahren auch sehr viel publiziert worden. Das ist, denke ich, an niemandem so ohne weiteres vorbeigegangen, aber dieser Mut oder dieser fehlende Mut, dem Bürger mehr zuzutrauen, fehlt uns einfach. Ich habe es bereits in der Generaldebatte gesagt. Niemand hat ein Problem damit oder gesteht es einem Bürger nicht zu, entscheiden zu können, wen er wählt. Wenn es dann aber um eine Sachfrage geht, dann traut man es ihm plötzlich nicht mehr zu. Die Bürger wissen immer, was sie wollen. Davon gehe ich als Demokrat aus. Ich bin ebenso legitimiert wie 34 andere hier, im Namen

dieser Bürger zu sprechen. Wenn die Bürger aber selber wieder das Wort haben wollen, weil sie sagen, dass sie in dieser oder jener Frage mitentscheiden möchten, dann muss das selbstverständlich möglich sein, auch wenn es eine bestimmte Anzahl tut.

Kollege Schuler! Sie haben gefragt, was eine niedere Hürde nütze, wenn man dann das Quorum nicht erreiche. Deshalb muss eben das Quorum abgesenkt werden! Es muss in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Ich glaube, dass die Zugangshürden, wie sie derzeit sind, angemessen sind. Ich persönlich habe wirklich nicht die Sorge, dass die Bevölkerung wegen jeder "Kleinigkeit" ein Referendum beantragt. Das glaube ich ganz einfach nicht, denn dies regelt sich irgendwo auch selber. Die Leute können sehr, sehr gut unterscheiden. Ich glaube auch nicht, dass wir in die Gefahr von Kalifornien geraten, dass hier jemand weiß Gott wie viel zahlt, damit jemand eine Unterschrift leistet. Das kann ich mir in Südtirol nicht vorstellen.

Hier geht es auch darum, dass die Bestrebungen, mehr direkte Demokratie einzuführen, ein Angriff auf das System Südtirol darstellen. Das ist klar, und das braucht es auch. Wer dieses System Südtirols verteidigt, will keine direkte Demokratie. Es ist ein starker Ausdruck, aber es stimmt, dass man, wenn man von diesem System spricht, eher von indirekter Diktatur und nicht von direkter Demokratie sprechen muss. Das ist genau das Gegenteil. Mit der Begriffsbestimmung haben offensichtlich einige Kolleginnen und Kollegen noch Probleme.

Wenn man das Gutachten gelesen hat, das Dr. Groß zum Gesetzentwurf der Volkspartei erstellt hat, wo in einem Schreiben von Frau Susanne Socher, der Vorstandssprecherin des Vereins "Mehr Demokratie" in Bayern auf das Beispiel Bayern verwiesen wird, zwar auf der unteren Ebene, wo die Bevölkerung zwischen zwei Vorschlägen entscheiden konnte, nämlich dem einer Partei, der CSU, damals noch mit der absoluten Mehrheit wie bei uns die Volkspartei, und einer Bürgerinitiative, dann hat die Mehrheit den Vorschlag der Bürgerinitiative aufgegriffen. Ich denke, dass die Denkweise, die Mentalität der Südtiroler und jener in Bayern nicht sehr, sehr weit auseinander liegt. Ich könnte mir gut vorstellen, dass auch bei uns die Bevölkerung sich eher dafür aussprechen würde, mehr mitentscheiden zu können. Die Angst, die davor besteht, habe ich nicht verstanden. Wie gesagt, sonst traut man der Bevölkerung alles zu, wenn es einem zugute kommt. Wenn es unterstützend wirkt und leicht kritisch ausschaut, dann ist der Bürger jedoch plötzlich nicht mehr mündig.

Bei der direkten Demokratie ist auch entscheidend, dass es eine ausgewogene Berichterstattung gibt. Das kann man in Südtirol nicht dick genug unterstreichen. Wir haben hier leider keine gleichwertige Darstellung von Befürwortern und Gegnern, wenn es um solche Fragen geht, egal welcher Natur sie sein mögen. Und nur das befähigt den Bürger, eine objektive Entscheidung zu treffen. Wenn er alle Argumente dafür und alle Argumente dagegen kennt, dann muss man es dem Bürger zutrauen, die Entscheidung zu treffen, die er für richtig findet, und eine Mehrheit muss in der Demokratie schlussendlich immer noch gelten.

Wenn es heißt, eine Minderheit bestimme irgendwo über die Mehrheit, so verstehe ich diese Diskussion nicht. Jeder hat die Möglichkeit an der Volksabstimmung teilzunehmen. Dass sich jemand daran nicht beteiligt und sagt, macht was Ihr wollt, das erleben wir auch schon bei der repräsentativen Demokratie. Ich wiederhole auch das. Wir haben mittlerweile in Europa Wahlen, zu denen mehr als die Hälfte nicht mehr hinget. Bei den EU-Wahlen: Innsbruck knapp drunter, knapp drüber, also die Hälfte der Bevölkerung geht nicht hin. Deshalb sind die Wahlen trotzdem gültig. Anlässlich der letzten Wahl in Innsbruck hat der Politikwissenschaftler Filzmaier gesagt, dass es Länder auf der Welt gebe, in denen eine Wahl nicht gültig ist, wenn nicht 50 Prozent der Wähler und Wählerinnen daran teilnehmen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Postdemokratische Ära!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Er spricht von einer "postdemokratischen Ära" und dass sich dies immer mehr Wählerinnen und Wähler überlegen. Wenn nicht 50 Prozent zu einer regelrechten Wahl gehen, dann muss wieder gewählt werden. Es ist eine Diskussion im Gange, die über das, worüber wir hier diskutieren, hinaus geht. Es gibt ganz neue Entwicklungen, aber, wie gesagt: Wenn wir glauben, dass wir ein zementiertes System einfach so belassen müssen und den Menschen nicht zutrauen, dass sie auch während der vier, fünf oder sechs Jahre, je nachdem wie lange die Legislatur dauert, zu bestimmten Dingen ihre Meinung sagen dürfen, dann schränken wir sie in ihren demokratischen Rechten ein. Das muss uns allen klar sein. Natürlich sehen es nicht alle so. Einigen sind die Wahlen sogar lästig. Vielleicht folgt irgendwann einmal wieder eine Erbmonarchie. Auch darüber wird diskutiert, und zwar nicht nur ironisch, sondern in Österreich und in Deutschland wird im Jahre 2012, das muss man sich einmal vorstellen, über die Einführung der Monarchie diskutiert. Ich will nur sagen, dass es auch diese Diskussion gibt. Das heißt, die Demokratie muss viel aushalten, keine Frage. Der Begriff ist auch sehr dehnbar, wie wir gesehen haben, auch in dieser Debatte.

Um beim Thema zu bleiben. Wir haben vier Vorschläge, die allen bekannt sind. Jetzt wird es an uns allen liegen zu entscheiden, welchen Gesetzentwurf wir hier schlussendlich behandeln werden, ob wir überhaupt einen behandeln sollen oder ob wir nicht, wie auch schon gesagt worden ist, vielleicht nicht noch einmal in die Kommission zurückkehren sollten, um aus den Gesetzentwürfen jeweils die besten Elemente herauszugreifen. Die Bevölkerung kann dann auch davon ableiten, ob es uns wirklich ernst ist oder ob wir ein Gesetz machen, das zwar einige Verbesserungen enthält, aber schlussendlich die direkte Demokratie nicht zulässt.

EGGER (Die Freiheitlichen): In persönlicher Angelegenheit! Es geht um den Vorwurf der Glaubwürdigkeit oder der mangelnden Glaubwürdigkeit, der vorher an mich ergangen ist. Kollege Schuler! Ich glaube, dass ich mich nicht als Ihr Schuhabputzer eigne. Ich muss dies ganz offen sagen, denn wenn Sie mir vorwerfen, dass ich die geforderten 38.000 Unterschriften kritisiere und wir in unserer Verfassung so etwas drinnen stehen hätten - Sie haben auf die Verfassung Bezug genommen -, dann müssen Sie mir, erstens, beweisen, wo dies drinnen steht, und, zweitens, sagen, warum Sie es nicht auch allen anderen Freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen, sondern nur mir vorwerfen. Sie haben mir bereits ... Ich bin immer Ihr Opfer, und Sie, Kollege Schuler, brauchen nicht zu lachen. Sie haben mir einmal diesen Vorwurf gemacht und ich habe ihn damals unter vier Augen entkräftigt. Sie haben mir vor einem halben Jahr im Rahmen der Behandlung des Beschlussantrages zur Harmonisierung der Kinderbetreuung vorgeworfen, dass ich mir widersprechen würde, wenn ich dem Gratiskindergarten zustimmen würde. Ich habe Ihnen dann meine Aussage belegt. Ich habe es Ihnen damals gesagt und sage es Ihnen jetzt ganz offiziell: Diesen Käse können Sie sich behalten! Es wäre besser gewesen, ein gescheiteres Gesetz zu präsentieren.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Sull'ordine dei lavori. Adesso stiamo per votare il passaggio alla discussione articolata su alcuni disegni di legge, di cui uno è un po' particolare, perché firmato da 12.600 cittadini e cittadine. Prima di gettare nel cestino questo disegno di legge credo che occorra valutare le proposte che sono state fatte. C'è un disegno di legge a firma Minniti che renderebbe possibile l'appello alla popolazione sui diversi disegni di legge, c'è una proposta di rinvio in commissione in modo tale da tirar fuori il meglio da questi disegni di legge. Un momento di riflessione prima di passare alla votazione credo ci voglia. Per questo chiedo la convocazione di una seduta dei capigruppo con i primi firmatari dei disegni di legge, per valutare la possibilità e anche per valutare lo svolgimento dei lavori che seguono. È stata una sessione di Consiglio abbastanza particolare, perché la parte istituzionale ha preso gran parte del tempo, stravolgendo sia il tempo della maggioranza che quello della minoranza. Credo che una seduta dei capigruppo sia necessaria anche per valutare come utilizzare il tempo permanente. Sarebbe una riunione con due punti all'ordine del giorno: valutare la possibilità di una soluzione diversa da quella della semplice votazione per il passaggio alla discussione articolata dei disegni di legge sulla democrazia diretta e stabilisce l'andamento dei lavori per le prossime due ore.

PRÄSIDENTIN: Ich gebe dem Antrag statt. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 16.31 UHR

ORE 17.00 UHR

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Abgeordneter Dello Sbarba! Wollen Sie den Vorschlag erläutern? Wenn nicht, dann lasse ich über den Übergang zur Artikeldebatte abstimmen.

Das Wort hat der Abgeordnete Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Spiego cosa è successo nella riunione che abbiamo appena finito. Alcuni componenti della minoranza, fra cui il sottoscritto, hanno proposto ai colleghi della SVP e agli altri primi firmatari dei disegni di legge due vie d'uscita diverse da quelle della votazione in aula per il passaggio alla discussione articolata e quindi dell'eliminazione di tutti i disegni di legge meno uno che passerà. Da parte del collega Schuler c'è stata disponibilità all'ascolto e al dibattito ma non all'accettazione di questa proposta. L'intesa del primo firmatario è indispensabile, quindi il risultato è che passiamo ora alle votazioni.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen jetzt über den Übergang zur Artikeldebatte für das Volksbegehren, den Landesgesetzentwurf Nr. 104/11, ab. Ich ersuche um Feststellung der Beschlussfähigkeit: mit 1 Ja-Stimme und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen über den Übergang zur Artikeldebatte für den Landesgesetzentwurf Nr. 48/09 ab: mit 1 Ja-Stimme und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen über den Übergang zur Artikeldebatte für den Landesgesetzentwurf Nr. 96/11 ab: mit 9 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen über den Übergang zur Artikeldebatte für den Landesgesetzentwurf Nr. 107/11 ab: mit 16 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Somit ist die Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte abgeschlossen. Im Sinne von Artikel 52-bis Absatz 3 der Geschäftsordnung beginnt nun die der Opposition vorbehaltene Zeit, welche aufgrund der verhältnismäßigen Aufteilung zwischen Opposition und Mehrheit in dieser Sitzungsfolge noch bis 17.56 Uhr dauert.

Das Wort hat der Abgeordnete Leitner, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich beantrage eine 15minütige Unterbrechung der Landtagssitzung für die Abhaltung einer Sitzung der politischen Minderheit.

PRÄSIDENTIN: Ich gebe dem Antrag statt. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 17.06 UHR

ORE 17.42 UHR

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Punto 6) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 451/12 del 17.2.2012, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante la sospensione dell'utilizzo delle auto blu da parte degli assessori provinciali.**"

Punkt 6 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 451/12 vom 17.2.2012, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend den Dienstwagenverzicht der Landesräte.**"

Premesso che il costo dei carburanti anche nella nostra provincia sia in continuo aumento.

Premesso che ai cittadini in un momento di crisi generale, si chieda una maggior compartecipazione alla spesa del trasporto pubblico.

Considerato che un segnale di equità proveniente da questo Consiglio, tra la condizione di liberi cittadini e quella di amministratori della cosa pubblica, possa significare un primo passo per il rinnovamento dell'atteggiamento della stessa classe politica provinciale.

Premesso che non sussistano ancora dei provvedimenti provinciali sull'acquisto di carburante che vadano in funzione di un vantaggio per i cittadini e di un rilancio dell'economia locale con un possibile incremento anche del gettito fiscale a favore dell'amministrazione pubblica.

Premesso che le conseguenze della crisi non debbano espressamente essere sostenute solo dai cittadini ma anche agli amministratori pubblici.

Premesso che il presidente della Giunta provinciale sia anche a capo della Protezione civile,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna

la Giunta provinciale

1. *a sospendere l'uso dei mezzi di servizio (auto blu) a favore degli assessori provinciali, fatto salvo i mezzi a disposizione del presidente della Provincia;*
2. *a favorire per tutti gli spostamenti necessari degli assessori in carica, l'uso di un mezzo proprio o la dotazione di una tessera "AltoAdige Pass", a proprie spese e senza alcun rimborso aggiuntivo o tariffa calmierata.*

Auch in Südtirol ist ein kontinuierlicher Anstieg der Benzinpreise zu verzeichnen. Und von den Bürgern wird trotz Wirtschaftskrise eine höhere Beteiligung an den Beförderungskosten verlangt.

Der Landtag könnte in diesem Zusammenhang ein Zeichen der ausgleichenden Gerechtigkeit zwischen den Bürgern und den gewählten Volksvertretern setzen, als ersten Schritt in Richtung eines Verhaltenswandels der Südtiroler Politikerklasse.

Außerdem hat das Land noch keine Maßnahmen getroffen, um die Benzinpreise für die Bürger zu senken und die Südtiroler Wirtschaft anzukurbeln, was gleichzeitig auch zu einer Steigerung des Steueraufkommens für das Land beitragen könnte.

Die Folgen der Wirtschaftskrise sollten nämlich nicht allein von den Bürgern geschultert werden, sondern auch von den Volksvertretern.

Außerdem steht der Landeshauptmann auch dem Zivilschutz vor.

Aus den genannten Gründen

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,*

- 1. ihren Anspruch auf Dienstwagen, mit Ausnahme des Landeshauptmanns, zu streichen.*
- 2. bei allen terminlichen Verpflichtungen der amtierenden Landesräte die Nutzung des Privatfahrzeugs zu forcieren oder die Landesräte mit einem Südtirolpass auf eigene Kosten, ohne zusätzliche Entschädigung oder Sondertarif auszustatten.*

La parola alla consigliera Artioli per l'illustrazione.

ARTIOLI (Lega Nord): Sappiamo che la nostra è una zona di confine e che il costo del carburante è di 2 euro al litro. Questo vuol dire che un cittadino se prima utilizzava l'auto per andare a lavorare oggi deve rinunciare, perché non ce la può fare. È costretto a prendere il mezzo pubblico, prendere il "Südtiroler Pass" per pagare e magari deve cambiare due o tre mezzi per arrivare al luogo di lavoro.

In Austria il carburante in questo momento costa 45 cent in meno al litro, il che vuol dire che un cittadino sudtirolese paga 40 euro in più a pieno, a differenza del suo concittadino austriaco. Una persona fa in media quattro pieni al mese di carburante nella macchina, il che vuol dire che la famiglia ha attualmente 200 euro in più al mese di spese solo di carburante. Siccome i nostri assessori non capiscono queste cose, perché a loro fa il pieno l'autista, paga il cittadino il quale paga 200 euro in più al mese per utilizzare l'auto, avevamo chiesto loro di rinunciare a costruire il carcere e di dare una carta sconto carburante ai nostri cittadini per poter dar loro modo di fare il pieno di carburante allo stesso prezzo praticato in Austria, perché dobbiamo dimostrare che la nostra autonomia serve a qualcosa, altrimenti non si capisce perché siamo autonomi. Se poi siamo la regione più tassata d'Italia e tutto ciò che il ministro Monti si inventa a noi sta bene, ci spiegate a cosa serve l'autonomia se poi non aiutiamo i nostri cittadini, sapendo che la gente abita in montagna e deve venire in città a lavorare, sapendo che siamo una zona di frontiera? Mi ha fatto ridere l'assessore Bizzo quando partecipando ad una trasmissione di TCA, il "Pro und Kontra" assieme a me diceva che le tabelle dicono che il prossimo anno incasseremo 15 milioni in più di accise, quindi non ce lo possiamo permettere. Peccato che da gennaio solo a Bolzano abbiamo perso il 30% di pieni e vicino alle frontiere i benzinai stanno chiudendo. Voglio proprio vedere come farà ad incassare 15 milioni di accise! Bisogna spiegare che più volume si fa, più si incassa, per cui meno gente fa il pieno, meno accise si incassa. È un calcolo matematico. Bisogna poi dimostrare al cittadino che l'autonomia serve. Non credo che ci sia un cittadino che ci chieda di fare una grande opera, tipo allungare l'aeroporto o costruire un carcere da 100 milioni. Con quei soldi si poteva fare la carta sconto carburante e dare al cittadino la possibilità di fare la spesa e di usare la macchina per venire a lavorare, sapendo i disagi che ha comportato il "Südtirol Pass", e che chi abita a Bolzano deve pagare ancora di più con l'autobus. Questo è il giochetto che è stato fatto, è stato aumentato il conto di tutti i trasporti pubblici in Alto Adige.

Io vengo da una famiglia di imprenditori, mio padre era uno dei più grossi datori di lavoro dell'Alto Adige, e assieme tanti altri, tipo Peter Thun, non li ho mai visti con un autista, e vi posso garantire che fanno più km di voi assessori. Riescono a guidare la loro macchina benissimo e non si permetterebbero mai di dire che se non hanno un autista, finiscono per fare un incidente e morire come ha detto l'assessore Berger ad una trasmissione radiofonica. Come si fa a dire un'idiozia del genere alla radio?! Allora tutti gli imprenditori dell'Alto Adige sarebbero già

morti, visto che non ce n'è uno che abbia l'autista. Riescono addirittura a fare una cosa che voi non avete capito, riescono a fare fatturato, con la conseguenza di pagare le tasse. A quel punto mantengono voi che invece morite se rinunciate all'auto blu. La cosa che voi avete detto è vergognosa nei confronti dei nostri cittadini che non sanno nemmeno più come fare la spesa e con 200 euro in più al mese di spese solo di carburante non ce la possono fare!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das ist einer jener Beschlussanträge, bei dem man eigentlich meint, dass man ihm sofort zustimmen und sich damit vielleicht Sympathien in der Bevölkerung holen könnte, indem man hier mit dem Finger so ein bisschen auf andere zeigt. Ich habe in diesen Tagen ein ganz nettes Sprichwort gelesen: "Wer mit einem Finger auf andere Leute zeigt, zeigt mit drei Fingern immer auf sich selbst", und da ist sehr viel Wahrheit dran. Das kann jeder für sich selber ausprobieren, es stimmt wirklich. Warum sage ich das? Ich verstehe das Anliegen, das dahinter steht. Bis zu einem gewissen Punkt ist es auch nachvollziehbar, dass in Zeiten der Krise, in der vor allem die Familien in Südtirol den Gürtel sprichwörtlich enger schnallen müssen, auch von Seiten der Politik ein Signal kommen soll, nur – das kritisiere ich an diesem Beschlussantrag – das fördert genau das, was letzten Endes nicht der Landesregierung, sondern uns allen, auch uns normalen Abgeordneten schadet, indem hier so quasi wieder mit dem Finger auf die Politikerkaste gezeigt und gesagt wird, dass man nicht nur gut verdiene, sondern im Grunde genommen auch noch absahne. Das fällt letzten Endes alles auf uns zurück. Ich bin hier bestimmt nicht der Verteidiger der Landesregierung, aber wenn ich jetzt einmal von mir selber ausgehe – die Kollegen der Grünen mögen mir es verzeihen oder hören kurz weg -, dann habe ich im letzten Jahr allein in Ausübung meines politischen Mandates mit meinem Auto 65.000 Kilometer zurückgelegt.

ARTIOLI (Lega Nord): Vuole l'autista?

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nein, ich möchte das nicht, aber ich sage, und das erkenne ich an, dass die Arbeit eines Landesrates auch aufgrund öffentlicher Veranstaltungen manches Mal sicherlich umfangreicher sein wird als die eines Abgeordneten. Ich glaube, und davon bin ich überzeugt, dass man einen solchen Beschlussantrag anders formulieren könnte, weil er dann vielleicht nicht nur von der Landesregierung mitgetragen werden könnte, sondern auch von der Bevölkerung den nötigen Rückhalt bekommen könnte. Ich bin auch der Meinung, dass, wenn jemand den ganzen Tag arbeitet – ich sehe das bei mir selber, wenn ich abends nach dem Landtag oft ins Pustertal fahren muss - eine gewisse Müdigkeit dazu kommt, und ich kann nachvollziehen, dass die Vertreter der Landesregierung ein Auto zur Verfügung gestellt bekommen.

Was ich mich aber frage ist – und das könnte die Landesregierung wirklich einmal überlegen -, ob es immer das größte Auto sein muss, denn wenn man sich den Fuhrpark der Landesregierung anschaut, dann sind wir nicht schlecht aufgestellt. Ich glaube, genau hier könnte man einhaken. Es muss nicht der größte Mercedes, der größte Audi sein. All diese Dinge könnte man reduzieren. Man kann zum Beispiel ganz klare Kriterien dahingehend aufstellen, wofür ein Chauffeur zur Verfügung gestellt wird, ob dies nur für offizielle Veranstaltungen des Landes der Fall ist, oder ob, wenn beispielsweise ein Landesrat auf eine private oder halbprivate Veranstaltung geht, er dann ebenfalls das Dienstauto benutzen darf oder nicht, oder ob, wenn er von der Arbeit nach Hause fährt, auch noch Anspruch hat, den Dienstwagen mit Chauffeur zur Verfügung gestellt zu bekommen. Ich bin der Meinung, dass wir uns diesbezüglich auf eine Diskussion einlassen und uns fragen sollten, ob es zulässig ist, dass ein Landesrat in Vertretung des Landes ein Auto mit Chauffeur zur Verfügung gestellt bekommt. Ich denke, das hat einen guten Grund, der für mich auch nachvollziehbar ist. Das sage ich ganz offen, auch wenn ich mich hier unbeliebt mache, ich bin aber der Meinung, dass man eine solche Diskussion nicht in dieser Art und Weise führen sollte, denn das schadet letzten Endes uns allen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich kann mich meinem Vorredner anschließen. Ich möchte aber schon darauf verweisen, dass sich die Südtiroler Landesregierung auch noch die Freiheit herausgenommen hat, die Dienstwagen für private Fahrten zu nutzen, und das geht nicht. Wir haben bereits einmal einen Antrag gestellt dahingehend, dies wieder abzuschaffen. Dieser wurde aber abgelehnt. Ich möchte vom Präsidium in Erfahrung bringen, ob in der laufenden Legislaturperiode Landesräte auch noch Kilometergeld abgerechnet haben, denn dies ist in der Vergangenheit vorgekommen. Wir hatten das Beispiel, dass ein Landesrat einmal 8.000 Kilometer voll abgerechnet hat, obwohl er ein Dienstauto mit Chauffeur hatte. Landesrat Hosp beispielsweise ...

ABGEORDNETER: *(unterbricht – interrompe)*

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nein, ich will es nur sagen. So kann es nicht sein! Dass ein Landesrat ein Dienstauto mit Chauffeur für die Dienstfahrten und nicht für private Fahrten zur Verfügung hat, ist eines. Soweit, denke ich, gibt es hier Konsens, darüber hinaus aber nicht. Ich möchte ganz gezielt die Frage stellen, ob ein Landesrat dieser Landesregierung zusätzliche Kilometer über das sogenannte Kilometergeld innerhalb der 8.000-Grenze abgerechnet hat, nachdem dies in der Vergangenheit einmal der Fall war, und das versteht dann niemand mehr.

PRESIDENTE: Per la prossima volta fornirò risposta alla domanda che mi è stata rivolta dal consigliere Leitner.

La parola al consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Io sono d'accordo con i colleghi Knoll e Leitner. Qui si pone un problema, ma le risposte non le condivido. Una cosa carina è quella di fornire agli assessori "l'Alto Adige Pass", io lo farei una volta al mese per motivi politici. Riconosco all'assessore Widmann di aver molto migliorato il sistema dei trasporti, però bisognerebbe obbligare gli assessori ad arrivare un giorno al mese con i trasporti pubblici, così si renderebbero conto di come funzionano. Fra l'altro nel mezzo pubblico si parla anche con il cittadino, chissà quanti cittadini verrebbero nel vagone dove ci sono Theiner, Tommasini o Musner a parlare. Sono sicuro che con il miglioramento che c'è stato negli ultimi tempi tutti i miglioramenti sarebbero rispettati dagli assessori. Però naturalmente anch'io sono convinto che una persona che ha 3 o 4 appuntamenti al giorno non può essere costretto ad andarci con mezzo proprio se deve usare l'auto, ma ci sarebbe molto da fare nella quantità di mezzi. Non so come sia qui a Bolzano, per cui chiederei alla Giunta di fare nella risposta un bilancio di come viene gestito questo problema, perché so che per esempio a Trento hanno via via sostituito le auto di servizio con le macchine a noleggio, cercando di risparmiare, in questo senso, sui modelli di auto. Ci sono auto più ecologiche di altre. Si potrebbe fare molto in questo senso e credo che questa mozione avrebbe un suo significato positivo se ci spingesse alla riflessione su come ottimizzare sia dal punto di vista della riduzione massima dei costi e anche del minor impatto ambientale possibile, su come utilizzare le auto di servizio sia della Giunta che del Consiglio provinciale riducendole nel numero, ottimizzando il loro uso e anche la qualità del parco di queste macchine.

PRESIDENTE: Sono le 17.58, quindi il tempo riservato ai temi dell'opposizione è concluso. Passiamo adesso ai punti da trattare nel tempo riservato alla maggioranza politica. Siamo al punto n. 33, la mozione n. 384/11. Ha chiesto la parola il consigliere Pichler Rolle sull'ordine dei lavori, prego.

PICHLER ROLLE (SVP): Ich ersuche, dass die Behandlung des Tagesordnungspunktes 35, Landesgesetzentwurf Nr. 117/11, Finanzierung im Tourismus, vorgezogen wird.

PRESIDENTE: Qualcuno chiede la parola sulla richiesta di anticipazione del punto n. 35 all'ordine del giorno fatta dal collega Pichler Rolle? Nessuno. La metto in votazione: approvata con 21 voti favorevoli, 1 voto contrario e 5 astensioni.

Punto 35) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 117/11: "Finanziamento in materia di turismo"*.

Punkt 35 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 117/11: "Finanzierung im Tourismus"*.

Prego il presentatore di dare lettura della relazione accompagnatoria.

BERGER (Landesrat für Tourismus, Landwirtschaft, Grundbuch und Kataster – SVP): *Mit der Einführung, ab 1. Jänner 2013, der Gemeindeaufenthaltsabgabe will man die freiwillige finanzielle Beteiligung der Wirtschaftstreibenden zur Unterstützung des Tourismus stärken. Weiters wird eine Landestourismusabgabe zu Lasten der Wirtschaftstreibenden jener Wirtschaftssektoren eingeführt, die besonders vom Tourismus profitieren. Die effektive Anwendung dieser Bestimmung wird davon abhängig gemacht, dass mit den Sozialpartnern und dem Rat der Gemeinden ein Einvernehmen hergestellt wird.*

Der Hauptanteil der Einnahmen aus der Aufenthaltsabgabe ist für die örtlichen und überörtlichen Tourismusorganisationen bestimmt. Auf jeden Fall sind alle Einnahmen für Maßnahmen von touristischer Relevanz bestimmt.

Con l'introduzione, a far data dal 1° gennaio 2013, dell'imposta comunale di soggiorno, si intende rafforzare la partecipazione finanziaria volontaria degli operatori economici a sostegno del turismo.

Viene altresì introdotta l'imposta provinciale sul turismo a carico degli operatori dei settori economici che traggono particolare profitto dal turismo. L'effettiva applicazione di tale norma viene fatta dipendere dall'intesa con le parti sociali ed il Consiglio dei comuni.

La maggior parte dei proventi dell'imposta di soggiorno è destinata alle organizzazioni turistiche locali e multizonali. In ogni caso, tutti i proventi sono finalizzati ad interventi di rilevanza turistica.

PRESIDENTE: Prego di dare lettura della relazione della terza commissione legislativa.

BAUMGARTNER (SVP): Die Arbeiten im Ausschuss

Der Landesgesetzentwurf Nr. 117/11 wurde vom III. Gesetzgebungsausschuss in der Sitzung vom 13. Februar 2012 behandelt. An den Arbeiten des Ausschusses nahmen auch LR Berger und Frau Dr. Irmgard Prader, Direktorin der Abteilung Tourismus, sowie Frau Dr. Andrea Durnwalder von der Abteilung Tourismus teil.

Nach der Verlesung des Begleitberichts und des Gutachtens des Rates der Gemeinden zum Gesetzentwurf erklärte LR Berger, dass die derzeitige Krise nicht leichte Entscheidungen erfordert, wobei er hoffe, dass die vorliegenden Bestimmungen in diesem Sinne verstanden werden. Der Landesrat erläuterte sodann die wichtigsten Änderungen, die er vornehmen möchte, wobei er darauf hinwies, dass bei der Aufenthaltsabgabe deshalb ein Mindest- und ein Höchstbetrag vorgesehen wurden, da die Landesregierung Ausnahmen vorsehen kann, so z.B. für die jungen Menschen oder für Schutzhütten. Außerdem handelt es sich bei der Aufenthaltsabgabe um eine Gemeindesteuer, die auf lokaler Ebene entsprechend den jeweiligen Erfordernissen und nach Anhören des Rates der Gemeinden eingehoben und direkt den Tourismusvereinen zugewiesen wird. Die Finanzierung der Tourismusvereine erfolgt über den Grundsatz der gerechten Aufteilung zwischen Touristen, öffentlicher Bezuschussung und Beitragsleistung der in den Tourismus eingebundenen Unternehmen, wobei die Unternehmen mit einem Einkommen unter einer bestimmten Mindestgrenze von der Bezahlung der Abgabe befreit werden. Der Landesrat führte weiters aus, dass die Zuschüsse den Tourismusvereinen auch aufgrund von Qualitätskriterien gewährt werden und dass nur ein geringer Teil für Verwaltungsausgaben verwendet werden darf.

Im Rahmen der Generaldebatte wies die Abg. Martha Stocker darauf hin, dass die Einführung der Aufenthaltsabgabe für die Gemeinden nicht verpflichtend sei und ersuchte um nähere Informationen über etwaige Befreiungen und über die Mindestabgabe der Wirtschaftszweige.

Der Abg. Pichler Rolle erklärte, dass er es für besser erachten würde, bereits in den Zielsetzungen des Gesetzentwurfs die Aufteilung der Finanzierung zwischen Touristen, öffentlicher Hand und Wirtschaftstreibenden ausdrücklich anzuführen, um klarzustellen, dass es nicht darum gehe, die derzeitige freiwillige Abgabe zu erhöhen, sondern eine solide Basis für die Zukunft zu schaffen.

Der Abg. Tinkhauser verwies auf die bei der Anhörung aufgeworfenen Probleme im Zusammenhang mit der diesjährigen Einführung der Aufenthaltsabgabe und der vermutlichen Auswirkungen derselben auf die Hoteliers. Es mag sein, dass eine freiwillige Abgabe im Vergleich zu einer Steuer unausgewogener ist, er halte es jedoch nicht für korrekt, dass der Tourismussektor sich von den Unternehmen oder Handelstreibenden finanzieren lässt, da dies seiner Ansicht nach zu Konfliktsituationen führen könne, weshalb er eine einheitliche Reform vorziehen würde. Schließlich wollte der Abgeordnete wissen, ob auch die Großgenossenschaften in die Bezahlung der Abgabe einbezogen seien und erinnerte daran, dass in diesem Jahr die Besteuerung schon durch die Einführung der IMU ansteigen werde.

Die Abg. Artioli pflichtete dem Abg. Tinkhauser bei und beantragte, den bei der Anhörung laut gewordenen Forderungen stattzugeben und die Einführung der Abgabe auf das Jahr 2014 zu verschieben, aber vor allem die Einrichtungen zur Förderung des Tourismus in Südtirol zu rationalisieren.

Der Abg. Heiss erklärte, dass er mit den Zielsetzungen des Gesetzentwurfes einverstanden sei, vor allem in Bezug auf die Herabsetzung der öffentlichen Zuschüsse an die Tourismusvereine und die Erhöhung der Finanzierung durch Privatpersonen und die entsprechende größere Autonomie dieser Vereine. Er hob lobend hervor, dass zusätzlich zur Stabilität der Finanzierung auch das Qualitätskriterium für die Gewährung der Zuschüsse eingeführt wird, weshalb er hoffe, dass dies zu mehr Professionalität bei der Tourismuswerbung führen werde, da die entsprechenden Vereine eine strategische Rolle für Südtirol spielen. Und eben wegen dieser Rolle dürften besagte Vereine nicht in politische oder Wahlkampagnen einbezogen werden. Abschließend erklärte der Abgeordnete, dass er die Zielsetzungen des Gesetzentwurfes teile, wobei er hoffe, dass es für Gastbetriebe mit einem geringen Einkommen Ausnahmeregelungen geben werde und dass die Abgabe erst im Jahr 2014 eingeführt wird.

Der Abg. Urzi erinnerte daran, dass er bereits in der Vergangenheit gefordert hatte, in ganz Südtirol eine Aufenthaltsabgabe einzuführen und dass dieser auch von verschiedenen Gewerkschaften mitgetragene Vorschlag vorsah, mit den entsprechenden Einnahmen den Steuerdruck der Bürger zu vermindern, da der Tourismus für letztere nicht nur positive, sondern auch negative Seiten habe. Er kritisierte, dass die Gemeinden das gesamte Abgabeaufkommen direkt den Tourismusvereinen zuweisen müssen und forderte mehr Autonomie für die Gemeinden, wobei er darum ersuchte, einige Aspekte der vorgesehenen Übereinkunft mit den Gemeinden zu erläutern. Er erklärte, dass er mit der Einführung einer Abgabe für die Wirtschaftstreibenden nicht einverstanden sei und kritisierte, dass die Abgabe aufgrund des Umsatzes errechnet und im ganzen Land zur Anwendung kommt, da seines Erachtens nicht alle Wirtschaftszweige, vor allem in touristisch nicht erschlossenen Gebieten, einen effektiven Nutzen aus dem Tourismus ziehen. Abschließend pflichtete der Abgeordnete den Abg.en Tinkhauser und Artioli bezüglich einer Einführung der Abgabe erst im Jahr 2014 sowie einer einheitlichen Reform der Einrichtungen für die Tourismuswerbung in Südtirol bei, wies jedoch darauf hin, dass die Zweisprachigkeit in diesen Einrichtungen zu wünschen übrig lasse.

Der Abg. Pardeller unterstrich die Bedeutung des Tourismus für unser Land und erklärte, dass die öffentlichen Förderungen auf diesem Gebiet indirekt dem gesamten Gewerbesektor zugute kommen. Deshalb sei es richtig, die Abgabe auf alle betroffenen Wirtschaftszweige auszudehnen, gerade weil Südtirol eine ausgesprochene Tourismusregion sei.

Der Abg. Munter sprach sich lobend über die zu diesem Gesetzentwurf stattgefunden Anhörungs aus und erinnerte daran, dass sich fast alle Vereine und Gewerkschaften gegen die Einführung einer neuen Abgabe ausgesprochen haben. Es sei niemals leicht, eine neue Abgabe einzuführen, schon gar nicht in der derzeitigen Krise, in der die Wirtschaftstreibenden bereits durch die IMU stärker besteuert werden. Weiters verwies er auf eine wahrscheinliche Erhöhung der Mehrwertsteuer. Da alle diese Kosten auf den Konsumenten zurückfallen werden, sei es nicht der richtige Zeitpunkt, eine neue Abgabe einzuführen, auch weil dies mehr Bürokratie und weitere Kosten mit sich bringen wird, die ein Steueraufkommen, das in einigen Fällen nur 100 Euro ausmachen wird, nicht rechtfertigt. Nach Ansicht des Abgeordneten handle es sich um eine Bagatellsteuer, die fast mehr Kosten als Vorteile mit sich bringt. Zur Effizienz der Tourismusvereine meinte der Abgeordnete, dass allein deren Rationalisierung die Kosten senken könnte.

Der Abg. Pichler Rolle betonte, dass die Anhörung ergeben habe, dass nur der Rat der Gemeinden und der Landesverband der Tourismusorganisationen Südtirols sich für die Einführung der Tourismusabgabe ausgesprochen haben. Wenn die neue Tourismusabgabe die bisher bestehende freiwillige Abgabe ersetze, dann handle es sich nicht um eine größere Belastung der Wirtschaftszweige. Die Herabsetzung der Wertschöpfungssteuer, die Erhöhung der Ausstattung des Rotationsfonds und die mit dem letzten Haushaltsgesetz eingeführte Befreiung vom regionalen Einkommenssteueranteil kamen nach Ansicht des Abgeordneten der Wirtschaft zugute. Zudem kommen alle Infrastrukturen und Dienste in Südtirol dem Tourismus zugute, weshalb die geforderte Abgabe sicherlich nicht mit dem wirtschaftlichen Nutzen zu vergleichen sei, den die verschiedenen Wirtschaftszweige aus dem Tourismus ziehen. Auch er hoffe, dass es nicht zu mehr bürokratischem Aufwand kommen werde, aber angesichts der derzeitigen Krise dürfe die Einführung der Abgabe nicht auf das Jahr 2014 verschoben werden. Abschließend sprach er sich für eine Dreiteilung der Finanzierung zwischen öffentlicher und privater Seite aus.

In seiner Replik erklärte LR Berger, dass es keinen geeigneten Zeitpunkt für die Einführung neuer Steuern gebe, dass aber der Tourismus den größten Wirtschaftszweig in Südtirol darstelle. Der Landesrat wies sodann darauf hin, dass auch der Verband der Privatvermieter und der Bauernbund sich für die Abgabe ausgesprochen haben und es gerade die kleinen Vermieter seien, die den größten Nutzen aus der Tourismuswerbung ziehen, da die großen Ketten auch über andere Kanäle verfügen. Aus diesem Grund sollte man nicht ein weiteres Krisenjahr abwarten, sondern sofort tätig werden. Was die von den Wirtschaftstreibenden einzuzahlende Abgabe betreffe, so sei der Betrag nicht viel höher als die heutige freiwillige Abgabe, auch werde sich der jeweilige Betrag verringern, da heute nicht alle einzahlen. Der Landesrat brachte einige praktische Beispiele und betonte, dass die Aufteilung zwischen Touristen, öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft sicherlich am zielführendsten sei, da die Tourismuswerbung nicht nur mit öffentlichen Förderungen erfolgen darf. Eine einheitliche Reform des Bereichs kann ins Auge gefasst werden, sobald die entsprechende Finanzierung gesichert ist, wobei es nicht so sehr nötig sei, die öffentlichen Förderungen für bestimmte Bereiche zu reduzieren, was in der Anhörung empfohlen wurde, sondern viel mehr den kleineren Betrieben unter die Arme zu greifen. Der Landesrat erinnerte daran, dass im Vergleich zu Nordtirol, das über viel mehr Finanzmittel verfügt, die in Südtirol erzielten Ergebnisse ausgezeichnet und anerkannt sind und es gerade in Krisenzeiten wichtig sei, sofort tätig zu werden. Mit der Verteilung der Beträge an die Tourismusvereine soll auch den weniger bekannten oder touristisch kaum erschlossenen Gebieten geholfen werden, wobei der Tourismus erheblich zur Vollbeschäftigung beitrage, da er neue Arbeitsplätze schaffe. Obwohl die Einführung einer neuen Abgabe mit wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten verbunden sei, so der Landesrat abschließend, könne nur der Beitrag aller Bereiche, nämlich des privaten und öffentlichen Bereichs sowie der Wirtschaft, einem Sektor unter die Arme greifen, der sich nachweislich seit jeher positiv auf das ganze Landesgebiet ausgewirkt hat.

Nach Abschluss der Generaldebatte genehmigte der Ausschuss den Übergang zur Artikeldebatte über den Landesgesetzentwurf Nr. 117/11 mit 6 Jastimmen und 3 Enthaltungen.

Artikel 1: Der Ausschuss behandelte sodann einen Ersetzungsantrag von LR Berger zu den Absätzen 1, 3 und 4 sowie verschiedene dazu eingebrachte Änderungsanträge. Nach der mehrheitlichen Genehmigung des vom Abg. Pichler Rolle eingebrachten Änderungsantrages zum Änderungsantrag zu Absatz 1 lehnte der Ausschuss alle weiteren von der Opposition vorgelegten Änderungsanträge zum Änderungsantrag mehrheitlich ab und genehmigte sodann mehrheitlich den Ersetzungsantrag des LR Berger. Der so abgeänderte Artikel wurde schließlich mit 4 Jastimmen, 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 2: Der Ausschuss behandelte sodann einen Ersetzungsantrag von LR Berger zum gesamten Artikel sowie verschiedene dazu eingebrachte Änderungsanträge. Ein vom Abg. Urzi eingebrachter Änderungsantrag zum Änderungsantrag zwecks Einfügung eines Absatzes 2-bis zwecks Festlegung bestimmter Gebiete, die von der Tourismusabgabe befreit sind, wurde mehrheitlich genehmigt. Die weiteren Änderungsanträge zum Änderungsantrag zu Artikel 2 wurden hingegen abgelehnt. Der so abgeänderte Artikel wurde sodann mit 4 Jastimmen, darunter der ausschlaggebenden Stimme des Vorsitzenden, 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung genehmigt. Die beiden Änderungsanträge des Abg. Heiss wurden für hinfällig erklärt.

Artikel 3: Der Ausschuss lehnte zunächst einen Änderungsantrag des Abg. Munter ab, wonach ein neuer Absatz eingefügt werden sollte, um das Inkrafttreten dieses Gesetzes von einer Bürokratieverträglichkeitsprüfung abhängig zu machen. Der Artikel wurde sodann mit 4 Jastimmen, 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Zusatzartikel 4: Der Ausschuss behandelte sodann den Zusatzartikel des LR Berger, mit dem die Bestimmungen über die Tourismusorganisationen abgeändert und Qualitätskriterien als Voraussetzung für den Erhalt von öffentlichen Förderungen eingeführt werden sollen. Der Ausschuss lehnte zunächst mehrheitlich zwei von der Opposition dazu vorgelegte Änderungsanträge ab und genehmigte sodann den Zusatzartikel mit 4 Jastimmen, 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

Der Zusatzartikel 5 wurde von den Abg.en Artioli, Heiss, Tinkhauser und Urzi eingebracht, wonach es den Tourismusvereinen verboten ist, sich an Wahlkampagnen zu beteiligen. Der Ausschuss genehmigte zunächst mehrheitlich einen dazu eingebrachten Änderungsantrag der Abg.en Artioli, Heiss, Tinkhauser und Urzi, der vorsieht, dass bei Verstoß gegen das Verbot, sich an Wahlkampag-

nen zu beteiligen, der Landesbeitrag gestrichen wird. Der Zusatzartikel wurde sodann mit 4 Jastimmen, 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

In seiner Erklärung zur Stimmabgabe kündigte der Abg. Urzi seine Gegenstimme an, wobei er betonte, dass er die Debatte und die Erläuterungen des LR Berger für positiv befunden habe. Seine Gegenstimme sei darauf zurückzuführen, dass die Abgabe nicht für die Bürger in finanziellen Schwierigkeiten bestimmt sei, dass die Gemeinden nicht autonom entscheiden können, wie die Einkünfte aus der Abgabe investiert werden und dass ein Bereich, nämlich die Wirtschaft, einen anderen Bereich unterstützen soll. Schließlich kritisierte der Abgeordnete, dass die Tourismusvereine nicht verpflichtet seien, sich an die Zweisprachigkeitsbestimmungen zu halten.

In der Schlussabstimmung wurde der Landesgesetzentwurf Nr. 117/11 mit 5 Jastimmen (des Vorsitzenden Baumgartner und der Abg.en Pichler Rolle, Martha Stocker, Pardeller, und Heiss), 2 Gegenstimmen (der Abg.en Urzi und Tinkhauser) und 2 Enthaltungen (der Abg.en Munter und Artioli) genehmigt.

I lavori in commissione

La III commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge provinciale n. 117/11 nella seduta del 13 febbraio 2012. Ai lavori della commissione hanno partecipato anche l'ass. Berger e le dott.ssa Irmgard Prader, direttrice della ripartizione Turismo nonché la dott.ssa Andrea Durnwalder, della ripartizione Turismo.

Dopo la lettura della relazione accompagnatoria e del parere del Consiglio dei Comuni sul disegno di legge, l'ass. Berger ha spiegato che la situazione di crisi attuale impone decisioni politiche non facili e si augura che le disposizioni in esame vengano intese in prospettiva. L'assessore ha poi illustrato le principali modifiche che intende introdurre e ha illustrato che la previsione di un minimo e di un massimo nell'imposta di soggiorno è determinato dal fatto che la Giunta provinciale potrà prevedere eccezioni all'imposta, come ad esempio per i giovani o per i rifugi di montagna. Inoltre l'imposta di soggiorno sarà un'imposta comunale, raccolta a livello locale, graduata sulla base delle esigenze locali, sentito anche il Consiglio dei Comuni, e assegnata direttamente alle associazioni turistiche. Il finanziamento delle associazioni turistiche avverrà attraverso il principio della equa suddivisione fra turista, sovvenzione pubblica e contributo dei settori imprenditoriali coinvolti nel turismo, tuttavia le imprese con un reddito sotto una soglia minima saranno esentate dal pagamento dell'imposta. L'assessore ha infine precisato che i contributi verranno erogati alle associazioni turistiche anche sulla base di criteri di qualità e che solo una minima parte potrà essere usata per spese amministrative.

Nell'ambito della discussione generale, la cons. Stocker Martha, richiamato il fatto che l'introduzione dell'imposta di soggiorno è solo facoltativa per i Comuni, ha chiesto precisazioni in merito alle eventuali categorie esentate e al contributo minimo dei settori economici.

Il cons. Pichler Rolle ha affermato che a suo avviso sarebbe preferibile indicare espressamente nelle finalità della legge la suddivisione del finanziamento fra turisti, parte pubblica e settori economici proprio per chiarire che non si tratta di rafforzare l'attuale contribuzione volontaria ma di creare una base solida per il futuro.

Il cons. Tinkhauser ha richiamato le problematiche sollevate durante l'audizione in merito all'introduzione nell'anno in corso dell'imposta di soggiorno e sulla probabile ricaduta dell'imposta sugli albergatori. Il consigliere, riconoscendo che la contribuzione volontaria può portare a situazioni di maggiore disuguaglianza rispetto a un'imposta, ha affermato di non ritenere corretto che il settore del turismo si faccia finanziare da quello imprenditoriale o del commercio in quanto ritiene che possa portare a situazioni conflittuali e ha piuttosto auspicato una riforma organica. Infine il consigliere ha chiesto se anche le grandi cooperative saranno coinvolte nel pagamento dell'imposta e ha ricordato che nell'anno in corso la tassazione aumenterà già a causa dell'IMU.

La cons. Artioli ha convenuto con quanto affermato dal cons. Tinkhauser e ha chiesto che si seguano le richieste, emerse durante l'audizione, di posporre al 2014 l'applicazione dell'imposta ma soprattutto di razionalizzare le strutture collegate alla promozione del turismo in Alto Adige.

Il cons. Heiss ha affermato di condividere le intenzioni del disegno di legge soprattutto per quanto riguarda la diminuzione del contributo pubblico alle associazioni di promozione turistica e l'aumento invece del finanziamento da parte dei privati e la conseguente maggiore autonomia di tali associazioni. Il consigliere ha apprezzato che oltre alla stabilità del finanziamento venga introdotto anche il criterio

di qualità per la concessione dei contributi auspicando che ciò comporti anche un miglioramento nella professionalità del servizio reso in quanto le associazioni di promozione turistica svolgono un ruolo strategico per il territorio. E proprio per il ruolo che tali associazioni ricoprono, secondo il consigliere, esse non dovrebbero essere coinvolte in campagne politiche o elettorali. Il consigliere ha infine affermato di condividere le finalità del disegno di legge auspicando che vengano previste esenzioni per gli esercizi alberghieri con basse entrate e che l'imposta venga introdotta a partire dal 2014. Il cons. Urzi ha dichiarato che già in passato aveva richiesto di introdurre una tassa di soggiorno in tutta la provincia e che tale proposta, condivisa anche da diverse associazioni sindacali, prevedeva di usare l'introito per alleggerire la pressione fiscale dei cittadini in quanto il turismo non ha solo effetti positivi ma implica anche aspetti negativi per i cittadini. Il consigliere ha criticato pertanto che i Comuni debbano versare direttamente alle associazioni turistiche l'intera imposta e ha chiesto di attribuire maggiore autonomia ai Comuni e di precisare alcuni aspetti dell'intesa prevista con questi. Egli ha poi dichiarato di non condividere l'introduzione di una tassa nei confronti dell'economia, ha criticato il metodo di calcolo basato sul volume d'affari e la sua applicazione a tutta la provincia in quanto ritiene che non tutti i settori economici, soprattutto in zone non turistiche, abbiano un effettivo ritorno economico dal turismo. Infine il consigliere ha dichiarato di concordare quanto affermato dai cons. Tinkhauser e Artioli in merito all'introduzione dell'imposta nel 2014 e alla riforma organica delle strutture collegate alla promozione del turismo in Alto Adige, ricordando che in tali strutture il rispetto del bilinguismo viene affidato solo al buon senso.

Il cons. Pardeller ha ricordato l'importanza del turismo per la provincia e che i contributi pubblici concessi in tale settore aiutano indirettamente tutto il settore produttivo. Egli ha pertanto affermato che è corretto estendere la tassa a tutti i settori economici coinvolti proprio perché l'Alto Adige è un territorio a principale vocazione turistica.

Il cons. Munter ha affermato di apprezzare l'audizione svolta in merito al disegno di legge in esame e ha ricordato che pressoché l'unanimità delle associazioni e sindacati si è espressa contro l'introduzione di una nuova tassa. Egli ha riconosciuto che non è mai facile introdurre una nuova tassa soprattutto in un momento di crisi come quello attuale in cui il settore economico subisce già un aumento dell'imposizione attraverso l'IMU e ha inoltre richiamato l'attenzione sul fatto che probabilmente ci saranno anche aumenti dell'IVA. Visto che tutti questi costi ricadranno sul consumatore, il consigliere ha affermato che non è il momento più adatto per introdurre una nuova tassa anche perché l'introduzione della tassa porterà nuova burocrazia e costi non giustificati dall'introito di un'imposta che, in diversi casi, sarà di soli 100 euro. Ad avviso del consigliere si tratterà di un'imposta con introiti minimi che comporterà quasi più spese che vantaggi. In merito all'efficienza delle associazioni turistiche il consigliere ha affermato che si potrebbe già ridurre la spesa effettuando una razionalizzazione.

Il cons. Pichler Rolle ha sottolineato che dalla audizione è emerso che solo il Consiglio dei Comuni e l'Associazione provinciale delle organizzazioni turistiche dell' Alto Adige si sono espressi a favore dell'introduzione della tassa sul turismo. Il consigliere ha poi affermato che se l'introduzione della tassa sul turismo sostituisce in sostanza la contribuzione volontaria finora esistente allora non si tratta di un maggior onere a carico dei settori economici. La riduzione dell'IRAP, l'aumento della dotazione del fondo di rotazione e le esenzioni dall'addizionale IRPEF introdotte con l'ultima legge finanziaria sono state, ad avviso del consigliere, un aiuto all'economia che deve essere tenuto in considerazione, inoltre tutte le infrastrutture e i servizi che il territorio provinciale offre, giovano anche al turismo e pertanto il contributo che si chiede non è certo paragonabile al ritorno economico soprattutto per le attività strettamente connesse al turismo. Il consigliere ha infine affermato, pur condividendo l'auspicio di evitare l'aumento di burocrazia, che proprio il momento di attuale crisi non consente il rinvio dell'imposta al 2014 e si è espresso a favore rispetto alla tripartizione del finanziamento fra parti pubbliche e private.

Nella replica l'ass. Berger, riconoscendo che non esiste il momento adatto per introdurre nuove imposte, ha ricordato che il turismo è il maggior fattore economico per la provincia. L'assessore ha poi precisato che anche l'associazione degli affittacamere e l'unione coltivatori diretti si sono espressi a favore delle imposte, e ha quindi affermato che sono proprio i piccoli albergatori ad avere i maggiori vantaggi dalla promozione turistica in quanto le grandi catene dispongono anche di canali diversi e pertanto non è il momento di attendere un altro anno di eventuale crisi ma si deve intervenire.

In merito alla parte di contributo dei settori economici l'assessore ha precisato che l'importo non cambierà di molto rispetto alla contribuzione volontaria di oggi, ma si abbasserà il singolo pagamento in quanto oggi non tutti contribuiscono. Dopo aver indicato alcuni esempi pratici l'assessore ha sottolineato che la tripartizione fra turisti, pubblica amministrazione e settori economici è sicuramente la più adeguata in quanto la promozione del turismo non può avvenire solo con contributi pubblici, tuttavia una riforma organica del settore potrà essere presa in esame una volta assicurato il finanziamento al settore stesso e ha precisato che non è necessario tanto ridurre i contributi pubblici per determinati settori, come suggerito nell'audizione, quanto sostenere le realtà minori. L'assessore ha inoltre ricordato che rispetto al Tirolo del nord, che dispone di mezzi molto maggiori, i risultati ottenuti in Alto Adige sono comunque ottimi e riconosciuti, e che proprio in un momento di crisi è importante attivarsi subito. L'assessore ha poi precisato che la distribuzione delle somme alle associazioni turistiche serve proprio per aiutare anche le zone meno conosciute o deboli e che il turismo contribuisce sensibilmente alla piena occupazione creando nuovi posti di lavoro. Infine l'assessore, riconoscendo le difficoltà economiche e politiche dell'introduzione di una nuova imposta, ha ribadito come solo il contributo di tutti settori, privato, pubblico e dell'economia, possa aiutare un settore che, da sempre, ha dimostrato di avere ricadute positive per tutto il territorio.

A conclusione della discussione generale la commissione ha approvato il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge provinciale n. 117/11 con 6 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 1: la commissione ha trattato un emendamento sostitutivo dei commi 1, 3 e 4, presentato dall'ass. Berger nonché diversi subemendamenti. Dopo aver approvato a maggioranza il subemendamento al comma 1, del cons. Pichler Rolle, la commissione ha respinto a maggioranza gli ulteriori subemendamenti presentati dall'opposizione, e ha poi approvato a maggioranza l'emendamento sostitutivo dell'ass. Berger. L'articolo 1, così emendato, è stato quindi approvato con 4 voti favorevoli, 3 voti contrari e 2 astensioni.

Articolo 2: la commissione ha trattato un emendamento interamente sostitutivo, presentato dall'ass. Berger nonché diversi subemendamenti. La commissione ha approvato a maggioranza un subemendamento, del cons. Urzì, volto a introdurre il comma 2-bis per prevedere singole aree esentate dall'imposta sul turismo. Gli ulteriori subemendamenti presentati all'articolo 2 sono stati invece respinti. L'articolo 2, così emendato, è stato quindi approvato con 4 voti favorevoli, tra cui quello determinante del presidente, 4 voti contrari e 1 astensione. I due emendamenti del cons. Heiss sono stati dichiarati decaduti.

Articolo 3: la commissione ha dapprima respinto un emendamento, presentato dal cons. Munter, volto a introdurre un nuovo comma per subordinare l'entrata in vigore della legge alla valutazione dell'impatto burocratico e ha quindi approvato l'articolo con 4 voti favorevoli, 2 voti contrari e 3 astensioni.

Articolo aggiuntivo 4: la commissione ha quindi trattato l'articolo aggiuntivo presentato dall'ass. Berger volto a modificare le disposizioni sulle organizzazioni turistiche nonché a prevedere dei criteri obbligatori sulla qualità associati all'erogazione di contributi pubblici. La commissione ha dapprima respinto a maggioranza due subemendamenti presentati dalle opposizioni e ha quindi approvato l'articolo aggiuntivo con 4 voti favorevoli, 2 voti contrari e 3 astensioni.

Articolo aggiuntivo 5: presentato dai cons. Artioli, Heiss, Tinkhauser e Urzì, per introdurre il divieto, per le associazioni turistiche, di partecipare a campagne elettorali. La commissione ha dapprima approvato a maggioranza un subemendamento, presentato dai cons. Artioli, Heiss, Tinkhauser e Urzì, che prevede la revoca del contributo pubblico in caso di violazione del divieto di partecipazione alle campagne elettorali, e ha quindi approvato l'articolo aggiuntivo con 4 voti favorevoli, 3 voti contrari e 2 astensioni.

Nell'ambito delle dichiarazioni di voto il cons. Urzì ha dichiarato il proprio voto contrario precisando comunque di aver apprezzato la discussione e le spiegazioni dell'assessore Berger in merito al modello proposto. Il consigliere ha precisato che il suo voto contrario è determinato dal fatto che l'imposta non verrà destinata ad aiutare i cittadini in difficoltà economica, che i Comuni non possano stabilire autonomamente come investire i proventi dell'imposta e che un settore, quello economico, debba sostenerne un altro. Il consigliere ha infine criticato che le associazioni turistiche non siano tenute a rispettare le disposizioni sul bilinguismo.

Posto in votazione finale il disegno di legge provinciale n. 117/11 è stato approvato con 5 voti favorevoli (presidente Baumgartner e conss. Pichler Rolle, Martha Stocker, Pardeller e Heiss), 2 voti contrari (conss. Urzi e Tinkhauser) e 2 astensioni (conss. Munter e Artioli).

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la discussione generale. La parola al consigliere Tinkhauser, prego.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): In den letzten Tage hat man gehört, dass über dieses Gesetz die Wellen, speziell jene der Wirtschaftsverbände, hochgegangen sind. Sämtliche Wirtschaftsverbände, wie ich es verstanden habe, sprechen sich im Grunde gegen neue Steuererhöhungen aus. Der Landesrat hat gesagt, dass es immer der falsche Zeitpunkt sei, neue Steuern einzuführen, aber ich denke mir, dass es derzeit der falscheste Zeitpunkt ist, Steuern einzuführen.

Ich darf daran erinnern, dass wir im Zuge der Ausschussdiskussionen nicht nur die Wirtschaftsverbände, sondern auch die Gewerkschaften eingeladen haben. Ich darf daran erinnern, auch wenn jetzt die Wirtschaftsverbände auf die Barrikaden gegangen sind, dass sich sämtliche Gewerkschaften, und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, gegen neue Steuern, gegen die Tourismusabgabe und gegen die Kurtaxe ausgesprochen haben. Eine Gewerkschaft – daran kann ich mich erinnern – hat gesagt, dass man die Kurtaxe einheben und im Gegenzug die IRPEF senken sollte, aber ansonsten sind alle Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften hergegangen und haben gesagt, dass es jetzt der falscheste Zeitpunkt sei, den man wählen könne, um neue Steuern einzuführen oder Steuern zu erhöhen, die bisher irgendwo freiwillig gezahlt worden sind.

Wir Freiheitlichen haben zu diesem Thema einen Beschlussantrag vorbereitet. Ich möchte nur einige Zahlen herausnehmen und auch kurz erläutern, wieso wir keine Änderungsanträge zu den Artikeln eingereicht haben. Wir haben keine eingereicht, weil ich mir denke, dass man, wenn man einen Vorschlag bringt, dieser schlüssig sein soll. Es kann nicht sein, dass wir einzelne Artikel ändern und dann insgesamt kein schlüssiges Modell vorlegen. Wir haben bereits in der letzten Woche darüber diskutiert, in welchem Maße vor allem die Bereiche Handel und Handwerk, aber vor allem der Tourismus von der IMU getroffen werden. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, welche exorbitanten Steuerzahlungen jetzt auf unsere Unternehmer zukommen. Wenn ich ein Hotel mit 46 Betten hernehme, dann wird aus einer ICI von 10.000 Euro eine IMU von 22.890 Euro. Dies ist also mehr als eine Verdoppelung der Steuerlast, die wir zur Hälfte dem Staat und zur anderen Hälfte der Gemeinde schulden. Ein Hotel mit 90 Betten – ich denke, das sind unsere guten und soliden Familienbetriebe – hat eine ICI von 23.000 Euro gezahlt und wird eine IMU von 52.600 Euro bezahlen. Diese Summe muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Ich kann mir vorstellen, dass es viele Betriebe geben wird, die bei der ersten IMU-Zahlung ins Stocken geraten und jetzt darauf hoffen, dass es keine zusätzlichen Steuern mehr geben wird, speziell wenn diese Steuern das Land einführt.

Ich werde dann bei der Erläuterung des Antrages genauer darauf eingehen, wie die Kategorien der Wirtschaftstreibenden unterteilt werden und welche Summen dann auf die Kategorie A, die direkt Betroffenen, hinzukommen werden, auf die Kategorie B, die indirekt Betroffenen, und auf jene, die irgendwo vielleicht noch mit dem Tourismus in Kontakt gebracht werden können, aber trotzdem zur Kasse gebeten werden. Hierzu zähle ich das Handwerk und die Industrie und sehe diesbezüglich die größten Probleme auf uns zukommen.

Ich möchte jetzt nicht hergehen und irgendwo einen Klassenkampf heraufbeschwören. Wenn es aber soweit kommt, dass Betriebe, die mit dem Tourismus direkt oder auch indirekt nichts zu tun haben, für eine Tourismussteuer, für eine Tourismusabgabe zur Kasse gebeten werden, dann kann diese Maßnahme schlussendlich nur in einem Klassenkampf enden.

Wir haben Vorschläge gemacht. Ich möchte auch Vorschläge machen in dem Sinn, wie man die ganze Sache anderswie anders angehen könnte. Ich denke, man muss grundsätzlich hergehen und schauen, wie man die Tourismusvereine, die Tourismusverbände zunächst einmal reformieren kann. Mir fehlt in diesem Gesetz total jede Struktur- und Qualitätsveränderung. Es ist keine Rede davon, welche Bringschuld die Tourismusvereine, die Tourismusverbände zunächst haben. Sie kommen ja um Geld und irgendwo muss man zunächst hergehen und sagen, wie man die eigene Struktur verbessern und welche Qualitätskriterien man einführen kann, wofür Tourismusvereine und –verbände eigentlich zuständig sind.

Wir wissen – das wissen Sie, Herr Landesrat, besser als ich -, dass man schon jahrelang versucht, Tourismusverbände zusammenzuschließen. Ich denke, es wäre genau der richtige Zeitpunkt gewesen herzugehen und zu sagen: Wenn Ihr mir eine Strukturreform bringt, bei der wir einsparen können und trotzdem besser werden,

dann werde ich auch eine Finanzierung finden, und das ist, meiner Ansicht nach, nicht passiert. Es soll irgendwo so weitergezogen werden, so weitergemacht werden, leider Gottes, wie bisher, nur mit fixem Kapital ausgestattet.

Von sogenannten Trittbrettfahrern ist viel die Rede gewesen. Wir haben auch heute in der Zeitung gelesen, dass es in gewissen Gemeinden Trittbrettfahrer gibt. Ich möchte ganz gerne auf die Frage, wieso es in Toblach zum Beispiel viele Trittbrettfahrer bei der Tourismusabgabe oder bei den Tourismusbetrieben gibt, antworten: Ganz einfach deshalb, weil es, meines Erachtens, nicht die Aufgabe eines Tourismusvereins ist, ein Langlaufzentrum zu bauen, das große Schulden einführt, wofür alle Betriebe aufkommen sollen. Meine Auffassung eines Tourismusvereines ist es nicht, dass man solche Investitionen tätigt. Deshalb kann ich mir schon vorstellen, dass viele Betriebe ausscheiden und sagen, bitteschön, ich kann diese Ansprüche, die an mich gestellt werden, nicht stemmen, ich möchte aus dem Tourismusverein aussteigen. Dann werden solche Betriebe zu sogenannten Trittbrettfahrern. Es gibt – das muss man ehrlicherweise immer sagen – sicherlich schwarze Schafe, aber es gibt auch sehr gute Beispiele in Gemeinden, in denen Tourismusvereine, Tourismusverbände sehr gut funktionieren.

Wie gesagt, man will jetzt hergehen und ein, meiner Ansicht nach, nicht schlecht funktionierendes Modell einer freiwilligen Zahlung durch die Einführung einer Kurtaxe ergänzen. Ursprünglich war angedacht, diese Kurtaxe mit 1.1.2013 einzuführen. Laut den Änderungsanträgen, die ich mit meinen Kollegen durchgesehen habe, wird die Einführung der Kurtaxe wahrscheinlich erst 2014 kommen. Ich denke, dass es gut ist, wenn man dies zunächst hinausschiebt, weil vor eineinhalb oder zwei Monaten viele Betriebe für 2013 bereits ihre Ausschussitzungen hatten und ihre Verträge mit den Touroperatoren, mit den Reisebüros abgeschlossen haben. Eine Kurtaxe für 2013 einzuführen, wäre sicherlich für viele Betriebe schwerwiegend gewesen, weil sie den entsprechenden Betrag im Nachhinein nicht mehr berechnen können. Jetzt will man davon anscheinend Abstand nehmen.

Insgesamt ist es aber erstaunlich, dass die Südtiroler Landesregierung auf ein Angebot der Verbände überhaupt nicht eingegangen ist. Wir erinnern uns daran, dass Verbandsvertreter im Gesetzgebungsausschuss angeboten haben – das wäre meine Vorstellung gewesen -, dass man die Verbände und Vereine, die SMG über die Wirtschaftskapitel des Landeshaushaltes finanziert. Ich möchte betonen, dass es nicht um den gesamten Landeshaushalt geht. Es wäre irgendwo zu einfach zu sagen, dass es die öffentliche Hand finanzieren solle. Im Ausschuss haben die Vertreter der Verbände gesagt, dass sie von ihren jeweiligen Wirtschaftskapiteln soundsoviele Millionen zur Verfügung stellen würden. Ich verstehe nicht, wieso man nicht hergegangen ist und an diesem Vorschlag weitergearbeitet hat. Dies wäre, meines Erachtens, der beste Vorschlag gewesen. Alle Wirtschaftstreibenden wissen, dass sie vom Tourismus abhängig sind. Alle wissen, dass es ein gutes Marketing braucht und sie haben auch verstanden, dass sie etwas von ihren Kapiteln an die Tourismusvereine abgeben sollten, und diese Vorschläge sind gekommen. Ich verstehe wirklich nicht, wieso man nicht in diese Richtung weitergearbeitet hat und wieso man jetzt noch einmal hergeht und neben der staatlichen Steuerlast, die wir bereits haben – wir haben für die Betriebe eine errechnete Steuerlast von 68 Prozent – die Betriebe mit weiteren Abgaben belastet, die nichts mit dem Gewinn zu tun haben, sondern nur mit dem Umsatz.

Hier stellt sich natürlich für viele die berechtigte Frage. Vielleicht erscheinen derzeit die Summen noch als gering. Ich darf ein Beispiel nennen. Ein Betrieb, der indirekt vom Tourismus profitiert, zahlt bei einem Umsatz von 483.000 Euro bis 631.000 Euro 1.033 Euro Tourismusabgabe. Man wird sagen, dass man bei einem Umsatz von 500.000 Euro schon 1.000 Euro übrig haben würde. Es gibt auch Betriebe, die am Limit operieren, die gar keine Gewinne schreiben und trotzdem Abgaben leisten. Wenn man jetzt beginnt, Abgaben einzuführen, dann weiß jeder, dass, wenn einmal eine Abgabe eingeführt worden ist, diese mit der Zeit immer steigen wird. Ohne Strukturreform, ohne Einsparungen, ohne Ideen, ohne Qualitätsansprüche oder Qualitätsstandards der Tourismusvereine werden diese mit der Zeit hergehen und sagen, dass sie noch ein wenig mehr bräuchten. Ich kann mir vorstellen, dass die Abgaben schlussendlich eher steigen als sinken werden.

Das Argument ist oft in den Raum gestellt worden: Freiwillig zahlen wenige, freiwillig will niemand zahlen und das stimmt irgendwo auch. Wenn man hergeht und sieht, dass zum Beispiel das Handwerk nur zu 300.000 Euro an der Finanzierung der Tourismusvereine beigetragen hat, dann muss man, ehrlichkeitshalber, schon sagen, dass dies relativ wenig oder auch sehr wenig ist. Wenn aber niemand kommt, um zu fragen - das weiß ich aus eigener Erfahrung -, ob man freiwillig seinen Beitrag leisten würde, dann kann ich jeden verstehen, wenn er diesen Beitrag nicht zahlt. Es gibt Tourismusvereine, die sich die Mühe machen, alle Wirtschaftsbetriebe abzuklappern. Jeder versteht, dass er vom Tourismus profitiert, sodass er diesen freiwilligen Beitrag auch leisten wird, nur, wenn niemand fragt, dann wird einer gar nicht auf die Idee kommen, einen Beitrag an den Tourismusverein zu leisten.

Unser Konzept würde vorsehen, dass man den Pflichtbeitrag über die Wirtschaftskapitel und nur über die Wirtschaftskapitel aus dem Landeshaushalt finanziert. Die Angebote der Wirtschaftstreibenden sind diesbezüglich

gekommen, und zwar, dass man die Freiwilligkeit aufrecht erhält und dass man eventuell über eine Kurtaxe nachdenkt, aber nicht schon ab 2013, und dass man auch nachdenkt, welche Höhe diese Kurtaxe haben soll. Wieso muss eine Kurtaxe für das ganze Land in gleicher Höhe festgesetzt werden? Wieso überlässt man es nicht den einzelnen Gemeinden oder den einzelnen Tourismusvereinen festzulegen, was für eine Kurtaxe sie in welchen Kategorien einführen möchten. Wenn ich ein Hotel in einem Gebiet hernehme, das nicht touristisch erschlossen ist, dann frage ich mich, wieso dieses dieselbe Kurtaxe verrechnen soll wie ein Hotel in Corvara. Ich verstehe nicht, wieso man den Gemeinden und den Tourismusvereinen nicht diese Freiheit lässt.

Die Finanzierung wäre auch durch dieses System gesichert. Ich denke mir, jeder könnte es irgendwo auch nachvollziehen. Man müsste die Betriebe nicht noch einmal separat mit einer Steuer belasten. Jeder hat derzeit Angst vor zusätzlichen Steuern. Die Investitionen werden komplett zurückgeschraubt. Ich habe mich gestern mit einem großen Bauunternehmer unterhalten, der gesagt hat, dass es seiner Erinnerung nach heuer das erste Mal sei, dass er kein einziges Angebot für einen Gastbetrieb gemacht habe. Die Betriebe haben die Investitionen komplett aufgeschoben und werden auch wegen der IMU nicht mehr investieren. Jetzt kommt eine Landessteuer dazu. Das weckt natürlich Befürchtungen. Wir gehen nicht positiv in die Zukunft. Jeder wird, wenn er etwas auf der hohen Kante hat, dies nicht ausgeben. Das zum einen.

Wir haben hier als Opposition einen Artikel im Gesetz eingebracht, wonach Tourismusvereine und Tourismusverbände keine politischen Parteien und keine Kandidaten bei Wahlen unterstützen sollen. Jetzt sehe ich, leider Gottes, dass dieser Artikel wieder herausgestrichen werden soll, aus welchen Gründen auch immer. Im Ausschuss war diesbezüglich eine positive Abstimmung erfolgt. Vielleicht wird mir der Einbringer des Änderungsantrages, Abgeordneter Elmar Pichler Rolle, erklären, wieso dieser Artikel wieder herausgestrichen werden soll. Wahrscheinlich deshalb, weil man sich auf das Statut der Tourismusvereine beruft, das dann doch keiner einhält. Wir haben alle genügend Beispiele, liebe Kollegen, wie es vor den Wahlen zugeht. Dort gehen gewisse Tourismusvereine und Tourismusverbände her und unterstützen gewisse Kandidaten. Deshalb wollten wir dies von vornherein unterbinden. Dass jetzt ein Streichungsantrag diesbezüglich vorgelegt worden ist, ist irgendwo schon enttäuschend.

EGGER (Die Freiheitlichen): Ich muss gestehen, dass ich mich zum Thema Tourismusabgabe oder Kurtaxe ein klein wenig auch schwer tue, weil ich jeweils das Für und das Wider zu betrachten habe und weil mich auch meine Erfahrung als früherer Bürgermeister lehrt, wie in einem Tourismusverein gearbeitet wird, denn als Bürgermeister, das dürfte bekannt sein, ist man auch Rechtsmitglied des jeweiligen Tourismusvereines. Somit war ich Teil des Tourismusvereines von Sterzing, nicht nur Mitglied im Verein, sondern auch Mitglied des Vorstandes und habe mitverfolgen können, mit welchen Schwierigkeiten dort umgegangen werden musste. Ich konnte sehen – das war immer wieder die Klage all jener, die brav und freiwillig eingezahlt haben, und das ist natürlich kein Beispiel für große Gerechtigkeit –, dass es immer wieder auch Betriebe gegeben hat und, ich nehme an, auch immer noch gibt – man nennt sie mittlerweile allgemein Trittbrettfahrer –, die einerseits zwar von den Vorteilen der Arbeit des Tourismusvereines profitieren, andererseits aber ihren freiwilligen Obolus oder freiwilligen Beitrag über Jahre manchmal nicht entrichtet haben. Wir sollten uns aber alle zu Herzen nehmen, dass die Zeiten effektiv nicht so rosig zu sein scheinen. Ich bin jetzt kein Verfechter oder Vertreter der Wirtschaftsverbände, aber wenn wir die Verbandsinteressen ernst nehmen und verfolgen, wie die Verbände argumentieren, und vor allem auch sehen, welche Belastungen – Kollege Tinkhauser hat es angesprochen – durch die notwendige Sanierung des Staatshaushaltes, leider Gottes, sage ich, auch auf uns Südtiroler zukommen, und wenn man sieht, wie die Wirtschaft hier, auch die Arbeitnehmer, wir alle, durch diese Bestimmungen, die uns Monti auferlegt hat, nämlich durch die IMU und andere zusätzliche Maßnahmen belastet werden, dann tue ich mich schwer, nur die Not des Tourismusvereines zu sehen, denn dann sehe ich auch die Probleme der Arbeiter, der Angestellten, der Rentner und auch der Wirtschaft. Das muss ich einfach vorausschicken.

Deshalb habe ich mich persönlich auch schwer getan, mich irgendwo festzulegen. Ich habe versucht, in meinem Umfeld entsprechende Gespräche mit Gastwirten, mit Vertretern, die im Tourismusverein tätig sind, zu führen. Ich muss offen sagen, dass die Meinungen, die ich gehört habe, komplett divergieren. Ich habe Meinungen gehört, dass überhaupt nichts einzuführen sei, alles notwendig sei, die Kurtaxe, die Abgabe, die Pflichtabgabe. Da habe ich gemerkt, dass auch innerhalb der Touristiker, Hoteliers usw. die Meinungen sehr, sehr unterschiedlich sind. Somit muss ich nach meinem besten Wissen und Gewissen heute hier sprechen und dann auch darüber entscheiden.

Wir als Fraktion haben uns die Mühe gemacht, eine Tagesordnung zum Thema vorzubereiten, die grundsätzlich unsere Linie festhält. Wir waren der Meinung, die Kurtaxe 2013 nicht einzuführen und zuerst einmal mit

allen Betroffenen zu sprechen. Ich sehe, dass es einen Änderungsantrag des Kollegen Pichler Rolle gibt. Ich glaube, dass es innerhalb der Mehrheit so abgesprochen oder, ganz nobel gesagt, akkordiert worden ist. Hier lese ich, dass die Kurtaxe erst ab dem 1. Jänner 2014 eingeführt werden soll. Insofern ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Wir hätten zwar noch weitere Gespräche usw. vorgeschlagen.

Ich persönlich habe kein riesiges Problem mehr, wenn man diese Kurtaxe erst ab 2014 einführt, weil diese dann effektiv der Gast bezahlt und nicht mehr der Gastwirt, der vielleicht im Jahr 2013 das Problem von bereits abgeschlossenen Verträgen und laufenden Veranstaltungen haben könnte. Ab 2014, wenn die Landesregierung die entsprechenden Kriterien erlässt – ein halber Euro, ein Euro usw. -, dann kann ich persönlich damit leben. Ich kann es mit meinem Gewissen vereinbaren, dass dann der Gast 0,50 Eurocent, einen Euro oder 1,50 Euro bezahlt, je nachdem wie viele Sterne das Hotel hat. Diesbezüglich sind wir auch nicht so weit von unserer Tagesordnung entfernt, so erscheint es mir jedenfalls. Ich nehme sicherlich an, dass auch noch mit den Kategorien gesprochen wird, Herr Landesrat, auch wenn jetzt vielleicht die Stimmung zwischen Ihnen und dem HGV nicht gerade die beste ist, aber ich nehme an, dass man trotzdem die Gespräche suchen wird. Ich habe mit diesem Änderungsantrag kein Problem mehr. 2014 kann man, meiner Meinung nach, die Kurtaxe, nachdem sich alle ausreichend darauf vorbereiten können, einführen, weil sie dann nicht mehr zu Lasten des Hoteliers gehen dürfte.

Der zweite kritische Punkt ist die Tourismusabgabe. Diesbezüglich war der Vorschlag jener, dass diese eingeführt und zur Pflicht wird, mit der Überlegung, dass es dann keine Trittbrettfahrer mehr geben würde. Mit dieser Radikallösung habe ich meine Bedenken gehabt, weil ich auch hier wieder versucht habe zu unterscheiden. Auf der einen Seite sehe ich durchaus den finanziellen Bedarf des Tourismusvereines, auf der anderen Seite, liebe Leute, gibt es mittlerweile sogar Menschen – ich möchte jetzt nicht zu pathetisch werden –, die aus dem Leben scheiden, weil sie als Unternehmer ihre finanzielle Situation nicht mehr unter Kontrolle haben. Ich möchte jetzt nicht diesen Fall als Fall für alle herausziehen, denn ich glaube, dass es zum Großteil der Wirtschaft immer noch sehr gut geht, aber wir sehen – das sollten wir zur Kenntnis nehmen -, dass es doch, vor allem für die kleineren und mittleren Betriebe, immer größere Probleme gibt. Deswegen finde ich es gut, wenn man den Änderungsantrag in dem Sinne macht, dass man sagt, wir bleiben bei der freiwilligen Abgabe, und ich hoffe, dass es dann auch so bleibt, Herr Landesrat. Sollten die bisherigen Beträge in der Höhe von, glaube ich, 18 Millionen Euro weiterhin einbezahlt werden, dann machen wir keine Pflichtabgabe, keine Durchführungsbestimmung - somit bleibt eigentlich alles beim Alten – und es wird weiterhin freiwillig eingezahlt. Nur wenn sich die Wirtschaft vor der Abgabe radikal drücken und nicht mehr entsprechend einzahlen sollte, dann machen wir eine Durchführungsbestimmung. Es wäre natürlich ein klein wenig absurd, Herr Landesrat, ein Gesetz zu machen und zu sagen, dass die Regierung eine Durchführungsbestimmung machen soll, gleichzeitig aber hineinzuschreiben, dass diese nicht gemacht wird, wenn alle freiwillig einzahlen. Dies ist irgendwie ein kleiner Widerspruch in sich, aber das Ergebnis wäre vielleicht doch nicht ganz so katastrophal.

Ich schließe mich natürlich meinem Vorredner Tinkhauser an, der immer wieder den Vorschlag macht – das unterstütze ich natürlich auch -, dass man auch in den Tourismusvereinen und -verbänden versucht zu reformieren, modernisieren, vernünftiger zusammenzuarbeiten. Vielleicht braucht es den einen oder anderen Verein oder Verband in dieser Form nicht und dergleichen mehr. Ich bin jetzt kein Tourismusexperte, aber auch das habe ich immer wieder von Menschen zu hören bekommen, mit denen ich gesprochen habe. Ich habe mich vor allem in meinem Heimatbezirk bemüht, mit den Touristikern zu reden.

Auch zur Tourismusabgabe haben wir eine Tagesordnung – es ist alles einer – eingebracht. Dort haben wir auch gesagt: Keine verpflichtende Abgabe. Wenn jetzt diese Abänderung kommt, dass die Abgabe weiterhin freiwillig bleibt und gezahlt wird, dann kann ich persönlich damit leben - das sage ich ganz offen - und der Hauptzweck wäre eigentlich erfüllt. Es bleibt weiterhin so wie es war, sollte dieser Änderungsantrag tatsächlich durchgehen, das setze ich einmal voraus. Ich gehe davon aus, weil ihn Landesrat Berger unterzeichnet hat und dies in der SVP-Fraktion so ausgemacht wurde. Ich persönlich kann damit leben, dass weiterhin freiwillig eingezahlt wird.

Womit ich nicht leben kann – das sage ich ganz offen und das wäre für mich immer noch Grund genug, gegen das Gesetz zu stimmen, Herr Landesrat -, ist der Änderungsantrag des Fraktionssprechers Pichler Rolle - diesen haben beide unterschrieben, auch Landesrat Berger -, dass der Artikel 5 gestrichen wird. Das ist jener Artikel, der besagt, dass die Tourismusvereine unpolitisch sein müssen. Mir ist es ein wesentliches Anliegen, dass ein Tourismusverein, ein Tourismusverband unpolitisch sein muss. Ich kann Ihnen – ich möchte, dass mir der Landesrat sein Ohr leiht – Herr Landesrat, ein Beispiel zeigen, und das geht einfach nicht. Im Jahre 2008 – das ist eine Kopie einer Seite des Tagblattes "Dolomiten" vom 24. Oktober 2008 - zwei Tage vor der letzten Landtagswahl gab es dort eine bezahlte Anzeige für Wahlwerbung, welche der Tourismusverein von Gossensaß in Auftrag gegeben hat. Hier steht: "Wenn wir Wipptaler am Sonntag zusammenhalten, schaffen wir mit Christian Egartner

den Einzug in den Landtag. Die Tourismusvereine und Wirte des Wipptales unterstützen Christian Egartner und Thomas Widmann." Wenn das alle Kollegen gut finden, dann weiß ich nicht! Ich finde es nicht gut, dass ein Tourismusverein, ganz egal aus welchem Landesteil, einen oder zwei Kandidaten groß mit dem Edelweiß unterstützt und darunter steht dann: Wahlwerbung: Auftraggeber Tourismusverein XJ. Für mich ist das eine Katastrophe! Wenn sich Tourismusvereine, die eigentlich das Wohl des Tourismus zum Inhalt ihrer Tätigkeiten machen sollten, auf diese billige Ebene begeben und einem oder zwei Kandidaten, natürlich immer von der Edelweißpartei, eine solche Werbung zukommen lassen, ... Ich weiß nicht, wer dies schlussendlich bezahlt hat. Ich nehme an, die Kandidaten selber, aber offiziell ist es der Tourismusverein. Offensichtlich haben die Tourismusvereine - sollte es jener von Gossensaß bezahlt haben - Geld genug, wenn man Wahlwerbung für Kandidaten zahlen kann.

Der Änderungsantrag – ich komme zum Schluss –, wonach der Artikel 5 zu löschen ist, ist mir ein großer Dorn im Auge. Wenn der Artikel 5 gelöscht wird, dann heißt das für mich, dass man will, dass Vereine und Verbände – hier geht es vor allem um die Tourismusvereine – weiterhin politische Parteien propagieren, Wahlwerbung für Politiker irgendeiner Partei machen können. Ich möchte auch nicht haben, dass der Tourismusverein den Egger Thomas, den Pius Leitner oder die Ulli Mair unterstützt. Ich möchte auch nicht haben, dass Andreas Pöder von einem Tourismusverein unterstützt wird. Die Tourismusvereine sollen parteifrei bleiben und sich um ihre Hauptaufgabe kümmern. Herr Landesrat! Wenn Sie hier ein Einsehen haben und den Artikel 5 drinnen lassen, dann bin ich unter Umständen sogar bereit, für das Gesetz zu stimmen, weil ich aufgrund der vorliegenden Änderungsanträge – ich wiederhole mich - sehe, dass die Kurtaxe erst 2014 eingeführt werden soll, die Tourismussteuer weiterhin freiwillig bleiben wird, es sei denn usw. Das sind Schritte, mit denen ich mich durchaus anfreunden kann, aber wenn der Artikel 5 gestrichen wird, dann will man, dass in Zukunft weiterhin solche Wahlwerbung getätigt werden kann. Das will ich bei Gott nicht. Kollege Pichler Rolle wird sagen, dass das entsprechende Verbot bereits in der Satzung des Vereines drinnen stehe. In der Satzung steht es zwar, aber die Realität ist eine andere.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Die Zeit nähert sich dem Ende. Ich möchte in fünf Minuten ein paar Bemerkungen machen, um dann beim nächsten Mal das Ganze fortzusetzen, um diese Position der Kollegen Freiheitlichen ein wenig zurechtzurücken und zunächst einmal dem Kollegen Egger mit dem Hinweis auf Artikel 5 voll zustimmen, das ist keine Frage. Aus meiner Sicht erscheint es, Herr Landesrat, lieber Kollege Pichler Rolle, absolut notwendig, dass die Überparteilichkeit der Tourismusvereine in irgendeiner Form endlich sanktioniert wird. Ähnlicher Fall wie im Wipptal. Bei den Gemeindewahlen 2010 in Brixen ist der Tourismusverein zur Tat geschritten und hat ins Internet Folgendes gestellt: "Wählet alle den Herrn Peppi Thaler, unseren hoch geschätzten Präsidenten, damit" – Kollege Vezzali erinnert sich – "ein überaus kompetenter Kollege in den Gemeinderat kommt." Über die Kompetenz des Herrn Peppi möchte ich jetzt nicht richten. Er hat seinen Gastbetrieb selber versucht abzuschaffen und gewinnbringend zu verscherbeln, aber das ging nicht so ganz, aber die Überparteilichkeit des Tourismusvereines muss gewährleistet sein, und das ist bitter notwendig. Ich bin selber Mitglied des Tourismusvereins Brixen und habe aus kleinem Protest meinen Beitrag ein jahrlang nicht gezahlt, aber das sind die Nadelstiche eines gewesenen "Elefanten" gegen ein ziemlich – wie soll man sagen – unempfindliches Tier. Dies nur als Ergänzung, und diesbezüglich stimme ich dem Kollegen Egger voll zu.

Ich stimme auch der Problemanalyse im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation, die Kollege Tinkhauser gebracht hat, voll zu. Die Lage, in die wir jetzt hineinsteuern, wird für 2012/2013 absolut negativ sein. Da wird es nichts zu rütteln geben, zum einen die Steuerbelastung, die durch die IMU, durch die Mehrwertsteuererhöhungen und durch alles weitere enorm steigen wird. Das ist ein wirklicher Keulenschlag für sehr viele Unternehmen und Betriebe bei gleichzeitig sinkender Gästezahl, vor allem aus Italien. In Brixen war gestern die Versammlung des Tourismusvereines, dem ich wieder den Beitrag gezahlt habe. Dort ist statistisch sehr klar zum Vorschein gekommen, dass die Gäste aus Italien letztes Jahr minus 5 Prozent ausgemacht haben. Das wird eine Gesamttendenz sein, die sich durchsetzt, fortsetzt. Es wird mit Sicherheit einen leichten Rückgang geben, der zum Teil durch die finanziell potentere deutsche Gästeschild, auch durch die Schweiz, durch Österreich abgefangen werden kann, und es wird vor allem einen Schlag in punkto Kosten geben, den Kollege Tinkhauser völlig zurecht kritisiert hat. Das möchte ich ausdrücklich sagen.

Man muss allerdings hinzufügen, dass die Regierung Monti die IMU nur für 2012/2013 vorgesehen hat. Sie ist sozusagen eine Vermögenssteuer, ein "una tantum", wie sie Amato oder Ciampi in den 90er Jahren eingehoben haben, und danach muss Schluss sein. Nachdem die volle Höhe der IMU erst am Ende des Jahres feststehen wird, bin ich überzeugt, dass sich dann ein allgemeiner Protest erheben wird, sodass es vielleicht schon nächstes Jahr eine Reduzierung geben wird. Das ist nur eine Prognose, aber ich glaube schon, dass man zunehmend für die Wirtschaft in Italien auch in unserem Grenz- und Randbereich Wachstumsimpulse einer anderen Form setzen

muss. Diese Entnahmen mögen den Staatshaushalt zwar momentan stabilisieren, aber sie sind nicht dazu geeignet, die wirtschaftliche Situation dauerhaft zu verbessern.

Im Hinblick auf die Gemeindeaufenthalts- und Tourismusabgabe ist unsere Position ganz klar jene, dass diese Finanzierungsformen des Tourismus notwendig sind, um den touristischen Organisationen, den Tourismusvereinen, den Tourismusverbänden eine finanzielle Basis zu geben, denn sie sind keine Steuern. Sie sind Abgaben, die direkt ins Marketing, sprich in die Vereine einfließen. Diese Abgaben sind dann zielführend und sinnvoll, wenn die Vereine sich entsprechend restrukturieren. Das ist zum Teil notwendig, das ist zum Teil auch bitter notwendig, aber die Tourismusvereine, die Tourismusverbände sind die zentralen Instrumente, um den Tourismus ein entsprechendes Marketing nach außen und ein Marketing nach innen zu sichern, das in den Gemeinden vor Ort ein entsprechendes Klima, auch eine entsprechende Abstimmung schafft. Ich glaube, dass der Reformbedarf da ist.

Ich denke, der Weg, den man einschlagen könnte und der eingeschlagen werden wird, der ist, dass man sagt: Okay, Ihr bekommt in zwei Jahren diese Abgabe, aber die Strukturreform ist Voraussetzung, zielführend und muss von den Tourismusvereinen, von den Tourismusverbänden, in denen jeweils mehrheitlich Gastwirte drinnen sitzen, ernst genommen werden. Ich glaube schon, dass dieses Signal von den Vereinen und Verbänden erkannt werden muss, einerseits im Hinblick auf eine Senkung der Zahl der Verbände, andererseits auf ein besseres Aufstellen der Tourismusvereine, die ich aber zum Teil in Schutz nehmen möchte. Viele von ihnen arbeiten mit geringen Mitteln und mit hoher Effizienz, das muss man auch anerkennen, und sie haben vor allem für das Marketing, das vor Ort notwendig ist, vergleichsweise oft relativ wenige Mittel zur Verfügung. Hier muss es dazu kommen, dass diese Finanzierungsgrundlage gesichert wird, denn wenn – ich will es positiv sehen – diese Finanzierung kommt und zielgerichtet eingesetzt wird, dann haben wir die Möglichkeit, uns auf Märkten zu behaupten, die weltweit auf Südtirol eindreschen.

Ich glaube nicht, dass die Gäste auch in Zukunft ständig in unser Land kommen werden, sondern es braucht eine gezielte, systematische Aufstockung der Marketingmittel und diese müssen meiner, unserer Auffassung als Grüne noch von den Tourismustreibenden selber aufgebracht werden. Ich halte nichts davon, dass sie ausschließlich aus dem Landeshaushalt kommen. Es werden weiterhin Mittel aus dem Landeshaushalt kommen, auch aus den Gemeindehaushalten, aber es darf keine weitere Aufstockung von Landesmitteln geben. Die Branche soll und muss sich diese Form des Marketings selber finanzieren, denn nur wenn sie sich selber finanziert, wird sie auf die Qualität achten, die zunehmend notwendig ist. Ich halte in dem Bereich sehr viel vom Prinzip der Kostenwahrheit. Die Kostenwahrheit ist absolut notwendig und muss zum Zuge kommen.

Es wird immer wieder behauptet und gesagt, dass der Tourismus absolut eine Melkkuh sei, bereits abgemolken sei und ihm unter die Arme gegriffen werden müsse. Das ist nicht ganz so, möchte ich sagen. Der Tourismus erwirtschaftet für dieses Land außerordentlich viel. Es sind über 3 Milliarden Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Er zahlt auch sehr viel an Steuern, aber er hat auch ein Stück weit die Kosten, die er der Allgemeinheit verursacht, aufgelastet. Das muss man auch festhalten. Der Tourismus besetzt das Land mit touristischen Einrichtungen, mit Aufstiegsanlagen, mit Hotels und belastet dadurch auch wesentlich das Land, externalisiert somit auch Kosten in dem Bereich, und dies in nicht unerheblichem Ausmaß - das müsste man einmal ausrechnen - und das Land, die Öffentlichkeit übernimmt wesentliche Teile dieser Kosten zur Landschaftserhaltung, für Verkehrswege. Im kulturellen Bereich sind die Hälfte der Museumsbesucher Gäste und die Museen werden ausschließlich aus dem Landeshaushalt bestritten. Ich glaube schon, dass dieses Prinzip der Kostenwahrheit greifen muss, dass die Tourismusbranche unterstützenswert ist, keine Frage.

Ich glaube auch, dass wieder Formen der Förderung kommen müssen, vor allem im Bereich des Rotationsfonds, der Kreditgewährung auf diese Art und Weise und nicht nach dem Gießkannenprinzip, keine Frage, aber dass neben dieser Förderung die Kostenwahrheit auch für den Tourismus zu gelten hat und dass der Marketingsektor, die Tourismusvereine zu einem wesentlichen Teil vom Tourismus selber gezahlt werden sollen unter der Bedingung, dass sie sich restrukturieren, dass sie marktgerecht arbeiten und dass sie vor Ort dieses Binnenmarketing auch herstellen.

Die Tourismusvereine haben vor Ort die Aufgabe – ich komme zum Schluss und werde das nächste Mal fortfahren –, die Interessen des Tourismus zu bündeln, sie aufeinander und mit der Öffentlichkeit abzustimmen. Das ist ganz wesentlich. Die Touristiker sind alles Einzelkämpfer. Jeder verschließt sich gerne in sein Hotel, in seinen Gastbetrieb, in seine Bar und würde dort gern einzeln agieren, aber der Tourismusverein veranlasst sie dazu, ihre Interessen gemeinsam zu definieren und sie auch mit den Gemeinden abzustimmen, sie also ein Stück Verantwortung auch für das Gemeinsame tragen zu lassen. Deswegen sind die Tourismusvereine auch in dieser Hinsicht wesentlich, nicht nur im Marketing nach außen, nicht nur in der Ortsbildpflege, in der Wegeerhaltung

usw., sondern auch in der Pflege dieser Einstellung vor Ort. Das ist ganz wesentlich. Auch aus dem Grund darf man sie nicht aushungern lassen, das ist ganz wichtig.

Mit diesen preliminären Bemerkungen möchte ich jetzt schließen und mir die letzten zwanzig Minuten Redezeit für die Sitzungsfolge des Monats Mai aufbewahren.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y liberté): Solo un minuto per indicare, come una sorta di titolo, il tema del mio intervento nella prossima sessione. Io credo che una legge come quella che è stata proposta abbia il dovere di accompagnarsi ad una organica legge di riforma anche delle associazioni turistiche e che sia garantita una chiarezza e una trasparenza rispetto alla gestione delle risorse, gestione amministrativa, operatività sul territorio. Io ci voglio inserire in questo contesto anche la chiarezza verso l'organizzazione in termini di propaganda ed iniziativa promozionale dell'immagine turistica da parte delle associazioni sul territorio. Pensiamo solo all'enorme capitolo che riguarda l'uso della toponomastica. Non possiamo ignorare che se si assegnano risorse di ordine pubblico alle associazioni turistiche e a queste associazioni turistiche va richiesto il rispetto di alcuni criteri di fondo che appartengono al pubblico. Questo sarà uno degli argomenti che voglio affrontare.

Il secondo argomento è legato alla contraddizione che questo disegno di legge ci pone verso la tassa sul turismo che viene esatta a organizzazioni economiche, artigiani, commercianti sul territorio, quando sappiamo esattamente che ci sono porzioni del nostro territorio che non beneficiano affatto del turismo. Penso al commerciante di via Torino a Bolzano, o al commerciante di via Resia. Mi chiedo quale sia il principio per cui a queste categorie di cittadini imprenditori debba essere richiesto il pagamento di una tassa per il fatto di insistere nell'ambito di un territorio provinciale che è a vocazione turistica. Lo comprenderei a Ortisei, in centro a Brunico o a Bolzano ma ci sono territori che del turismo non godono privilegi ma pagano un prezzo che è il costo della vita più alto, il prezzo che pagano in generale i cittadini che non sono legati direttamente al settore turistico. Quindi mi collego a quel tema che è stato affrontato ripetutamente negli ultimi mesi in Consiglio provinciale e che riguarda la necessità di prevedere non tasse a carico di coloro che hanno impresa in Alto Adige e che poco hanno a che spartire col turismo, ma alleggerimento di pressione fiscale per coloro che pagano il prezzo di vivere in una provincia turistica. Penso al cittadino, al pensionato che paga il costo della vita più alto in Alto Adige in funzione del fatto di essere semplicemente cittadino della nostra provincia.

Di tutto questo dovremo ragionare in senso completo. Forse l'errore che è stato fatto con questa legge è quello di aver proposto una norma che unisce il buono con il cattivo. Penso alla tassa di soggiorno sulla quale sono d'accordo, pagata dagli ospiti, penso però anche alla tassa sul turismo, e su questo si apre una sconfinata prateria di dibattiti. Lo affronteremo la prossima volta, ma volevo affermare questi criteri di fondo.

PRÄSIDENTIN: Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 19.00 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ARTIOLI (15, 40)

BAUMGARTNER (17, 43)

BERGER (43)

DELLO SBARBA (38, 42)

EGGER (16, 38, 51)

HEISS (5, 53)

HOCHGRUBER KUENZER (14)

KNOLL (12, 41)

LEITNER (22, 36, 39, 41)

MAIR (1)

MINNITI (20)

MUNTER (26)

PICHLER ROLLE (42)

PÖDER (28)

SCHULER (33)

SEPPI (22, 25)

TINKHAUSER (49)

URZÌ (8, 55)